

Berichte und Jahresabschluss  
der Bremer Landesbank  
nach HGB zum 31. Dezember 2014

# Inhalt

## Berichte und Jahresabschluss der Bremer Landesbank nach HGB zum 31. Dezember 2014

<b>Lagebericht der Bremer Landesbank.....</b>	<b>3</b>
1. Grundlagen des Instituts .....	3
2. Wirtschaftsbericht .....	7
3. Nachtragsbericht.....	36
4. Prognose- und Chancenbericht.....	37
5. Risikobericht .....	40
6. Disclaimer – Vorbehalt bei Zukunftsaussagen .....	91
<b>Bericht des Aufsichtsrates .....</b>	<b>92</b>
<b>Bericht der Trägerversammlung .....</b>	<b>94</b>
<b>Jahresbilanz zum 31. Dezember 2014 .....</b>	<b>95</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung .....</b>	<b>98</b>
<b>Anhang .....</b>	<b>99</b>
1. Allgemeine Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und den Grundlagen für die Währungsumrechnung in Euro .....	99
2. Erläuterung der einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung .....	109
3. Sonstige Angaben.....	115
4. Organe der Bremer Landesbank .....	135
<b>Versicherung der gesetzlichen Vertreter .....</b>	<b>139</b>
<b>Wiedergabe des Bestätigungsvermerks .....</b>	<b>140</b>
<b>Erläuterung der Bremer Landesbank zum Corporate Governance Kodex.....</b>	<b>142</b>
Impressum.....	148

# Lagebericht der Bremer Landesbank

## 1. Grundlagen des Instituts

### 1.1 Ziele und Strategien

Die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – ist eine von der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen errichtete rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist öffentliche Kredit- und Pfandbriefanstalt und mündelsicher. Die Bremer Landesbank ist mit Niederlassungen an den beiden Oberzentren der Metropolregion Nordwest vertreten, in Oldenburg mit rund 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, in Bremen mit fast 800. Die Nordwest-Region ist ihr staatsvertraglich anerkanntes Geschäftsgebiet.

Träger der Bremer Landesbank sind die NORD/LB mit 54,8343 %, das Land Bremen mit 41,2 % und der Sparkassenverband Niedersachsen mit 3,9657 %.

Als ein wichtiges Unternehmen der NORD/LB-Gruppe wird sie in deren Konzernabschluss einbezogen und voll konsolidiert. Gleichzeitig erstellt die Bremer Landesbank einen eigenen Teilkonzernabschluss nach den Vorschriften der internationalen Rechnungslegung.

Die Bremer Landesbank hat ihre strategischen Ziele in einem kundenorientierten Geschäftsmodell mit folgenden vier Strategischen Geschäftsfeldern sowie den ihnen zugeordneten elf Strategischen Geschäftseinheiten (SGE) verankert:

- **Firmenkunden**

Strategisches Ziel des Geschäftsfeldes Firmenkunden ist die Festigung der Bremer Landesbank als führende Geschäfts- und Regionalbank in Nordwestdeutschland. Das Geschäftsfeld gliedert sich in die Strategischen Geschäftseinheiten Corporates und Gewerbekunden.

- **Privatkunden**

Strategischer Hauptfokus des Geschäftsfeldes Privatkunden ist die Positionierung als der führende Anbieter von Finanzdienstleistungen im Nordwesten für gehobene Privatkunden. Das Geschäftsfeld Privatkunden gliedert sich in die Strategischen Geschäftseinheiten Private Banking und Privatkundenbetreuung auf.

- **Spezialfinanzierungen**

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen ist ausgerichtet auf langfristig orientierte Objektfinanzierungen für grundsätzlich mittelständisch strukturierte regionale wie überregionale und selektive internationale Kundengruppen unter Einbeziehung von kurzfristigen Bauzeitfinanzierungen. Die Objekte sind grundsätzlich fungibel und verfügen über nachhaltige Einnahmepotenziale. Es ist das Ziel, das vorhandene und ständig aktualisierte Branchen-Know-

how zur Bindung von mittelständischen Zielkunden zu nutzen. Zu diesen zählen Schiffskunden, inländische Leasing- und Factoringgesellschaften, Betreibergesellschaften und bedeutende Anlagenhersteller aus dem Bereich Erneuerbare Energien sowie die Eigentümer und Betreiber von Pflegeeinrichtungen, die in den jeweiligen SGEen betreut werden.

- **Financial Markets**

Im Geschäftsfeld Financial Markets sind die SGE Kommunen, Sparkassen und Institutionelle Kunden gebündelt. Strategisches Ziel ist die Festigung der regionalen Marktführerschaft in den betreffenden Märkten. Darüber hinaus ist Financial Markets mit dem Vertrieb von Handelsprodukten für Kunden anderer Geschäftsfelder (Produkt-SGE Sales Corporates) beauftragt. Außerdem werden Handels- und Treasury-Geschäfte betrieben.

Die Bremer Landesbank fungiert als Landesbank des Bundeslandes Bremen, ist das Spitzeninstitut der Sparkassen ihres Geschäftsgebietes in Niedersachsen und Bremen und darüber hinaus eine regional ausgerichtete Geschäftsbank mit überregionalem und selektivem internationalem Spezialgeschäft.

- Die Strategie und das Geschäftsmodell der Bremer Landesbank entsprechen sich.
- Regionale Geschäftsbank mit überregionalem Spezialgeschäft, Landesbank und Sparkassen-zentralbank.
- Besonderer Fokus liegt dabei auf der problemlösungsorientierten Beratung anspruchsvoller Kunden und der Förderung der Entwicklung des Wirtschaftsraumes Nordwest.

Die Steuerung der Geschäftsfelder erfolgt rentabilitätsorientiert. Für jedes Geschäftsfeld sind auf Basis geschäftsfeldbezogener Strategien Profitabilitätsziele festgelegt. Daneben kommt einer nachhaltig hohen Kapitalquote und einem entsprechend hohen Risikodeckungsgrad in der geschäftspolitischen Ausrichtung der Bank eine risikopolitisch wichtige Bedeutung zu.

Die Kreditpolitik ist daher in allen vier Geschäftsfeldern konservativ bzw. risikoavers ausgelegt und dokumentiert sich in der konkreten Ausgestaltung der konzernintern abgestimmten Risikostrategie und der Finanzierungsgrundsätze.

Insgesamt gewährleistet das Geschäftsmodell der Bank durch die Konzentration auf das Kerngeschäft mit einer Vielzahl von Branchen in der Region Nordwest bei gleichzeitig selektiver Nutzung überregionaler und vereinzelter internationaler Marktchancen das Ziel eines ausgewogenen Rendite-Risiko-Verhältnisses.

Inhaltlich orientiert sich das Geschäftsmodell der Bremer Landesbank seit jeher am Leitsatz der Nachhaltigkeit. Als Regionalbank mit einer traditionell sehr starken Bindung mit ihrer Heimatregion Nordwestdeutschland und den oft über Generationen hinweg andauernden Kundenbeziehungen basiert die strategische Positionierung maßgeblich auf Beständigkeit und Zuverlässigkeit, verbunden mit einem langfristigen Kundenbeziehungs-Ansatz.

Für die Region, die Menschen, die Kunden und die Mitarbeiter ist die Bremer Landesbank ein langfristig denkender, verlässlicher Partner. Ziel ist es, durch vorausschauendes Agieren und eine instituterhaltende und langfristige Geschäftsstrategie einen dauerhaften Unternehmenserfolg der Bank und eine solide Gewinnerzielung und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Aus diesem Grund vereinigt die Bremer Landesbank in ihrem Verständnis von Nachhaltigkeit die Dimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales als integrale Bestandteile.

Zur Sicherstellung eines nachhaltig stabilen Geschäftsmodells verfolgt die Bremer Landesbank einen Portfolioansatz, in dessen Rahmen die Ertragsstruktur der Bank über alle Strategischen Geschäftseinheiten laufend überprüft und optimiert wird.

Kapitalmarkt- und Entscheidungskompetenzen vor Ort heben die Bremer Landesbank im regionalen Wettbewerb hervor. Die Erfolge als regionale Geschäftsbank und als Landesbank im öffentlich-rechtlichen Sektor bestätigen die strategische Ausrichtung und ihre erfolgreiche Positionierung.

## 1.2 Gesamtbanksteuerung

Die risikoorientierte Rentabilitäts- und Produktivitätssteuerung der Bremer Landesbank obliegt dem Vorstand. Ziel dieser Steuerung ist die kurz- und mittelfristige Optimierung ihrer Rentabilität und Effizienz bei größtmöglicher Erlös- und Kostentransparenz. Die Gesamtbanksteuerung der Bremer Landesbank ist damit wert- und risikoorientiert ausgerichtet; neben der Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen werden den Entscheidungsträgern wesentliche steuerungsrelevante Informationen bereitgestellt. Zentrale Steuerungsinstrumente der Bank bilden die Gewinn- und Verlustrechnung [(GuV) mit dem Hauptfokus auf das Jahresergebnis vor Steuern], die nach Geschäftsfeldern und Kostenstellen strukturierte Deckungsbeitragsrechnung, der Kostenarten- und der Monatsreport sowie der Risikotragfähigkeits-Bericht (RTF). Maßgebliche Größen der Rentabilitätssteuerung auf Gesamtbankebene sind die Eigenkapitalrentabilität (Return on Equity = RoE)<sup>1</sup> und die Cost-Income-Ratio (CIR)<sup>2</sup>.

Die Gesamtbanksteuerung wird damit zur Verbindung folgender Steuerungskreisläufe:

- Handelsrechtliche Größen wie z. B. der laufende Abgleich zwischen Deckungsbeitragsrechnung und GuV
- Aufsichtsrechtliche Größen wie z. B. die Überwachung und Steuerung der Risk-Weighted Assets
- Wert- und risikoorientierte Größen wie z. B. der Ansatz der Eigenkapitalkosten und des Expected Loss

---

<sup>1</sup> RoE: Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit abzgl. aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne/ Nachhaltiges Kapital (Bestandteile: Stammkapital; Kapitalrücklage; Gewinnrücklagen).

<sup>2</sup> CIR: Verwaltungsaufwand inkl. Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen/operatives Ergebnis ohne Verwaltungsaufwendungen.

Ausgangspunkt des Steuerungskreislaufs in der Bremer Landesbank ist der Strategie-Review durch den Vorstand und die zweite Führungsebene im Frühjahr eines jeden Jahres. Neben der Überprüfung der strategischen Ausrichtung der Bank werden im Rahmen eines Strategieworkshops künftige Handlungsfelder für die Gesamtbank und die Geschäftsfelder herausgestellt (im Rahmen des Beteiligungscontrollings sind zudem die wichtigen Tochtergesellschaften in den Planungs- und Steuerungsprozess des Konzerns einbezogen).

Aus den Ergebnissen des Strategieworkshops leiten sich die Top-down-Vorgaben für die Geschäftsfelder ab. Der sich anschließende Prozess der mittelfristigen Planung mit einem Fünfjahreshorizont findet seinen Abschluss in der Planungsklausur im Herbst eines jeden Jahres. Die finalen quantitativen Planwerte sind wesentliche Eingangsgrößen für den bankweiten Zielvereinbarungsprozess.

Dieser in sich geschlossene und etablierte Prozess der Unternehmenssteuerung, dessen integraler Bestandteil das Management von Chancen und Risiken inklusive des Monitorings von Zielerreichungsgraden ist, wird fortlaufend konzeptionell weiterentwickelt, das eingesetzte Instrumentarium kontinuierlich verfeinert.

## 2. Wirtschaftsbericht

### 2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

#### 2.1.1 Wirtschaftliche Lage und Finanzmärkte

##### **Weltwirtschaft**

Das Wachstum der Weltwirtschaft 2014 stellte sich laut Berechnungen des IWF auf 3,3 % nach 3,3 % für 2013 ein. Zu Jahresbeginn war die IWF-Prognose noch bei 3,8 % angesiedelt.

Das Wirtschaftswachstum Chinas stellte sich 2014 auf 7,4 % nach zuvor 7,8 % für 2013 ein. Russlands Wirtschaft ist im Jahresverlauf von den Sanktionen hinsichtlich der Ukraine Krise betroffen. Die Wirtschaft der USA litt zu Beginn des Jahres 2014 unter extrem harten Winterbedingungen, um dann im Jahresverlauf zuzulegen.

##### **Europa**

Politische Risiken, insbesondere ausgehend von der Ukraine, führten maßgeblich in Europa zu einer gedämpften Konjunkturlage. Die Defizitkrise der Eurozone wies per 2014 eine weiterhin abnehmende Tendenz auf. Die angekündigten quantitativen Maßnahmen der EZB wirkten sich auf die Refinanzierung der Staatshaushalte unterstützend aus. Der Ukraine Konflikt belastete die Konjunktorentwicklung ab dem 2. Quartal 2014.

##### **Deutschland**

Die deutsche Wirtschaft wuchs unter anderem dank milder Wetterbedingungen zu Jahresbeginn 2014 dynamisch, um dann im 2. und 3. Quartal in eine Schwächephase einzutreten, die erst im 4. Quartal überwunden wurde. Insbesondere der private Konsum lieferte nachhaltige Wachstumsbeiträge. Die Wirtschaftsleistung nahm 2014 um 1,5 % nach zuvor 0,2 % zu.

##### **Ausblick 2015**

Die Voraussetzungen für die Entwicklung der Weltwirtschaft sind für 2015 grundsätzlich positiv. Die Eurozone profitiert von einer deutlich rückläufigen Bewertung des Euros, die die internationale Konkurrenzfähigkeit stärkt.

Die Wirtschaftsleistung Deutschlands erfährt durch die exogenen Faktoren der niedrigen Eurobewertung, des extremen Niedrigzinsniveaus und der markant ermäßigten Rohstoffpreise 2015 eine spürbare Unterstützung. Die Ukraine Krise stellt jedoch ein latentes Risiko bezüglich der Investitionsbereitschaft in Deutschland dar. Die Bundesbank unterstellt ein Wachstum der Wirtschaftsleistung in Höhe von 1,3 % für 2015.

## **Finanzmärkte**

An den Finanzmärkten war grundsätzlich im Jahresverlauf 2014 und zu Jahresbeginn 2015 eine abnehmende Risikoaversion bei zum Teil hoher Volatilität feststellbar. Die EZB senkte die Leitzinsen auf einen neuen historischen Tiefstwert. Zusätzlich wurde ein Anleiheankaufprogramm in einem Volumen von mindestens 1.140 Mrd. € beschlossen.

Der DAX befestigte sich 2014 von 9.552 auf 9.805 Punkte. Ein freundlicher Jahresstart 2015 folgte. Die Renditen der 10-jährigen Bundesanleihe waren 2014 auf unerwarteter Talfahrt. Diese Tendenz setzte sich zu Jahresbeginn 2015 fort. Die Zinskurve wird sich 2015 voraussichtlich weiter verflachen.

Der Euro verlor 2014 und zu Jahresbeginn 2015 gegenüber den Hauptwährungen. Gegenüber dem USD wertete der Euro in den letzten 16 Monaten von knapp 1,40 in der Spitze bis auf 1,11 ab.

### **2.1.2 Region**

Laut den aktuellen Bewertungen in den drei Handelskammerbezirken kam es 2014 zu einer weitgehenden Konvergenz bezüglich des Konjunkturverlaufs in Deutschland. Nach einem guten Start in das Jahr folgte eine konjunkturelle Delle im 2. und 3. Quartal 2014, die in einer leichten Aufhellung im 4. Quartal 2014 mündete.

Gegenüber 2014 wird die aktuelle als auch zukünftige Konjunkturlage 2015 in allen drei Bezirken moderat positiv bis positiv eingeschätzt. Die Konjunkturklimaindices der drei IHKS weisen per 4. Quartal 2014 stabile Niveaus oberhalb des langjährigen Durchschnitts auf.

Die Bremische Wirtschaft war 2014 von der sich leicht eintrübenden Dynamik der Weltwirtschaft als Folge der politischen Krisen zunehmend beeinträchtigt. In der Folge war die Herbstbelegung vor allen Dingen in den Industrie- und Logistiksektoren beeinträchtigt. In den Sektoren Bauwirtschaft, Dienstleistungen und Tourismus dominierte dagegen grundsätzlich eine positive Tendenz. Die Beschäftigungsentwicklung war 2014 weitgehend stabil.

Der Ausblick für 2015 ist in Bremen geprägt von einer uneinheitlichen Entwicklung im produzierenden Bereich, einer stabilen bis positiven Lage im Bauhauptgewerbe, einem eingetrübten Geschäftsausblick im Handel und Export, freundlichen Geschäftsaussichten im Dienstleistungssektor, einer positiven Investitionsbereitschaft als auch einer stabilen Beschäftigungslage.

Die Wirtschaft hat sich im Oldenburger Land im Jahr 2014 zum Jahresende nach einer vorübergehenden Eintrübung belebt. Das gilt übergreifend für alle Branchen. Die Unternehmen blicken grundsätzlich optimistisch in die Zukunft. Zum Jahreswechsel legte der Geschäftsklimaindex deutlich um knapp acht auf 119,3 Punkte zu.

Die regionale Gesamtkonjunktur im Bezirk Ostfriesland und Papenburg folgte dem nationalen Muster. Die Erwartungshaltung für 2015 hat sich im vierten Quartal positiv entwickelt. Der Geschäftsklimaindex legte zum Jahresende um 3 auf 118 Punkte zu und bewegt sich damit auf dem Niveau des Jahresbeginns 2014. Sorgen bereiten den Unternehmen sowohl die aktuelle



Wirtschaftspolitik als auch der Themenkomplex der geopolitischen Risiken. Positive Erwartungen dominieren im laufenden Jahr im Einzelhandel, dem Verkehrsgewerbe, dem Export und der Industrie. Zurückhaltend sind die Bewertungen des Großhandels geprägt. Der Arbeitsmarkt und die Investitionsbereitschaft sind von Stabilität geprägt.

### **2.1.3 Branche**

In 2014 haben Prüfungen und Stresstests der Europäischen Zentralbank und der Bundesbank gezeigt, dass die deutschen Kreditinstitute größere Belastungen aushalten können.

Gleichwohl befindet sich laut der Europäischen Zentralbank die Kreditwirtschaft in einem schwierigen makroökonomischen und finanziellen Umfeld, das Druck auf die Ertragslage und damit auch auf die Fähigkeit zur Stärkung der Kapitalbasis ausübt.

Laut Deutscher Bundesbank<sup>3</sup> sollten die deutschen Banken weiterhin Anstrengungen unternehmen, ihre Kapital- und Ertragsposition zu verbessern. Gerade mit Blick auf die ungewichtete Kapitalquote und die Leverage Ratio hätten deutsche Banken im europäischen Vergleich noch Nachholbedarf. Die strukturelle Ertragsschwäche der deutschen Banken dauere an. Damit blieben die Banken anfällig gegenüber krisenhaften Entwicklungen auf den Finanzmärkten und gegenüber einer lang anhaltenden Niedrigzinsphase. Es gäbe darüber hinaus Anzeichen dafür, dass die Suche nach Rendite in bestimmten Marktsegmenten zu Übertreibungen führe. In der Vergangenheit seien Übertreibungen auf den Immobilienmärkten häufig Auslöser für Finanzkrisen gewesen. Auffallend sei in Deutschland derzeit ein hoher Anteil an Wohnimmobilienkrediten mit einem Beleihungsauslauf von mehr als 100 % in Städten mit hohen Preissteigerungen.

Die Bremer Landesbank konnte sich bisher in dem von den Zentralbanken gezeichneten schwierigen Umfeld für Banken gut behaupten und konnte trotz hoher Risikovorsorge im Schifffahrtssektor wiederum die aufsichtsrechtliche Kapitalbasis stärken.

Zu den von den Zentralbanken aufgezählten Risiken kommen aus Sicht der Bremer Landesbank erhebliche Anforderungen der Regulatorik hinzu. Die Institute müssen maßgebliche Investitionen tätigen, um den in rascher Folge mit kurzen Umsetzungsfristen versehenen Anforderungen der Aufsicht zu genügen. Die dafür erforderliche Ressourcenbindung ist erheblich.

Mit Wirkung vom 4. November 2014 ist die Aufsicht für bestimmte Banken von den nationalen Aufsichtsbehörden (in Deutschland Bundesbank und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) auf die Europäische Zentralbank übergegangen. Zu den unmittelbar von der EZB beaufsichtigten Banken zählen sowohl das Mutterunternehmen der Bremer Landesbank, die NORD/LB, als auch die Bremer Landesbank selbst.

---

<sup>3</sup> Deutsche Bundesbank Finanzstabilitätsbericht 2014

Im Kontext des europaweit zu vereinheitlichenden Aufsichtswesens für den Finanzsektor hat die EBA (European Banking Authority), eine europäische Behörde, im Jahr 2014 den Entwurf einer Leitlinie zum aufsichtlichen Überprüfungs- und Überwachungsprozess (SREP – Supervisory Review and Evaluation Process) veröffentlicht. In diesem Dokument wird dargestellt, wie sich die Aufseher künftig die Überwachung des Finanzsektors vorstellen. Es wird ein einheitlicher Ansatz verfolgt, der die Beurteilung von Schlüsselindikatoren, des Geschäftsmodells, der Governance und der Kapital- und Liquiditätsrisiken beinhaltet. Die Aufseher möchten sich ein eigenes qualitatives und quantitatives Bild von den Kapital- und Liquiditätsrisiken eines Institutes machen und dieses Bild mit einem Scoring für jeden der Schlüsselindikatoren abschließen. Diese sollen dann in der Folge zu einem Gesamtscore zusammengefasst werden.

<b>Kategorisierung von Instituten</b> (weder in KWG noch in MaRisk explizit vorgesehen)			
<b>Beobachtung von Schlüsselindikatoren</b> (weder in KWG noch in MaRisk explizit vorgesehen)			
<b>Analyse Geschäftsmodell</b> (§6b (2) Nr. 10 KWG)	<b>Bewertung Governance und Kontrolle</b> (§6b (2) Nr.5 KWG; diverse Bezüge zu MaRisk: AT 4, AT 5, BT)	<b>Bewertung Kapitalrisiken</b> (§6b (2) Nr. 12 KWG, §25a KWG; AT 4.1 MaRisk im Wesentlichen)	<b>Bewertung Liquiditätsrisiken</b> (§6b (2) Nr. 7 KWG; BTR 3 MaRisk)
<b>Zusammenfassendes SREP-Ergebnis</b> (§6b (2) KWG)			
<b>Aufsichtliche Maßnahmen (Kapital, Liquidität, andere)</b> (§10 Abs. 3 KWG, §11 Abs. 3 KWG, §45 KWG, §46b KWG, §46 KWG)			
<b>Frühzeitiges Eingreifen</b> (§36ff BRRD-Umsetzungsgesetz-Entwurf)			

in Anlehnung an: EBA/CP/2014/14

Der im vorstehenden Schaubild illustrierte Ansatz wird voraussichtlich erhebliche Auswirkungen auf die Beaufsichtigung der Institute durch die EZB haben.

Der Wettbewerb im Kreditgewerbe wird weiter zunehmen. Speziell der in der Vergangenheit oftmals untergewichtete Mittelstand ist mittlerweile in den Fokus der Großbanken geraten. Mit Blick auf Wettbewerbsvorteile, wie ortsansässige Beratung, kurze Entscheidungswege und Kapitalmarkt-kompetenz vor Ort, Expertise im Auslandsgeschäft und eine umfangreiche Produkt- und Leistungs-palette, ist die Bremer Landesbank zuversichtlich, sich im Wettbewerb um dieses risikoarme und ertragreiche Geschäft nicht nur zu behaupten, sondern ihre Marktanteile durchaus noch weiter ausbauen zu können.

## **2.1.4 Märkte**

### **Nordwesten**

Die einzelnen Branchen der Wirtschaft im Nordwesten zeigen eine unterschiedliche Entwicklung.

Insgesamt gesehen ist die konjunkturelle Lage gut und die künftigen Aussichten werden positiv beurteilt. Investitionsbereitschaft ist vorhanden, aber vor dem Hintergrund der jüngeren Vergangenheit eher von hanseatischer Vorsicht geprägt, sodass der Finanzierungsbedarf der Unternehmen in der Region sich überschaubar entwickelt.

Leicht steigende Beschäftigung und Einkommen sorgen für eine grundsätzlich positive Perspektivenbeurteilung bei den privaten Haushalten, die sich in stärkerem Konsum ausdrückt. Die vermögenden Privatkunden werden jedoch stark umworben und suchen aufgrund des niedrigen Zinsniveaus nach alternativen Anlagemöglichkeiten.

### **Schiffe**

Der seit Spätsommer 2008 stattfindende drastische Verfall der Charraten in der Schifffahrt hatte seinen ersten Tiefpunkt im ersten Halbjahr 2010 erreicht. Im weiteren Jahresverlauf 2010 waren dann in wichtigen Teilmärkten Erholungen der Frachtraten zu beobachten. Seit Mitte 2011 verschärfte sich die Krise allerdings wiederum. In der Rohöl- und Bulkschifffahrt reichten die (Spot-)Chartern zeitweise lediglich zur Deckung der Betriebskosten aus, während in der Container-, Multipurpose- und Produktentanker-Schifffahrt noch Zinsen und teilweise Tilgungen verdient werden konnten. Mittlerweile hat sich der gesamte Tankermarkt aufgrund des weltweiten Überangebots an Öl erholt, während die Erholung in der Bulkschifffahrt nach einigen guten Quartalen Ende 2014 wieder ins Stocken geraten ist. Containerschiffe bis zur Panamax-Klasse und Multipurpose Schiffe sind meist nicht in der Lage, Tilgungen zu erbringen. Trotzdem sind die Neubau- und die Schrottpreise gestiegen und der Preisrückgang bei den Gebrauchtschiffen wurde angehalten.

Im Bereich Schiffe sah die Bremer Landesbank demzufolge auch in 2014 keine spürbare Erholung in den unterschiedlichen Marktsegmenten. Die im ersten Halbjahr 2014 festgestellte Erholung der Schifffahrtsmärkte und teilweise steigende Charraten haben sich im zweiten Halbjahr nicht verfestigt. Die Charraten und Schiffswerte liegen weiterhin auf Krisenniveau und eine nachhaltige Verbesserung wird auch für 2015 nicht erwartet, da sich das Überangebot an Schiffstonnage erst auf mittlere Sicht abbauen wird. Vor diesem Hintergrund wird auch das Neugeschäft weiterhin nur selektiv und weit überwiegend im Rahmen des andauernden Krisenmanagements getätigt. Der Risikovorsorgebedarf bleibt bei reduzierten Ertragsmöglichkeiten und geringerem Exposure zunächst auf hohem Niveau.

## **Leasing**

Bei der Refinanzierung von Mobilien-Leasinggesellschaften konnte die Bremer Landesbank ihre Position als führender Finanzierer mittelständischer Leasinggesellschaften in 2014 nach eigener Marktbeobachtung behaupten. Während das Neugeschäft moderat unterhalb der Planung verlief, konnte die Ertragsprognose übertroffen werden. Die Kompetenzcenter-Funktion innerhalb der NORD/LB-Gruppe und die breite Kundenbasis bieten weitere Wachstumspotenziale – auch als verlässlicher Partner für banknahe Leasinggesellschaften. Die weitere Konsolidierung des mittelständischen Zielkundensegmentes kann gleichwohl zu reduzierten Neugeschäftspotenzialen führen. Die Refinanzierung von Factoringgesellschaften rundet das Portfolio ab und ermöglicht eine weitere Diversifikation. Insgesamt ist das Segment eng mit der Konjunktur und Investitionsnachfrage verbunden.

## **Erneuerbare Energien**

Im Segment der regenerativen Energien hat sich das Neugeschäft im Jahresverlauf 2014 erfreulich entwickelt, auch wenn es unter den ursprünglichen Erwartungen blieb, da es im Vorfeld der Novellierung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) teilweise zu einer Zurückhaltung bei der Projektinitiierung kam und unterstellte Vorzieheffekte geringer ausfielen als zunächst antizipiert. Somit blieben auch die Erträge hinter der ursprünglichen Planung für 2014 zurück, was jedoch durch zukünftiges Neugeschäft aufgrund nunmehr bestehender Planungssicherheit nach erfolgter EEG-Anpassung z. T. kompensiert werden kann. Das Teilsegment Windkraft Onshore in Deutschland inkl. des zunehmenden Repowering bleibt der Hauptertragsbringer und das Segment sieht nach eigener Einschätzung seine starke Marktposition bestätigt. Das Teilsegment Photovoltaik bietet erwartungsgemäß und EEG-induziert im Vergleich zu den Vorjahren geringeres Neugeschäftspotenzial. Innerhalb der NORD/LB-Gruppe nimmt die Bremer Landesbank die Kompetenzcenter-Funktion für Biogas und Photovoltaik in Deutschland wahr. Darüber hinaus werden erfahrene Kunden selektiv ins europäische Ausland begleitet. Trotz weiter anstehender EEG-Anpassungen mit zunehmenden Marktanteilen wie der Ausschreibung werden vor dem Hintergrund der unverändert angestrebten Energiewende auch zukünftig gute Wachstumspotenziale gesehen.

## **Sozialimmobilien**

Der Schwerpunkt des Segmentes Sozialimmobilien der Bremer Landesbank liegt in der Finanzierung von Pflegeheimen.

Die positive Neugeschäftsentwicklung aus dem ersten Halbjahr hat sich im Jahresverlauf fortgesetzt, die Prognose wurde übertroffen. Die Erträge liegen kundenstruktur- und wettbewerbsbedingt leicht unter Plan. Die demografische Entwicklung und der wachsende stationäre Pflegebedarf unterstreichen die strategische Bedeutung und das Potenzial des Segmentes und werden zukünftig ein Neugeschäft auf konstantem Niveau bei moderatem Bestandsausbau ermöglichen.

## 2.1.5 Auswirkungen auf die Bremer Landesbank

Die vorstehend beschriebenen Entwicklungen haben unter Berücksichtigung der Globalisierung der Weltwirtschaft Einflüsse auf die geschäftliche Entwicklung der Bank:

- Die Entwicklung der Weltwirtschaft beeinflusst die globalen Warenströme und damit das Transportvolumen im Schifffahrtsbereich mit entsprechender Wirkung auf Charterraten und Marktpreise. Als Folge aus der Dauer der Krise auf den Schifffahrtsmärkten ergeben sich auch Auswirkungen auf die Höhe der Risikovorsorge der Bank
- Die Stabilität der Eurozone – insbesondere der hoch verschuldeten Staaten im Süden Europas – sowie die geldpolitischen Maßnahmen der EZB haben Auswirkungen auf den Kurs des Euro gegenüber anderen Währungen und damit einerseits auf die Exportchancen der Wirtschaft und andererseits auf die Bewertung von Wertpapieren und Credit Default Swaps. Insbesondere kann die Entwicklung des Kurses des Euro zum USD eine wahrnehmbare Wirkung auf die Höhe der Kundenforderungen, die RWA und die Bilanzsumme, aber auch auf den Zinsüberschuss und die Risikovorsorge der Bank entfalten.
- Die Binnen- und regionale Konjunktur hat Auswirkungen auf die mittelständische Firmenkundschaft und deren Finanzierungsbedarf und damit auch auf das Kreditgeschäft der Bremer Landesbank.
- Das Zinsniveau beeinflusst einerseits zwar die erzielbaren Margen im Kreditgeschäft, andererseits aber in Verbindung mit den erwarteten wirtschaftlichen Entwicklungen auch den Finanzierungsbedarf von Unternehmen und Privatpersonen im Geschäftsgebiet. Die anhaltende Niedrigzinsphase hatte bisher noch keine spürbare Auswirkung auf den Zinsüberschuss der Bank.
- Die Entwicklung der Aktienindizes – insbesondere des DAX – hat Auswirkungen auf das Verhalten von Privatkunden bei der Investition in Wertpapiere, Aktien und alternative Investments und damit auch auf das Provisionsergebnis der BLB.

## 2.2 Geschäftsverlauf

Das Berichtsjahr war trotz weiter solider Erträge erneut geprägt von der anhaltend schwierigen Situation auf den Schifffahrtsmärkten. Weiterhin hohe Ablieferungen von Schiffsneubauten erzeugten durch das zunehmende Angebot unverändert Druck auf die Charterraten und Schiffspreise. Das Konjunkturwachstum und damit das Transportvolumen konnten hiermit nicht Schritt halten. Die demzufolge weiterhin andauernde Krise hat daher wie in den Vorjahren das Geschäftsergebnis der Bank deutlich beeinflusst.

Das Ergebnis der Bank wurde durch eine Beteiligungstransaktion, mit der bestehende Reserven in Höhe von rd. 37 Mio. € realisiert wurden, maßgeblich beeinflusst.

Im Vorjahr angefallene einmalige Sondererträge in Höhe von rd. 50 Mio. €, die aus Immobilientransaktionen resultierten, entfielen im Jahr 2014.

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2014 betrachtet die Bremer Landesbank unter den vorgefundenen Rahmenbedingungen als zufriedenstellend. Die Träger haben der vollständigen Verwendung des operativen Ergebnisses für die Stärkung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel zugestimmt und daher auf eine Ausschüttung verzichtet. Eine Inanspruchnahme staatlicher Unterstützungsleistungen ist für die Bremer Landesbank weiterhin nicht notwendig.

Im Folgenden wird über die geschäftliche Entwicklung der Bremer Landesbank im Jahr 2014 detailliert berichtet.

## 2.3 Lage des Instituts

### 2.3.1 Ertragslage

Die Ertragslage der Bank hat sich im Jahr 2014 insgesamt zufriedenstellend entwickelt.

#### Zinsergebnis

Unter Zinsergebnis versteht die Bank den Saldo aus Zinserträgen und -aufwendungen inklusive der laufenden Erträge aus Wertpapieren des Nichthandelsbestandes, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen sowie der Erträge aus Gewinnabführungsverträgen.

Für das Zinsergebnis hatte die Bank prognostiziert, dass es sich im Berichtsjahr nach Wegfall der Sondereffekte auf reduziertem Niveau bewegen würde.

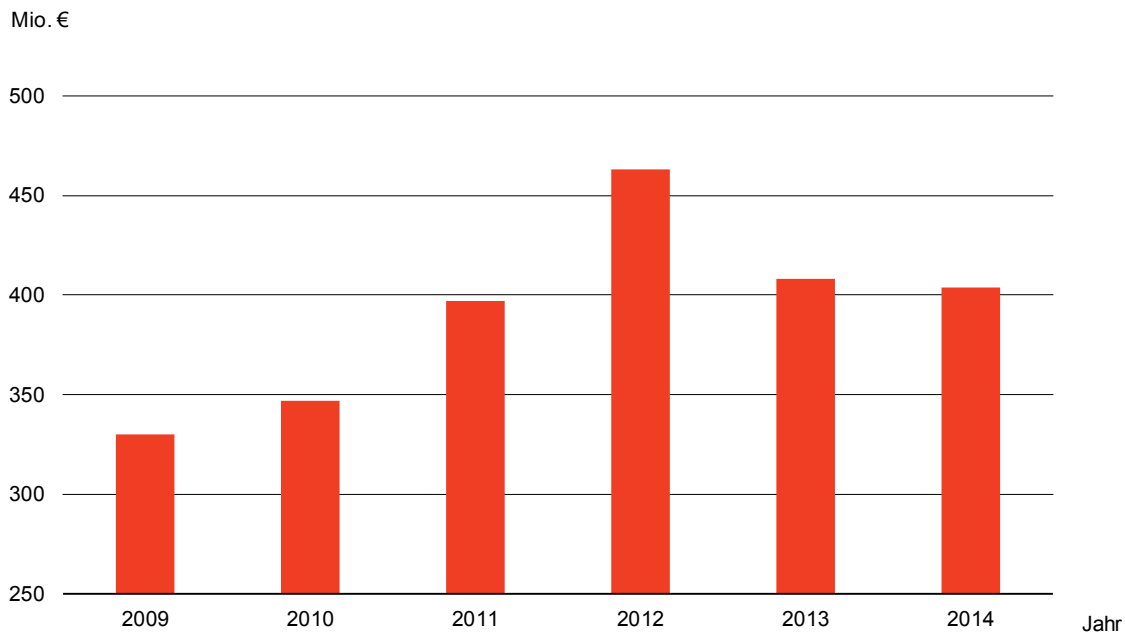
Das Zinsergebnis verringerte sich nur geringfügig um 1 % von 408 Mio. € auf 404 Mio. €. Die aus dem operativen Geschäft mit Kunden der Bank erzielten Beiträge verblieben trotz intensivem Wettbewerbsdruck auf unverändert hohem Niveau. Ursächlich für den leichten Rückgang des Zinsergebnisses ist hauptsächlich das rückläufige Volumen der Gewinnabführung von Tochtergesellschaften, das im Vorjahr durch einmalige Sondererträge aus einer Immobilientransaktion in Höhe von 26 Mio. € beeinflusst wurde.

Im Laufe des Jahres 2014 hat die Bank eine nun konzernerweitlich verwendete Software zur Abbildung der Risikovorsorge implementiert. Diese ermöglicht die Berechnung von Zinsen auf impaired Forderungen nunmehr auf Einzelgeschäftsebene und nicht mehr wie bisher auf Kundenebene. Aus der erstmaligen Anwendung der Software auf den Risikovorsorgebestand entstand ein in dieser Höhe nicht erwarteter positiver Nettoeffekt in Höhe von rd. 17 Mio. €. Für die Zukunft wird aus der Verwendung der Software keine nennenswerte Ergebnisauswirkung mehr erwartet.

Wesentlicher Treiber im kundenorientierten Geschäft war erneut das Segment Spezialfinanzierungen, während die Geschäfte mit der regionalen Firmenkundschaft sich auf hohem Niveau stabilisierten.

Im kommenden Jahr wird sich das Zinsergebnis aufgrund des Wegfalls von Sondereffekten insgesamt auf leicht niedrigerem Niveau bewegen.

### Jahresvergleich Zinsergebnis:



### Provisionsergebnis

In der Prognose hatte die Bank eine Stabilisierung des Provisionsergebnisses auf dem 2013 erreichten Niveau unterstellt.

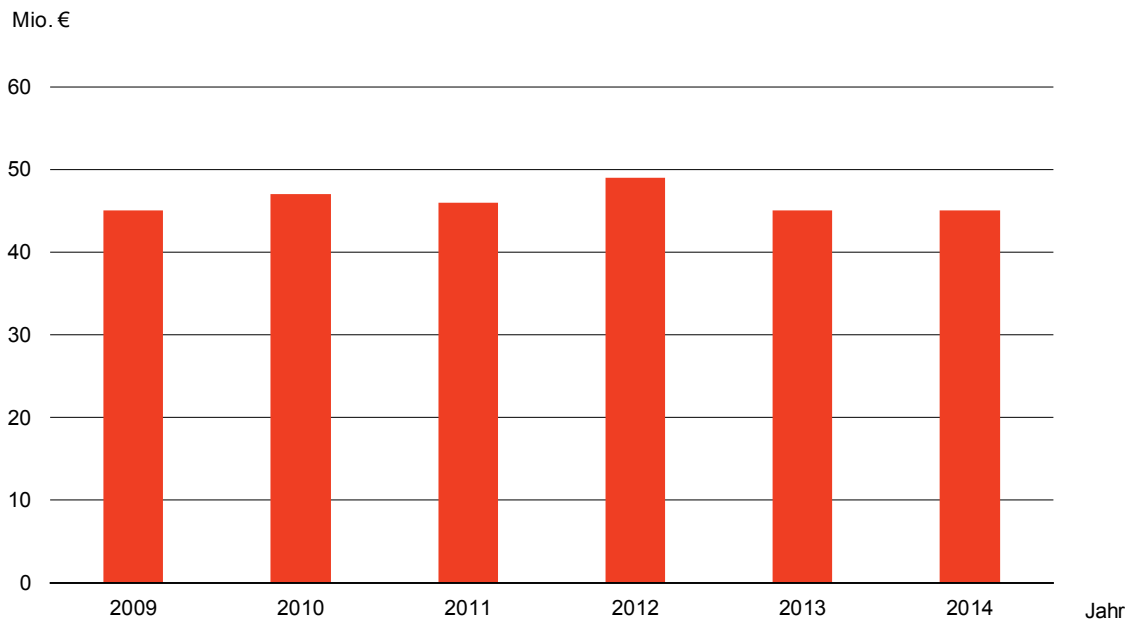
Das Provisionsergebnis ist konstant bei rd. 45 Mio. € geblieben und hat sich trotz des schwierigen Umfeldes stabil entwickelt.

Während die Erträge aus Avalprovisionen im Hinblick auf den gezielten Abbau des Credit-Investment-Portfolios rückläufig waren, konnten die Nettoerträge aus dem Wertpapiergeschäft und insbesondere aus dem Bereich der Vermögensverwaltung signifikant gesteigert werden. Die Erträge aus Kreditprovisionen haben sich aufgrund weiterhin hoher Konzeptionsgebühren für die Finanzierung alternativer Energiequellen auf dem Niveau des Vorjahres behaupten können.

Leichte Rückgänge waren im Bereich der Vermittlungsprovisionen sowie im Provisionsaufkommen des Auslandszahlungsverkehrs zu verzeichnen. Alle übrigen Komponenten, z. B. aus dem Inlandszahlungsverkehr, der Kontoführung und dem Sortengeschäft haben sich in Summe stabil fortentwickelt.

Im Jahr 2015 sollte sich das Provisionsergebnis bei Fortbestand der aktuellen Rahmenbedingungen auf dem 2014 erreichten Niveau stabilisieren.

## Jahresvergleich Provisionsergebnis:



## Nettoertrag des Handelsbestandes

Für das Handelsergebnis hatte die Bank für das Jahr 2014 unverändert gute Chancen gesehen, erfolgreich an den Finanzmärkten zu agieren.

Der Nettoertrag des Handelsbestandes des Jahres 2014 beläuft sich unverändert gegenüber dem Vorjahr auf 11 Mio. €.

Das Handelsgeschäft der Bremer Landesbank ist kundeninduziert oder dient zur Absicherung von im traditionellen Bankgeschäft eingegangenen Zinsänderungs- und Fremdwährungsrisiken. Unter diesen selbst gegebenen Rahmenbedingungen konnte die Bank auch im vergangenen Jahr erfolgreich auf den Geld- und Kapitalmärkten agieren. Der Nettoertrag des Handelsbestandes ist insgesamt deutlich positiv.

Während das Bewertungsergebnis und das laufende Ergebnis aufgrund der niedrigen kurzfristigen Zinsen negative Ergebnisbeiträge lieferten, hat sich das Realisierungsergebnis – insbesondere aus Zinsderivaten – positiv entwickelt.

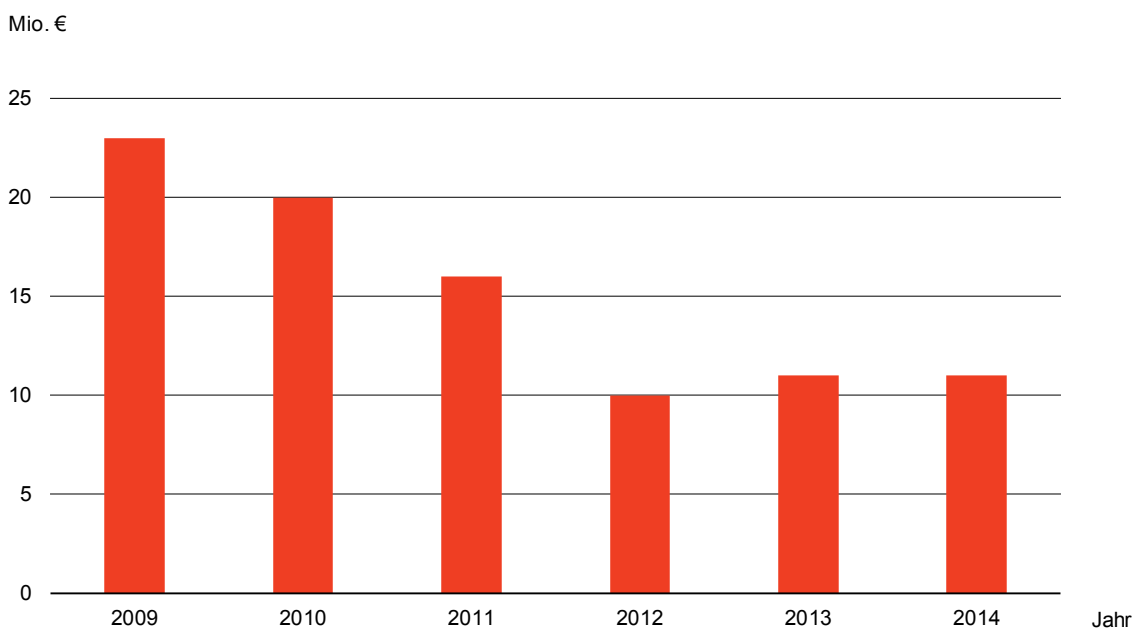
Produktbezogen konnten die Teilbereiche Aktien und Renten sowie Devisen positive Ergebnisbeiträge liefern, während das Ergebnis aus Derivaten insbesondere aus der Zinssicherung der Wertpapiere negative Resultate beisteuerte.



Der Risikoabschlag für positive Marktwerte bzw. der entsprechende Risikozuschlag für negative Marktwerte von Handelsprodukten und der für Ausschüttungen gesperrte sogenannte Risikopuffer haben das Nettoergebnis des Handelsbestandes im Jahr 2014 um insgesamt 1 Mio. € (Vorjahr: - 3 Mio. €) verbessert.

Das Nettoergebnis des Handelsbestandes ist aufgrund der kurzfristigen Natur der Geschäfte und der Marktschwankungen volatil und entsprechend schwer zu prognostizieren. In ihren Planungen geht die Bank jedoch unverändert von guten Chancen aus, auch in 2015 ähnlich erfolgreich an den Finanzmärkten zu agieren wie im vergangenen Jahr.

#### **Jahresvergleich Nettoertrag des Handelsbestandes:**



#### **Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen**

Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen in Höhe von rund -18 Mio. € hat sich gegenüber 2013 (7 Mio. €) um 25 Mio. € verschlechtert. Nachfolgend beschriebene Sonder-effekte hatten erhebliche Auswirkungen auf das sonstige betriebliche Ergebnis.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beliefen sich insgesamt auf 24 Mio. € nach 30 Mio. € im Vorjahr. In den Pensionsrückstellungen enthaltene Zinseffekte in Höhe von rund 14 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €) haben sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Darüber hinaus wird hier der Aufwand aus der Bankenabgabe in Höhe von 3 Mio. € (Vorjahr: 4 Mio. €) ausgewiesen. Zinseffekte aus anderen Personal- und sonstigen Rückstellungen in Höhe von 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) finden sich ebenfalls in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wieder. Darüber hinaus sind gemäß BFA4 auf das Anlagebuch entfallende Bewertungseffekte von -4 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €) im sonstigen betrieblichen Ergebnis auszuweisen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind von 37 Mio. € auf 6 Mio. € gefallen. Hierin enthalten sind insgesamt auf Vorjahresniveau angefallene Erträge aus der Auflösung von Personal- und anderen Rückstellungen sowie Grundstückserträge, Umsatzsteuererstattungen und Kostenerstattungen von Kunden. Die Ursache für den Rückgang resultiert hauptsächlich aus im Jahr 2013 angefallenen Erträgen aus einer Immobilientransaktion in Höhe von rd. 25 Mio. €.

Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen lässt sich nur schwer planen. Die Bank geht von weiterhin spürbaren Zinseffekten im Bereich der Pensionsrückstellungen aus und rechnet im Prognosezeitraum wegen geringer ausfallender Sondereffekte mit einem deutlich geringeren sonstigen betrieblichen Ergebnis.

### **Verwaltungsaufwendungen**

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen sind von 187 Mio. € um 1 Mio. € bzw. 1 % auf 188 Mio. € angestiegen.

Im Jahresabschluss 2013 wurde für das Jahr 2014 ein deutlicher Rückgang der Personalaufwendungen erwartet.

Die Personalaufwendungen betragen im Jahr 2014 rund 114 Mio. € und sind damit erneut um 9 % bzw. rund 9 Mio. € angestiegen. Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter und Sozialabgaben sind aufgrund des im Vorjahr erzielten Tarifabschlusses für das Bankgewerbe wie erwartet angestiegen. Signifikante Abweichungen zum geplanten Rückgang der Personalaufwendungen sind primär auf zinsbedingt im Vorjahresvergleich höhere Zuführungen zu Pensionsrückstellungen zurückzuführen.

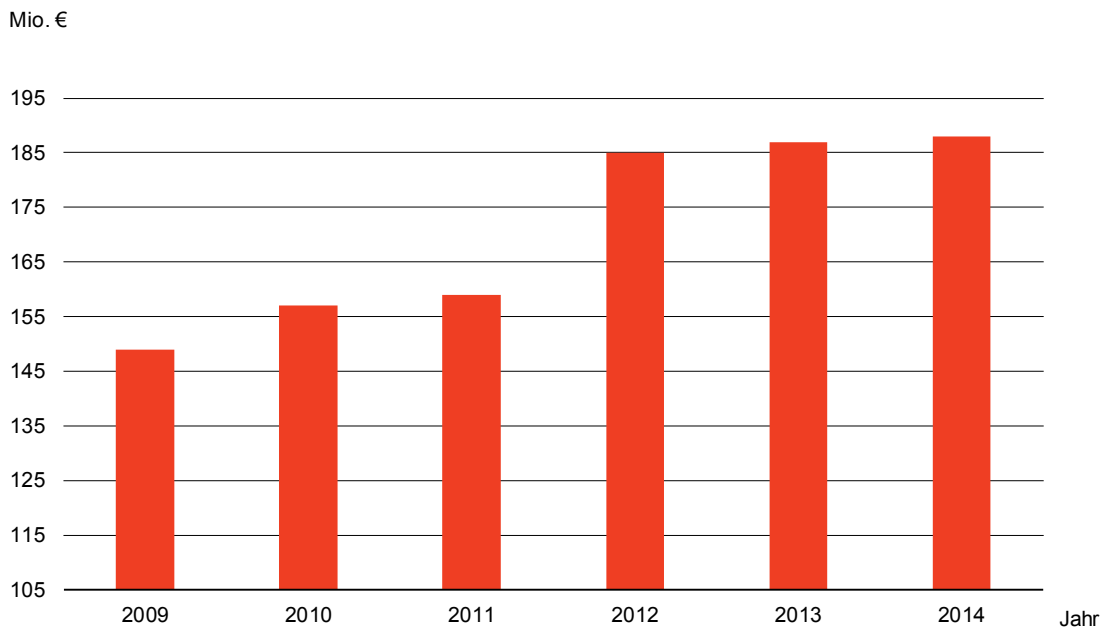
Für die anderen Verwaltungsaufwendungen wurde im Rahmen des letzten Jahresabschlusses in den kommenden Jahren eine sukzessive Konsolidierung des Kostenniveaus prognostiziert.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind mit 75 Mio. € um 7 Mio. € gesunken. Reduzierungen gab es insbesondere im Bereich der Informationstechnologie, bei den projektbedingten Aufwendungen sowie den Gebäudekosten, denen außer einer Erhöhung des Umlagevolumens für den Haftungsverbund der Sparkassen und Landesbanken keine kompensatorischen Effekte gegenüberstanden. Insgesamt entwickelten sich die anderen Verwaltungsaufwendungen unter dem geplanten Niveau.

Für das Jahr 2015 wird erneut ein spürbarer Anstieg der Personalaufwendungen erwartet, da der geltende Tarifvertrag im Sommer ausläuft und sich der Rechnungszins für Pensionsrückstellungen weiter reduzieren wird.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen werden auch in 2015 im Wesentlichen durch Großprojekte beeinflusst. Dennoch erwartet die Bank im kommenden Jahr einen weiteren leichten Rückgang.

## Jahresvergleich Verwaltungsaufwendungen:



## Abschreibungen und Wertberichtigungen

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen betragen 4 Mio. € (Vorjahr: 5 Mio. €).

Das Bewertungsergebnis im Kredit- und Wertpapiergeschäft und aus den Beteiligungen der Bremer Landesbank beläuft sich auf einen Aufwandssaldo von 174 Mio. € (Vorjahr: 179 Mio. €).

Im Lagebericht des Jahres 2013 hatte die Bank für die Risikovorsorge bei nicht einsetzender Markterholung in der Handelsschifffahrt ein annäherndes Erreichen des Niveaus des Jahres 2013 unterstellt.

Die negativen Auswirkungen der anhaltenden Krise an den Schifffahrtsmärkten wirkten sich im Jahr 2014 wie erwartet deutlich auf die Risikovorsorge der Bank aus. Das weiterhin bestehende Überangebot an Schiffstonnage führte in einigen Segmenten (z.B. Container Feeder-, Handysize- und Chemikaliertanker) zu anhaltend niedrigen Charraten. Rückläufige Wachstumsraten in China und die sich nur langsam erholende Konjunktur in großen Teilen der Welt trafen in 2014 auf einen erneuten Tonnagezulauf. Auch im sechsten Jahr der Krise konnten wiederum zahlreiche Reedereien ihre Schiffe nicht mehr stützen. Die Bank hat das Finanzierungsportfolio im Sinne eines konsequenten Risikomanagements fortlaufend analysiert und die Risikovorsorge stringent dotiert.

Nennenswerte Wertkorrekturen auf den Eigenbestand an Wertpapieren waren im vergangenen Jahr nicht zu verzeichnen. Lediglich aus dem Verkauf der aus einem Credit Event erhaltenen Anleihe der PTSB (ehemals Anglo Irish) entstand der Bank ein realisierter Verlust in Höhe von rund 0,4 Mio. €.

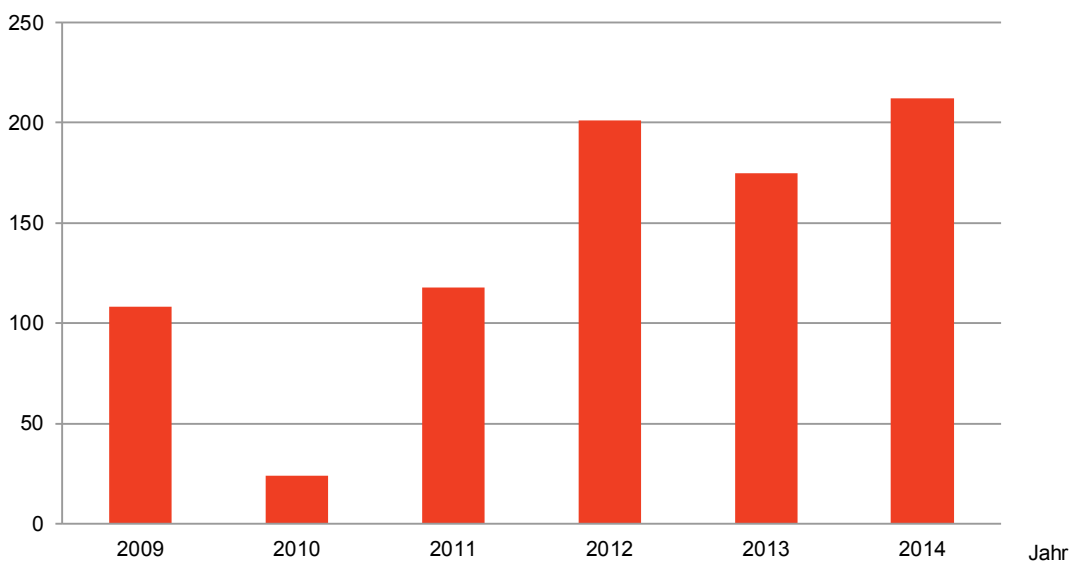
Das Ergebnis der Bank wurde durch eine Beteiligungstransaktion, mit der bestehende Reserven in Höhe von rd. 37 Mio. € realisiert wurden, maßgeblich beeinflusst. Ansonsten ergaben sich aus Anpassungen von Beteiligungsbuchwerten im Jahr 2014 wie auch im Vorjahr keine nennenswerten Ergebnisbeiträge.

Der Risikovorsorgebedarf im Jahr 2015 wird nach den Einschätzungen der Bank weiterhin durch die erheblichen Schwierigkeiten an den Schifffahrtsmärkten geprägt sein. Die allseits erhoffte Erholung wird sich nur langsam einstellen. Seit 2010 wird die Höhe der Risikovorsorge in der Bremer Landesbank insbesondere durch die Entwicklungen in der Handelsschifffahrt bestimmt.

Sofern in 2015 in diesem Bereich keine Markterholung einsetzt, dürfte sich die Risikovorsorge erneut auf einem hohen Niveau bewegen. Maßnahmen zur RWA Optimierung der Bank könnten zu einem Niveau der Risikovorsorge analog 2014 führen. Abweichungen von den im Schifffahrtsbereich unterstellten Bewertungsparametern (z. B. eine weitere Verzögerung der Markterholung) sowie die Verwertung bzw. der Abbau von notleidenden Schiffsfinanzierungen können erhebliche Auswirkungen auf die Höhe der Risikovorsorge bewirken.

### Risikovorsorgeaufwendungen

Mio.€



### Fonds für allgemeine Bankrisiken

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB, der aufsichtsrechtlich dem harten Kernkapital zuzurechnen ist, beläuft sich auf 586 Mio. €. Im Geschäftsjahr 2014 wurden dem Fonds 50 Mio. € zugeführt.

Zusätzlich wurden nach den Vorschriften des BilMoG 10 % der Nettoerträge des Handelsbestandes in Höhe von 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) in einen separaten, ausschüttungsgesperren Unterposten nach § 340g HGB eingestellt. Insgesamt beträgt der Fonds nun 594 Mio. €.

### **Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit**

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit des Jahres 2014 beträgt 26 Mio. € nach 54 Mio. € im Vorjahr, was einen Rückgang von 52 % darstellt. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass im Vorjahr ein um 14 Mio. € höheres Volumen an Einmalerträgen angefallen ist. Zudem wurde im Geschäftsjahr 2014 ein um 4 Mio. € höherer Betrag in den Fonds für allgemeine Bankrisiken gem. § 340g HGB zugeführt und das aufsichtsrechtliche harte Kernkapital der Bank somit gestärkt.

### **Außerordentliches Ergebnis**

Das außerordentliche Ergebnis beträgt im Jahr 2014 rund -6 Mio. € (Vorjahr: -6 Mio. €). Für das Jahr 2014 sind lediglich die BilMoG-Umstellungseffekte aus Pensionsrückstellungen in dieser Position zu erfassen.

### **Steueraufwand**

Der Steueraufwand der Bremer Landesbank hat sich trotz der im Vergleich zum Vorjahr ermäßigten Ertragslage aufgrund steuerrechtlicher Bewertungsvorgaben und dem daraus resultierenden höheren zu versteuernden Einkommen auf 20 Mio. € (Vorjahr: 12 Mio. €) erhöht.

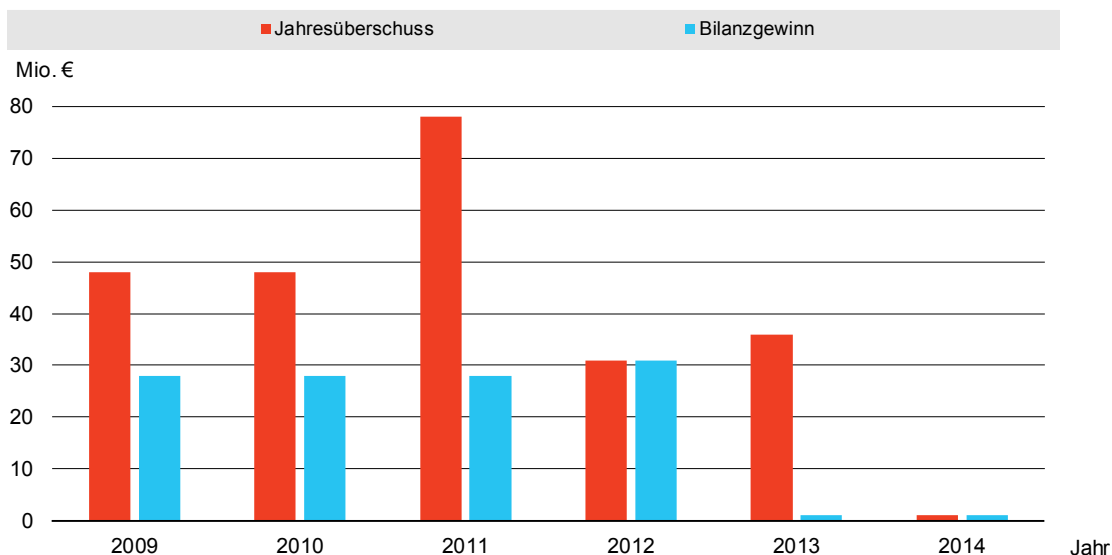
### **Jahresüberschuss und Gewinnverwendung**

Für den Jahresüberschuss 2014 hatte die Bank einen Anstieg prognostiziert.

Der Jahresüberschuss beträgt 0 Mio. € nach 36 Mio. € Ende 2013. Die Bank hat die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel durch die Bildung versteuerter Reserven gestärkt. Eine Ausschüttung an die Träger kann daher nicht erfolgen.

Nach den Einschätzungen der Bank wird das operative Ergebnis des Jahres 2015 zur Portfoliooptimierung und damit zur Stärkung der aufsichtsrechtlichen Kapitalkennziffern verwendet werden. Demzufolge wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden. Mittelfristig wird wieder ein ausgewogenes Verhältnis zwischen angemessener Dividendenhöhe und weiterer Kapitalstärkung angestrebt.

### Jahresvergleich Jahresüberschuss und Bilanzgewinn:



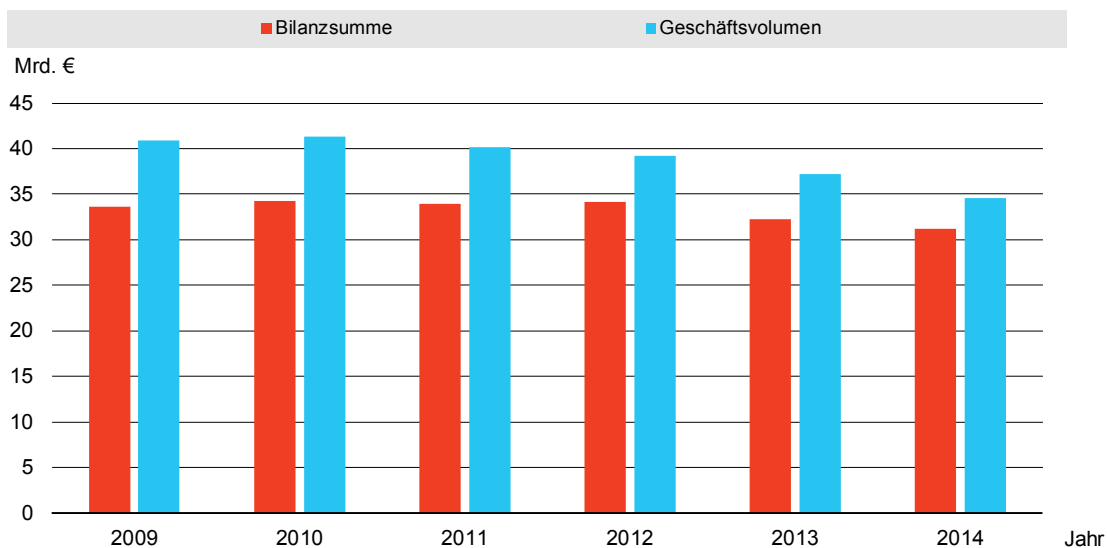
### 2.3.2 Finanz- und Vermögenslage

#### Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bank konzentrierte sich wie in den Vorjahren verstärkt auf ertragsstarke Geschäfte. Auf der Aktivseite entwickelten sich die Interbankengeschäfte – insbesondere die Forderungen an angeschlossene Sparkassen – rückläufig. Ebenso reduzierte sich der Eigenbestand an Wertpapieren sukzessive. Bei den Refinanzierungen sind Rückgänge der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie Kreditinstituten und den verbrieften Verbindlichkeiten zu verzeichnen.

Im Ergebnis reduzierte sich die Bilanzsumme auf 31,2 Mrd. € (Vorjahr: 32,2 Mrd. €). Das Geschäftsvolumen sank auch aufgrund reduzierter Eventualverbindlichkeiten um 2,6 Mrd. € oder 7 % auf 34,6 Mrd. €.

#### Jahresvergleich Bilanzsumme und Geschäftsvolumen:



## **Forderungen an Kreditinstitute**

Im Kommunalkreditgeschäft, welches durch die Geschäftstätigkeit mit den angeschlossenen Sparkassen geprägt ist, war ein Rückgang in Höhe von 18 % zu verzeichnen. Trotz leichtem Anstieg der anderen Forderungen reduzierten sich die Forderungen an Kreditinstitute insgesamt um 542 Mio. € auf nun 3.651 Mio. €.

## **Forderungen an Kunden**

Die Kundenforderungen blieben aufgrund von über dem Neugeschäft liegenden Fälligkeiten und der gegenläufig wirkenden Aufwertung der USD-Kundenforderungen bei rund 22 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr konstant. Der Anteil der Forderungen an Kunden an der Bilanzsumme beträgt 71,5 % (Vorjahr: 69,1 %). Eine differenzierte Betrachtung der Bilanzposition findet sich in den Erläuterungen zur Entwicklung der Geschäftsfelder.

## **Schuldverschreibungen und Aktien**

Den Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren hat die Bank im Berichtsjahr sukzessive um 0,8 Mrd. € auf 4,1 Mrd. € reduziert. Der überwiegende Anteil der Wertpapiere entfällt auf börsennotierte Titel öffentlicher Emittenten mit vergleichsweise geringem Risiko. Der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren spielt mit 28 Mio. € nach 18 Mio. € im Vorjahr unverändert nur eine untergeordnete Rolle.

## **Handelsbestand**

Der Handelsbestand der Bremer Landesbank mit positiven Marktwerten beträgt zum Bilanzstichtag 292 Mio. € (Vorjahr: 146 Mio. €). Im Handelsbestand geführte, zur Absicherung von im Bankbuch eingegangenen Zins- und Fremdwährungsrisiken dienende langfristige derivative Geschäfte werden in der Regel durch Gegengeschäfte geschlossen und nicht terminiert. Deshalb steigt der Handelsbestand eines Kreditinstitutes sukzessive an.

## **Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen**

Traditionell kommt die Bremer Landesbank ihren öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen und den Verpflichtungen im Verbund auch über das Beteiligungsportfolio nach. Insbesondere sei hier die Förderung der Wirtschaft über Beteiligungen an Bürgschaftsbanken (z. B. Bürgschaftsbank Bremen, Niedersächsische Bürgschaftsbank), Spezialkreditinstituten (z. B. Deutsche Factoring Bank) sowie Wirtschaftsförderungsgesellschaften genannt.

Der regionale Bezug wird insbesondere durch die Beteiligung der Bank an mehreren Wohnungsbaugesellschaften, die teilweise dem im Anhang aufgelisteten Anteilsbesitz entnommen werden können, deutlich.

Primär zielt das Beteiligungsgeschäft auf den strategischen und operativen Nutzen und erst sekundär auf das Ertragspotenzial ab. Im Rahmen der strategischen Fokussierung der Bremer Landesbank wird daher von einer stagnierenden bis rückläufigen Entwicklung des Beteiligungs-

volumens ausgegangen. Neue Beteiligungen kommen künftig nur in Betracht, wenn sie einen deutlichen Mehrwert für die Bank, respektive die Region, generieren.

Im Jahr 2014 wurde eine weitere Bankbeteiligung in die als Beteiligungsholding fungierende BLB Grundbesitz KG eingebracht. Der Beteiligungsbestand zum Jahresende beträgt 15 Mio. € nach 19 Mio. € im Vorjahr. Die Anteile an verbundenen Unternehmen erhöhten sich insbesondere durch die treuhänderische Übertragung vorstehender Bankbeteiligung auf ein Tochterunternehmen.

### **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten**

Die Bank refinanziert sich auch über Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Diese haben sich im Geschäftsjahr um 0,3 Mrd. € auf 11,2 Mrd. € (Vorjahr: 10,9 Mrd. €) erhöht. Während sich das Volumen der im Umlauf befindlichen Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentlichen Namenspapiere insgesamt verringerte, stiegen die Verbindlichkeiten aus dem Interbankensektor und – in etwas stärkerer Intensität – die Anlagen angeschlossener Sparkassen, wobei sich diese Effekte vor allem auf den täglich fälligen Bereich konzentrierten.

### **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden**

Die Refinanzierung der Bank bei der Passivposition Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stellte sich mit 8,9 Mrd. € (Vorjahr: 9,9 Mrd. €) dar. Dabei sanken die Einlagen im täglich fälligen Bereich auf 2,8 Mrd. € (Vorjahr: 3,2 Mrd. €). Die begebenen öffentlichen Namenspapiere reduzierten sich auf 2,2 Mrd. € (Vorjahr: 2,5 Mrd. €). Der Bestand an Spareinlagen zeigte sich mit 220 Mio. € (Vorjahr: 218 Mio. €) stabil.

### **Verbriefte Verbindlichkeiten**

Die verbrieften Verbindlichkeiten als eine der wesentlichen Finanzierungsquellen der Bank sind mit 7,3 Mrd. € gegenüber dem Vorjahresbestand von 8,0 Mrd. € um 8,4 % gesunken. Eine differenzierte Darstellung der Refinanzierung der Bank über die verschiedenen Emissionsprogramme findet sich in den Erläuterungen zum Geschäftsfeld Financial Markets und im Abschnitt Finanzierungsmaßnahmen.

### **Handelsbestand**

Der Handelsbestand der Bremer Landesbank mit negativen Marktwerten beträgt zum Bilanzstichtag 244 Mio. € (Vorjahr: 40 Mio. €). Im Handelsbestand geführte, zur Absicherung von im Bankbuch eingegangenen Zins- und Fremdwährungsrisiken dienende langfristige derivative Geschäfte werden in der Regel durch Gegengeschäfte geschlossen und nicht terminiert. Deshalb steigt der Handelsbestand eines Kreditinstitutes sukzessive an.



## **Rückstellungen**

Die Rückstellungen der Bremer Landesbank bewegen sich zum Jahresende 2014 mit 309 Mio. € über dem Niveau des Vorjahres (294 Mio. €).

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, die auf aktuarischen Gutachten basieren, haben sich um 31 Mio. € auf insgesamt 249 Mio. € erhöht. Beeinflusst wird diese Entwicklung im Wesentlichen von einem – durch die lang anhaltende Niedrigzinsphase – reduzierten Diskontierungszinssatz.

Aufgrund der im Geschäftsjahr 2010 geänderten Bewertung der Pensionsrückstellungen durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) ist es zu einem Anstieg der Pensionsrückstellungen bei der Bremer Landesbank gekommen, der eine aufwandswirksame Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von insgesamt 93 Mio. € erforderlich macht. Der aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen resultierende Zuführungsbetrag ist bis spätestens zum 31. Dezember 2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünfzehntel anzusammeln (Art. 67 Abs. 1 EGHGB). Dementsprechend wurde den Pensionsrückstellungen im Geschäftsjahr 2014 ein Betrag in Höhe von einem Fünfzehntel des zum 1. Januar 2010 festgestellten Unterschiedsbetrages (6 Mio. €) zugeführt. Insgesamt sind den Pensionsrückstellungen gemäß dieser Übergangsregelung bislang 31 Mio. € zugeführt worden.

Weitere Angaben zu den Pensionsrückstellungen ergeben sich aus dem Anhang.

Die Steuerrückstellungen bewegen sich mit 13 Mio. € leicht unter Vorjahresniveau (16 Mio. €). Die anderen Rückstellungen sanken 2014 um 13 Mio. € auf 47 Mio. €. Wesentliche Bestandteile der anderen Rückstellungen stehen im Zusammenhang mit Personalaufwendungen wie z. B. Vorruhestandsverpflichtungen (14 Mio. €) und Abschlussvergütungen (7 Mio. €). Die ebenfalls hierin enthaltenen Rückstellungen im Kreditgeschäft reduzierten sich von 20 Mio. € auf 8 Mio. €.

## **Nachrangige Verbindlichkeiten**

Die nachrangigen Verbindlichkeiten belaufen sich zum Jahresultimo unverändert auf 750 Mio. €.

## **Eigenkapital**

Das bilanzielle Eigenkapital beträgt wie im Vorjahr 1.343 Mio. €. Hiervon entfallen unverändert 265 Mio. € auf das Stammkapital sowie 478 Mio. € auf die Kapitalrücklagen. Die Gewinnrücklagen betragen weiterhin 600 Mio. €.

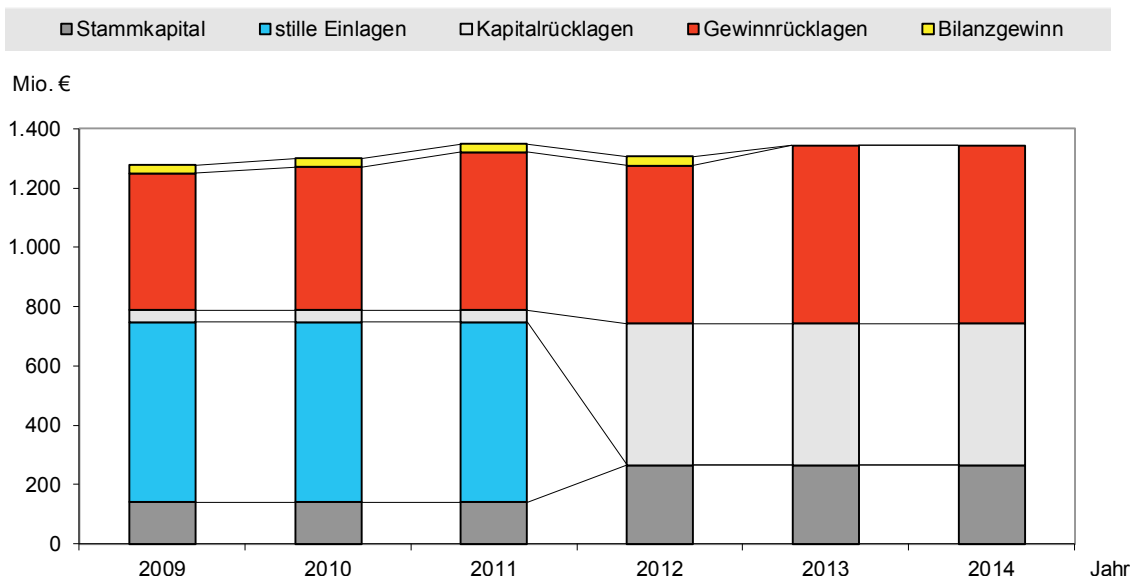
Die Bank hat sich darüber hinaus dafür entschieden, das aufsichtsrechtliche harte Kernkapital durch Bildung von versteuerten Reserven in Höhe von 50 Mio. € zu stärken.

Die Kernkapitalquote belief sich zum Jahresende auf 8,0 % (Vorjahr: 9,1 %). Eine Berücksichtigung der gebildeten versteuerten Reserven und der im Rahmen des Jahresabschlusses testierten Wertberichtigungen des Jahres 2014 erfolgt in der aufsichtsrechtlichen Meldung nach Feststellung des Jahresabschlusses. Zum Jahresende hätte sich bei Berücksichtigung der Gewinnverwendung

und der im Jahresabschluss testierten Wertberichtigungen eine Kernkapitalquote von 9,0 % (Vorjahr: 9,5 %) ergeben, wobei die Kernkapitalquote aufgrund der Ermittlung nach Basel III ab 01.01.2014 mit dem Vorjahreswert nicht unmittelbar vergleichbar ist.

Eine Inanspruchnahme staatlicher Unterstützungsleistungen ist für die Bremer Landesbank weiterhin nicht notwendig.

### Jahresvergleich Eigenkapitalbestandteile:



### Eventualverbindlichkeiten

Der Bestand an Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen beläuft sich auf 1,5 Mrd. € (Vorjahr: 3,0 Mrd. €).

Während die Eventualverbindlichkeiten aus dem traditionellen außerbilanziellen Geschäft nahezu unverändert geblieben sind, ist der Bestand an Credit Default Swaps (CDS), bei denen die Bremer Landesbank als Sicherungsgeber auftritt, aufgrund von Fälligkeiten und gezielten Positionsaufösungen zurückgegangen. Aufgrund der ab dem Jahr 2007 aufgetretenen Schwierigkeiten auf den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten und der damit verbundenen erhöhten Volatilität der Credit Spreads hat die Bank ihr Neugeschäft in diesem Bereich bis auf vereinzelte, selektive Positionsaufösungen bzw. -sicherungen eingestellt.

Bei dem spanischen Institut Bankia besteht seit Mitte 2013 ein sog. Restructuring Credit Event. Für den noch im Bestand befindlichen CDS-Kontrakt auf das Unternehmen im Volumen von 20 Mio. € wurde der Bank bislang keine Credit Event Notice übermittelt.

Bei der irischen Bank Permanent TSB (vormals Irish Life and Permanent) besteht unverändert seit 2010 ebenfalls ein Restructuring Credit Event. Für den verbleibenden CDS-Kontrakt nach Fälligkeiten in 2014 (nominal 20 Mio. €) sowie Close Outs (nominal 15 Mio. €) in Höhe von 10 Mio. € wurde der Bank nach wie vor keine Credit Event Notice zugestellt.

Weitere Credit Events, bei denen die Bank z. B. durch Lieferung des Referenzaktivums als Sicherungsgeber in Anspruch genommen worden wäre, sind nicht aufgetreten.

### Andere Verpflichtungen

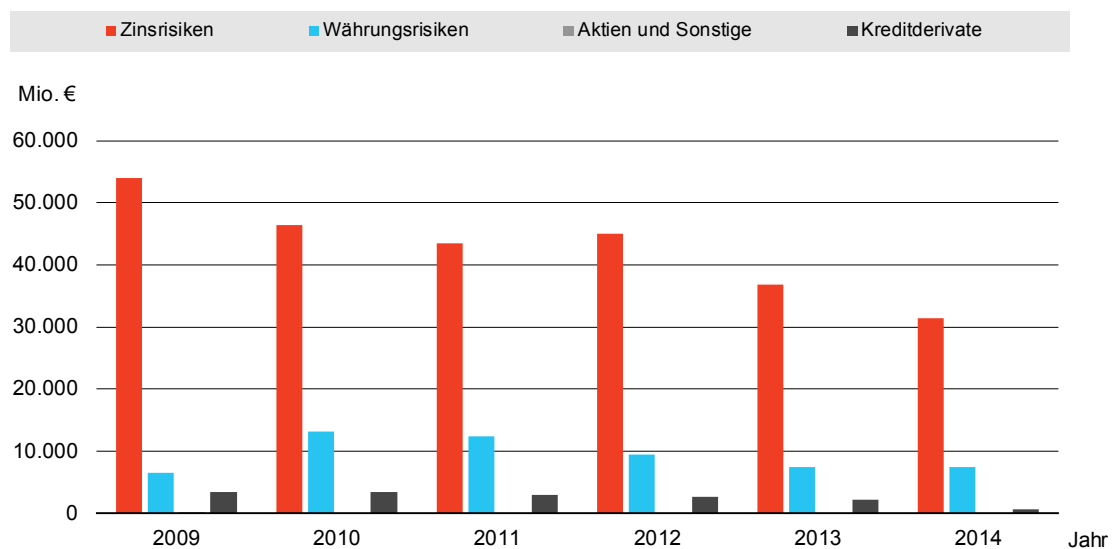
Nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen beliefen sich zum Bilanzstichtag erneut auf 1,9 Mrd. € wie im Vorjahr.

### Derivative Finanzinstrumente

Derivative Geschäfte werden in der Bremer Landesbank im Wesentlichen zur Steuerung und Absicherung von Zins- und Fremdwährungsrisiken eingesetzt. Das Nominalvolumen zum Jahresende 2014 betrug 39,6 Mrd. € nach 46,6 Mrd. € im Vorjahr und damit das etwa 1,3-Fache (Vorjahr: 1,4-Fache) der Bilanzsumme. Im Vergleich zu anderen Instituten der Branche wird in der Bremer Landesbank in nur relativ geringem Umfang auf solche Geschäfte zurückgegriffen. Kontrahenten sind fast ausschließlich Banken mit Sitz in Ländern, die der OECD angehören, sodass grundsätzlich von einem einwandfreien finanziellen Hintergrund ausgegangen werden kann. Für Detailinformationen zu den Volumina sowie der Fristen- und Kontrahentengliederung wird auf die Darstellung im Anhang des Jahresabschlusses der Bremer Landesbank verwiesen.

### Derivatevolumen

#### Jahresvergleich Derivatevolumen:



### 2.3.3 Zusätzliche Erläuterungen

#### Leistungsindikatoren

Das Jahresergebnis vor Steuern beträgt 20 Mio. € (Vorjahr: 48 Mio. €).

Der RoE für das Geschäftsjahr 2014 nach der im Abschnitt Gesamtbanksteuerung definierten Bewertungsformel beträgt 1,9 % nach 4,0 % für das Vorjahr. Das niedrige Niveau ist wie im Vorjahr auf das infolge der hohen Risikovorsorgeaufwendungen geringe Betriebsergebnis zurückzuführen.

Die CIR bewegt sich mit 43,6 % nach 40,8 % im Jahr 2013 auf leicht erhöhtem Niveau. Der Anstieg der CIR beruht im Wesentlichen auf im Jahr 2013 die operativen Erträge erhöhenden Einmalwirkungen, die im Jahr 2014 entfielen.

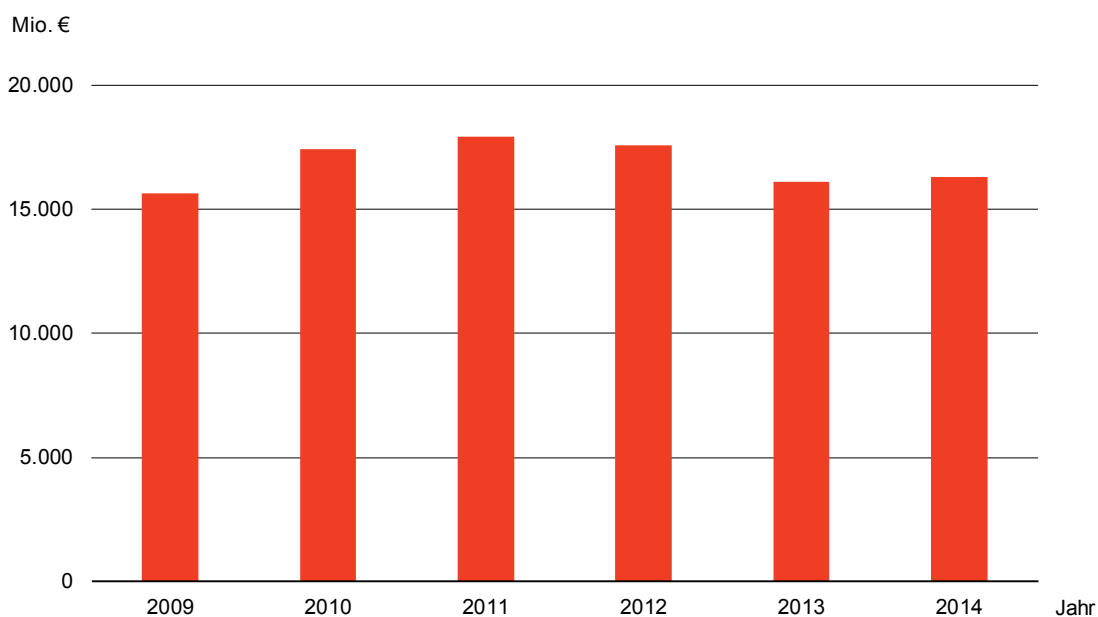
Die Risikoquote (definiert als das Verhältnis zwischen den Risikovorsorgeaufwendungen für das Kreditgeschäft [ohne Veränderungen der Vorsorge für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB] und den Risikoaktiva) zum 31. Dezember 2014 beträgt 1,20 % (Vorjahr: 1,24 %). Der leichte Rückgang der Risikoquote resultiert aus geringfügig geringeren Risikovorsorgeaufwendungen bei gleichzeitigem Anstieg der Risikoaktiva.

Die Eigenmittelanforderungen nach der ab dem Jahr 2014 anzuwendenden Capital Requirement Regulation [(CRR) Basel III] betragen unverändert zum Vorjahr insgesamt rund 1,3 Mrd. €, was Risikoaktiva in Höhe von rund 16,3 Mrd. € (Vorjahr: rund 16,1 Mrd. €) entspricht. Die Gesamtkennziffer beläuft sich auf 9,6 % nach 10,9 % zum Ende des Vorjahres.

Der Auslastungsgrad in der Risikotragfähigkeit beläuft sich bei einem Konfidenzniveau von 90 % zum 31. Dezember 2014 auf 78 % und liegt damit deutlich über dem Niveau des Vorjahres von 58 % per 31. Dezember 2013. Grund für den Anstieg ist zum einen eine zunehmende Belastung der Risikotragfähigkeit aus der fortdauernden Schiffahrtskrise sowie die Neuparametrisierung des Kreditportfoliomodells per 31.12.2014. Zum anderen wird das gruppenweit abgestimmte RTF-Limit berücksichtigt und deshalb nur ein Teilbetrag von 282 Mio. € des freien Kapitals in Höhe von 439 Mio. € angerechnet. Der Auslastungsgrad liegt unter Berücksichtigung des gesamten Risikokapitals bei 50 %.

## Anrechnungspflichtige Positionen / Risikoaktiva

### Jahresvergleich anrechnungspflichtige Positionen / Risikoaktiva:



### Finanzierungsmaßnahmen

Im Jahr 2014 sind die begebenen Inhaber- und Namensschuldverschreibungen erneut die wichtigste überjährige Refinanzierungsquelle der Bank. Der Bruttoabsatz im Emissionsgeschäft der Bremer Landesbank betrug wie im Vorjahr 1,4 Mrd. €. Das Volumen der im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen betrug zum Jahresende 2014 12,5 Mrd. € (Vorjahr: 13,8 Mrd. €) und gliedert sich wie folgt:

Mrd. €	Schuldverschreibungen	
	31.12.2014	31.12.2013
Hypotheken- und Schiffspfandbriefe	1,1	1,2
Öffentliche Pfandbriefe	4,5	5,4
Sonstige Schuldverschreibungen	4,7	4,9
Medium-Term-Notes	2,2	2,3
<b>Summe</b>	<b>12,5</b>	<b>13,8</b>

Das Volumen an aufgenommenen Schulscheindarlehen betrug 1,8 Mrd. € per 31.12.2014 nach 2,4 Mrd. € im Vorjahr. Das Gesamtvolumen aufgenommener Refinanzierungsdarlehen bei der Europäischen Investitionsbank (EIB-Darlehen) betrug per 31. Dezember 2014 rund 0,5 Mrd. € (Vorjahr: 0,7 Mrd. €). Das European-Commercial-Paper-Programm (ECP-Programm) wurde zum 31.12.2014 nicht in Anspruch genommen (im Vorjahr: 60 Mio. €).

Im Rahmen der unterjährigen Refinanzierung und Liquiditätssteuerung nutzte die Bremer Landesbank auch in 2014 neben dem Interbanken- und dem Repo-Markt laufend die verschiedenen Instrumente der Europäischen Zentralbank.

Für weitergehende Erläuterungen wird auf die Abschnitte Risikobericht und Entwicklung der Geschäftsfelder verwiesen.

### **Investitionstätigkeit**

Die Bremer Landesbank tätigt erhebliche Investitionen in die Modernisierung und Umgestaltung ihrer Gebäude. Am Standort Bremen wurde im Jahr 2014 mit dem Neubau des Bankgebäudes begonnen. Im Jahr 2015 erfolgt der Innenausbau, die bankbetriebliche Nutzung des Gebäudes ist für Mitte 2016 vorgesehen. Das gesamte Investitionsvolumen bewegt sich im höheren zweistelligen Millionenbereich.

### **Personal und Nachhaltigkeit**

Die Nähe zu den Märkten und den Menschen, die in der Region arbeiten und leben, ist für die Bremer Landesbank Anspruch und Verpflichtung zugleich. Dies dokumentiert sich z. B. in ihrem sozialen und gesellschaftlichen Engagement, in der Unterstützung des Förderpreises NordWest Award, aber auch darin, dass die Bremer Landesbank mit ihren durchschnittlich 1.099 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Vorjahr: 1.084) zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor des Landes Bremen und der Nordwest-Region zählt. Sie bietet attraktive Arbeitsplätze, was sich auch in der im Branchenvergleich niedrigen Fluktuationsrate von 0,9 % (Vorjahr: 1,1 %) und einer vergleichsweise hohen durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von 16,8 Jahren (Vorjahr: 16,3 Jahre) widerspiegelt.

Als führende Regionalbank im Nordwesten hat es sich die Bremer Landesbank vorgenommen, auch in Sachen Familienfreundlichkeit mit gutem Beispiel voranzugehen und für ihre Beschäftigten eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erreichen. Dafür wurde sie von der berufundfamilie gemeinnützige GmbH in Berlin wiederholt mit dem Zertifikat zum audit berufundfamilie ausgezeichnet. So ermöglicht es die Bank ihren Mitarbeitern seit 2012, unter bestimmten Voraussetzungen bis zu 25 % ihrer Arbeitszeit zu Hause zu erbringen. Die in 2013 abgeschlossenen Kooperationsverträge für Krippen-Belegrechte in Bremen und Oldenburg sind eine weitere konkrete Maßnahme, die die Bremer Landesbank in diesem Zusammenhang umgesetzt hat.

Die vorstehenden Sachverhalte beschreiben bereits einen kleinen Teil des Bestrebens der Bremer Landesbank, ihr Handeln in allen Bereichen nachhaltig in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht zu gestalten. Im Geschäftsjahr 2014 hat die Bank ihre Bestrebungen, sich nachhaltig auszurichten, weiter ausgebaut. So wurde in 2014 die Konzernnachhaltigkeitsstrategie beschlossen und das Nachhaltigkeitsprogramm 2013/2014 weiter operativ umgesetzt. Im Dezember 2014 beschloss der Gesamtvorstand ferner das Nachfolgeprogramm für 2015/2016.

Das Regelwerk des nachhaltigen Handelns der BLB wurde in 2014 weiter ausgebaut und die Richtlinien vollständig in die schriftliche fixierte Ordnung (sfO) übernommen. Die Übertragung in die Arbeitsanweisungen der Bank ist nahezu abgeschlossen.

Ergänzend zu den bereits in den Jahren 2012 und 2013 beschlossenen Richtlinien wurden in 2014 folgende (Finanzierungs-)Richtlinien beschlossen:

- Richtlinie zum verantwortungsvollen Umgang mit nachwachsenden Ressourcen
- Richtlinie zum verantwortungsvollen Umgang mit nicht nachwachsenden Ressourcen
- Richtlinie zur nachhaltigen Immobilienfinanzierung
- Richtlinie zur nachhaltigen Schiffsfinanzierung

Im Frühjahr 2014 veröffentlichte die Bremer Landesbank - nach dem Statusbericht 2011 - ihren ersten Nachhaltigkeitsbericht, der umfassende weitere Informationen zu dem Thema bietet.

Die Bremer Landesbank ist weiterhin in den „Steuerungskreis Nachhaltigkeit“ des NORD/LB-Konzerns einbezogen. Zusätzlich nimmt die Bank regelmäßig an Veranstaltungen, Workshops oder Seminaren externer Einrichtungen teil, um die Weiterentwicklung in der Bank durch Best Practice Erfahrungen anderer zu forcieren.

### **Leistungsindikatoren des Vergütungssystems für den Vorstand**

Die Vorstandsvergütung setzt sich aus einem Jahresfestgehalt und einer variablen Vergütung zusammen.

Das Aufsichtsorgan entscheidet über die Höhe der variablen Vergütung nach Maßgabe der Zielvorgaben und der erreichten Ergebnisse. Der Zielerreichungsgrad des Vorstands setzt sich aus einer Gesamtbankzielerreichung und einer individuellen Zielerreichung zusammen. Die individuelle Zielerreichung umfasst neben persönlichen auch dezernatsbezogene Ziele.

Die Gesamtbankzielerreichung besteht aus den quantitativen Zielen

- Jahresergebnis vor Steuern (IFRS-Einzelabschluss)
- Jahresergebnis vor Steuern vor der Bildung von Reserven gemäß § 340 f/g HGB (HGB-Einzelabschluss A.ö.R.)
- RWA+<sup>4</sup>
- RWA Produktivität<sup>5</sup>
- Cost Income Ratio
- Harte Kernkapitalquote

---

<sup>4</sup> Unter RWA+ versteht die Bank die in Risikoaktiva umgerechneten Eigenmittelanforderungen erhöht um den in Risikoaktiva umgerechneten Shortfall.

<sup>5</sup> Die RWA-Produktivität wird definiert als ((Deckungsbeitrag 3 + Risikovorsorge - Risikoprämie) / stichtagsbezogene RWA+)

und wird mit insgesamt 80 % gewichtet. Die individuelle Zielerreichung besteht aus quantitativen und qualitativen Kriterien und wird mit 20 % gewichtet. Die Kriterien spiegeln die Lage der Bank, den Erfolg des verantworteten Dezernats sowie die individuellen Aufgaben und Leistungen unter Berücksichtigung der eingegangenen Risiken wider.

Ab dem Geschäftsjahr 2014 wird die variable Vergütung des Vorstands über einen Zurückbehaltungszeitraum von fünf Jahren gestreckt und unter Berücksichtigung von Risikokriterien ratierlich ausgezahlt. 50 % der variablen Vergütung sind an die nachhaltige Wertentwicklung des Unternehmens geknüpft.

Weitere Informationen zu den Vergütungen des Vorstands sowie zu der Ausgestaltung der Vergütungssysteme werden im Offenlegungsbericht gemäß § 16 Institutsvergütungsverordnung i.V.m § 450 CRR veröffentlicht.

## **2.3.4 Entwicklung der Geschäftsfelder**

### **Geschäftsfeld Firmenkunden**

Das Geschäftsfeld Firmenkunden, ausgerichtet auf das Geschäft mit den Unternehmen in der Nordwest-Region, steht seinen Kunden als zuverlässiger und innovativer Partner bei Finanzdienstleistungen zur Verfügung.

Das Ziel des Geschäftsfeldes Firmenkunden ist es, die führende Bank im Firmenkundengeschäft der Region zu sein und dies durch kontinuierlich steigende Marktanteile zu unterlegen.

Die Bremer Landesbank hat traditionell in der Region den Ruf als stabiler, verlässlicher und kompetenter Partner. Dieser Vertrauensbonus wird auch regelmäßig in den von der Bank durchgeführten Kundenzufriedenheitsanalysen bestätigt. Darin wird weiterhin eine gute Basis gesehen, neue Kunden gewinnen und bei bedeutenden Unternehmen noch stärker die Rolle der Hausbankfunktion übernehmen zu können.

Die Erträge konnten im abgelaufenen Jahr insgesamt stabil gehalten werden. Allerdings verfügen viele Kunden über eine sehr gute Liquiditäts-Ausstattung. Dies führte zu einer rückläufigen Inanspruchnahme von kurzfristigen Krediten bei gleichzeitig sehr hohen Passiveinlagen. Dagegen verlief die Entwicklung der Risikokosten sehr positiv.

Eine weiterhin positive Entwicklung zeigt die von der Bremer Landesbank angebotene Absicherung von landwirtschaftlichen Warenbeständen im Rahmen des Agrar-Commodity-Handels.

Zur Erweiterung der Produktpalette bietet die Bremer Landesbank ihren Kunden seit Ende 2014 auch die Möglichkeit, Transaktionen mit ihren chinesischen Geschäftspartnern in Renminbi abzuwickeln. Neben der Kontoführung in Landeswährung können die Kunden somit von den Möglichkeiten des Zahlungsverkehrs, Devisengeschäften und Trade Finance auf Renminbi-Basis profitieren.



## **Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen**

Das Spezialfinanzierungsgeschäft der Bremer Landesbank umfasst die Schiffsfinanzierungen und die zum Werttreiber Energie- und Infrastrukturkunden gehörenden Strategischen Geschäftseinheiten Refinanzierung von Mobilien-Leasing- und Factoringgesellschaften sowie Erneuerbare Energien mit den Teilsegmenten Windkraft, Photovoltaik und Biogas. Zudem ist die Strategische Geschäftseinheit Sozialimmobilien Teil der Immobilienkunden im NORD/LB-Konzern.

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen der Bremer Landesbank hat sich unter Würdigung der weiterhin herausfordernden Schifffahrtskrise auch in 2014 insgesamt positiv entwickelt und konnte die Ertrags Erwartungen erfüllen. Die Wachstumsdynamik der Spezialfinanzierungen stellt sich seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise differenziert dar: Während das Portfolio der Schiffsfinanzierungen bewusst reduziert werden soll, konnten insbesondere die Erneuerbaren Energien weiter ausgebaut werden und Ertragswachstum generieren. Die Risikovorsorge des Geschäftsfeldes bewegt sich aufgrund der nach wie vor angespannten Situation in der Schifffahrt auf weiterhin hohem Niveau.

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen der Bremer Landesbank sieht sich nach eigener Einschätzung mit seinen jeweiligen Segmenten bei nachhaltiger Ausrichtung auf langjährige, verlässliche Kundenbeziehungen im überwiegend mittelständischen Bereich weiterhin gut positioniert und ermöglicht moderates Wachstum. Dabei verschiebt sich das Exposure sukzessive zugunsten der Erneuerbaren Energien und zulasten der Schifffahrt, was zu einer weiteren Stärkung der Portfoliobalance führt.

## **Geschäftsfeld Financial Markets**

Das Geschäftsfeld Financial Markets der Bremer Landesbank stellt den Zugang zu den nationalen und internationalen Finanzmärkten für die privaten und institutionellen Kundengruppen sowie für das Eigengeschäft der Bank bereit.

Die über- und unterjährigen Refinanzierungsmaßnahmen der Bremer Landesbank werden ebenfalls im Geschäftsfeld Financial Markets durchgeführt.

Im Rahmen der unterjährigen Refinanzierung und Liquiditätssteuerung nutzte die Bremer Landesbank auch in 2014 neben dem Interbanken- und dem Repo-Markt laufend die verschiedenen Instrumente der Europäischen Zentralbank.

Mit dem über das Kunden- und Kontrahentenportfolio generierten Geschäftsvolumen trägt das Geschäftsfeld Financial Markets der Bremer Landesbank wesentlich zu bilanzrelevanten Positionen des Konzerns bei.

Die Steuerung der Liquiditäts- und Zinsrisiken, die durchgängige Sicherstellung der Liquidität der Bank und die Versorgung der gewerblichen Kunden mit Geld- und Kapitalmarktprodukten bildeten dabei die Schwerpunkte des Handels.

Das operative Geld- und Kapitalmarktgeschäft wurde in einem europäischen Marktumfeld durchgeführt, das in 2014 weiterhin durch die länder- und institutionenübergreifenden Aktivitäten zur Begrenzung der anhaltenden Folgen der Euro-Krise auf die Finanz- und Realmärkte in den Euro-Teilnehmerländern gekennzeichnet war.

Weltwirtschaftlich war trotz dauerhafter geopolitischer Störfaktoren nach einem zurückhaltenden ersten Halbjahr zuletzt eine leicht beschleunigte Entwicklung zu beobachten.

An den Finanzmärkten waren gegenüber 2013 nochmals gesunkene Zinslevels und auf hohem Niveau schwankende Indizes an den wesentlichen Aktienmärkten zu beobachten.

Trotz dieses schwierigen Marktumfeldes erwiesen sich insgesamt die Treasury-, Handels- und Vertriebsaktivitäten der Financial Markets-Einheiten der Bremer Landesbank als erfreulich stabil.

Das Geschäftsfeld gliedert sich in die Strategischen Geschäftseinheiten: Kommunen, Sparkassen und Institutionelle Kunden.

### **Kommunen**

Ein weiterer Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten im Verbund bleibt die Refinanzierung der öffentlichen Hand. Neben den eigenen Finanzierungsangeboten gegenüber Gebietskörperschaften bildete die Unterstützung der Verbundsparkassen bei deren Finanzierung der öffentlichen Hand einen weiteren Teil der Vertriebsaktivitäten.

### **Sparkassen**

In dem 2014 erneut nicht leichten wirtschaftlichen Umfeld und anhaltend starkem Wettbewerb ist es dem Geschäftsfeld Financial Markets dennoch gelungen, im Geschäft mit verbundenen Sparkassen des Geschäftsgebietes über die ganzheitliche Betreuung im Kredit-, Geld- und Kapitalmarktgeschäft ein befriedigendes Ergebnis zu erreichen.

Im Konsortialgeschäft mit Firmenkunden der verbundenen Sparkassen standen neben dem klassischen Finanzierungsgeschäft erneut das Zins- und Währungsmanagement sowie das dokumentäre Auslandsgeschäft im vertrieblichen Fokus.

Daneben hat die Bremer Landesbank die Verbundsparkassen in ihr erfolgreiches Spezial- und Projektfinanzierungsgeschäft über Syndizierungsaktivitäten eingebunden.

### **Institutionelle Kunden**

Die für institutionelle Kunden verantwortliche Sales-Einheit des Geschäftsfeldes verzeichnete im gesamten Verlauf des Jahres 2014 einen anhaltend intensiven Beratungs- und Betreuungsbedarf im Liquiditäts-, Zins- und Währungsmanagement, wenn auch die Umsätze marktbedingt verhalten blieben.

## **Geschäftsfeld Privatkunden**

Strategischer Hauptfokus des Geschäftsfeldes Privatkunden ist die Positionierung als der führende Anbieter von Finanzdienstleistungen im Nordwesten für gehobene Privatkunden. Als Premiumanbieter für alle privaten Kundengruppen spezialisiert sich das Geschäftsfeld auch auf Freiberufler und Stiftungen.

Der Marktbereich gliedert sich in die Strategischen Geschäftseinheiten Private Banking und Privatkundenbetreuung auf. Schwerpunkt ist dabei die Festigung und der Ausbau der Marktanteile im Segment Private Banking.

Eine Kernkompetenz des Geschäftsfeldes liegt in der ganzheitlichen Beratung der privaten und unternehmerisch geprägten Kunden. Bei Letzteren kooperiert das Geschäftsfeld eng mit den anderen Marktbereichen der Bank. Darüber hinaus verfügt der Bereich Privatkunden mit seinem Asset- und Portfoliomanagement im Bereich der Kapitalmarktgeschäfte und der Vermögensverwaltung über ein Kompetenzcenter in der Region und im Konzern.

Wesentliche Herausforderung im Geschäftsfeld Privatkunden in 2014 waren neben hohen Anforderungen aufgrund aufsichtsrechtlicher Vorgaben weiterhin die anhaltende Niedrigzinsphase, die das Investitions- und Anlageverhalten von Kunden prägt und alternative Lösungen erfordert. Hierzu zählt eine anhaltend hohe Nachfrage nach der individuellen Vermögensverwaltung. Das Private Banking der Bremer Landesbank erhielt die Auszeichnung zum elften Mal in Folge durch den Elite-Report als einer der besten Vermögensverwalter im deutschsprachigen Raum.

### **2.3.5 Gesamtaussage**

Die beträchtlichen Schwierigkeiten an den Schiffahrtsmärkten hatten im Jahr 2014 erneut deutlichen Einfluss auf das handelsrechtliche Ergebnis der Bremer Landesbank. Die Auswirkungen konnte die Bank jedoch aufgrund ihrer operativ guten Erträge verkraften. Das unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen erzielte Ergebnis des Jahres 2014 betrachtet die Bank als zufriedenstellend. Damit wird die Ausrichtung der Bremer Landesbank als Regionalbank – mit überregionalem Spezialfinanzierungsgeschäft – im und für den Nordwesten bestätigt. In enger Zusammenarbeit mit den Sparkassen und den Verbundpartnern hat sie sich nachhaltig als führende Bank in der Region positioniert und etabliert und ist nach wie vor größter Partner der mittelständischen Wirtschaft im Nordwesten. Die Bremer Landesbank hat sich gut positioniert, um ihre geschäftliche Entwicklung im Jahr 2015 unter den weiterhin schwierigen Rahmenbedingungen zielgerichtet weiter voranzutreiben.

### 3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Lage der Bank nach Abschluss des Geschäftsjahres 2014 sind bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses mit Ausnahme des nachfolgend geschilderten nicht eingetreten.

Die Krise an den Schiffahrtsmärkten dauert weiter an. Ein von der Bremer Landesbank nicht finanziertes Schiff eines Kunden wurde im März 2015 auf Veranlassung eines anderen Geldgebers in einem ausländischen Hafen arrestiert. Diese Aktion hat nach gegenwärtiger Einschätzung der Bank auch Auswirkungen auf die von der Bremer Landesbank bei diesem Kunden finanzierten Objekte. Demzufolge hat die Bank für diese Fällen bereits im März 2015 konsequent eine Risikovorsorge in Höhe von 15 Mio. € gebildet.

## 4. Prognose- und Chancenbericht

### 4.1 Chancen

Die schwierige konjunkturelle Lage an den Schifffahrtsmärkten hat im Jahr 2014 deutlichen Einfluss auf das Ergebnis der Bremer Landesbank gehabt.

Dieser wird aller Voraussicht nach auch im kommenden Jahr spürbar bleiben. Sollte die Markterholung schneller als allgemein erwartet einsetzen, ergeben sich Chancen auf ein verbessertes Ergebnis der Bank.

Unterstützende Impulse im Geschäft werden von den mittlerweile umgesetzten Großprojekten, wie z. B. in der Hafenwirtschaft und auch von der Geschäftsausweitung in Zukunftsbranchen erwartet.

Der Wettbewerb im Kreditgewerbe wird weiter zunehmen. Speziell der in der Vergangenheit oftmals untergewichtete Mittelstand ist mittlerweile in den Fokus der Großbanken geraten.

Mit Blick auf Wettbewerbsvorteile wie ortsansässige Beratung, kurze Entscheidungswege und Kapitalmarktkompetenz vor Ort, Expertise im Auslandsgeschäft und eine umfangreiche Produkt- und Leistungspalette ist die Bremer Landesbank dennoch zuversichtlich, sich im Wettbewerb um dieses risikoarme und ertragreiche Geschäft nicht nur zu behaupten, sondern ihre Marktanteile durchaus noch weiter ausbauen zu können. Die nachhaltig gestärkte Kooperation mit den verbundenen Sparkassen und Landesbanken, kurze Entscheidungswege und hohe Reaktionsgeschwindigkeit bilden Erfolg versprechende Rahmenbedingungen für eine weitere solide Entwicklung des Ergebnisses in den Kerngeschäftsfeldern.

Die Bremer Landesbank hat sich gut positioniert und weitere Maßnahmen eingeleitet, um ihre geschäftliche Entwicklung im Jahr 2015 unter weiterhin schwierigen Rahmenbedingungen zielgerichtet weiter voranzutreiben.

### 4.2 Prognose

#### **Wesentliche Annahmen der Prognose**

Die Planung basiert auf der konzerneinheitlichen „Mittelfristprognose 2019“. Grundlegende Annahmen bilden ein Rahmenwerk für: weltwirtschaftliche Entwicklung, reales Welthandelsvolumen, Rohölpreis, BIP-Wachstum in den USA, Wachstumsdynamik in den Emerging Markets und US-Dollar-Entwicklung. Von diesem Rahmenwerk werden die Makroprognosen für Deutschland, Euroland und die wesentlichen Auslandsmärkte abgeleitet.

Die detaillierte Prognose für Zinsen und Spreads umfasst einzelne Finanzinstrumente in differenzierten Laufzeitbändern. Die Prognose für Wechselkurse wird für die wesentlichen, relevanten Wechselkurse vorgenommen.

Für die Risikovorsorge im Schiffsbereich wird von einer langsam einsetzenden Erholung der Charraten ausgegangen. Das Niveau der Boomjahre wird mittelfristig nicht mehr erreicht werden.

Im Bereich der Sachaufwendungen erfolgt eine Prognose für die Preisentwicklung zentraler Kostenblöcke wie EDV, Mieten etc.

### **Vermögens-, Finanz- und Ertragslage**

Nach den Einschätzungen der Bank wird das operative Ergebnis des Jahres 2015 zur Portfoliooptimierung und damit zur Stärkung der aufsichtsrechtlichen Kapitalkennziffern verwendet werden. Demzufolge wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden. Mittelfristig wird wieder ein ausgewogenes Verhältnis zwischen angemessener Dividendenhöhe und weiterer Kapitalstärkung angestrebt. Eine Inanspruchnahme staatlicher Unterstützungsmaßnahmen wird nach den Planungen der Bank weiterhin nicht erforderlich sein.

Im kommenden Jahr wird sich das Zinsergebnis aufgrund des Wegfalls von Sondereffekten insgesamt auf leicht niedrigerem Niveau bewegen.

Im Jahr 2015 sollte sich das Provisionsergebnis bei Fortbestand der aktuellen Rahmenbedingungen auf dem 2014 erreichten Niveau stabilisieren.

Das Nettoergebnis des Handelsbestandes ist aufgrund der kurzfristigen Natur der Geschäfte und der Marktschwankungen volatil und entsprechend schwer zu prognostizieren. In ihren Planungen geht die Bank jedoch unverändert von guten Chancen aus, auch in 2015 ähnlich erfolgreich an den Finanzmärkten zu agieren wie im vergangenen Jahr.

Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen lässt sich nur schwer planen. Die Bank geht von weiterhin spürbaren Zinseffekten im Bereich der Pensionsrückstellungen aus und rechnet im Prognosezeitraum wegen geringer ausfallender Sondereffekte mit einem deutlich geringeren sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Für das Jahr 2015 wird erneut ein spürbarer Anstieg der Personalaufwendungen auf Basis der tarifvertraglichen Vereinbarungen erwartet. Ferner wird eine weitere Reduzierung des Rechnungszinses für Pensionsrückstellungen erwartet. Die anderen Verwaltungsaufwendungen werden auch in 2015 im Wesentlichen durch Großprojekte beeinflusst. Dennoch erwartet die Bank im kommenden Jahr einen weiteren leichten Rückgang.

Der Risikovorsorgebedarf im Jahr 2015 wird nach den Einschätzungen der Bank weiterhin durch die erheblichen Schwierigkeiten an den Schifffahrtsmärkten geprägt sein. Die allseits erhoffte Erholung wird sich nur langsam einstellen. Seit 2010 wird die Höhe der Risikovorsorge in der Bremer Landesbank insbesondere durch die Entwicklungen in der Handelsschifffahrt bestimmt.

Sofern in 2015 in diesem Bereich keine Markterholung einsetzt, dürfte sich die Risikovorsorge erneut auf einem hohen Niveau bewegen. Maßnahmen zur RWA Optimierung der Bank könnten zu einem Niveau der Risikovorsorge analog 2014 führen. Abweichungen von den im Schiffahrtsbereich unterstellten Bewertungsparametern (z. B. eine weitere Verzögerung der Markterholung) können erhebliche Auswirkungen auf die Höhe der Risikovorsorge bewirken.

### **Leistungsindikatoren**

Das Jahresergebnis vor Steuern der Bank wird sich im Jahr 2015 noch einmal auf niedrigerem leicht positivem Niveau einstellen.

Es wird erwartet, dass sich der Return on Equity und die Cost-Income-Ratio auf dem Niveau 2014 bewegen werden.

Die Risikoquote wird im Prognosezeitraum auf Niveau 2014 eingeschätzt.

Die Risikoaktiva (Eigenmittelanforderungen) werden im Laufe des Jahres 2015 nach Einschätzung der Bank spürbar ansteigen.

Mit Blick auf den weiteren Verlauf in 2015 und 2016 wird der Druck auf die Risikotragfähigkeit und die Kapitalquote auch weiter bestehen. Auf Basis der perspektivisch steigenden Mindestanforderungen gemäß CRR werden die im Rahmen des RWA- und Shortfallmanagements eingeleiteten Maßnahmen weiter intensiviert. Unter anderem sollen im Rahmen von Investorenlösungen ausgefallene Schiffe in eine neue Struktur überführt werden. Ziel der neuen Struktur ist es, alle Schiffe nachhaltig aus dem Ratingausfall in ein kapitalentlastendes Rating zu überführen und gleichzeitig wesentlich am Wertaufholungspotenzial teilzuhaben. Zusätzlich soll das Schiffsportfolio im primär nicht strategischen Kundenbereich entlastet und bereinigt werden. Durch die Emission eines AT1-Bonds, einer langfristigen nachrangigen Inhaberschuldverschreibung, soll das Kernkapital gestärkt werden. Unter Berücksichtigung dieser Maßnahmen wird auch zum Jahresende 2015 weiterhin ein grüner Ampelstatus im Going Concern erwartet. Weitere Maßnahmen, wie z. B. eine Avalierung von Forderungen, stehen zusätzlich zur Verfügung.

## **4.3 Gesamtaussage**

Die Schwierigkeiten an den Schiffahrtsmärkten sowie Maßnahmen zur Kapitalstärkung hatten im Jahr 2014 deutlichen Einfluss auf das handelsrechtliche Ergebnis der Bremer Landesbank. Die Bank geht davon aus, dass die operativen Erträge auch im Jahr 2015 stabil bleiben werden und die schwierigen Bedingungen an den Schiffahrtsmärkten sowie die USD-Kursentwicklung weiterhin belastend auf die Bank wirken.

## 5. Risikobericht

### 5.1 Steuerungssysteme

#### 5.1.1 Generelles Risikomanagement

##### Risikomanagement – Grundlagen und Anwendungsbereich

Als Risiko definiert die Bremer Landesbank aus betriebswirtschaftlicher Sicht die Möglichkeit direkter oder indirekter finanzieller Verluste aufgrund unerwarteter negativer Abweichungen der tatsächlichen von den prognostizierten Ergebnissen der Geschäftstätigkeit.

Die Bank führt mindestens einmal jährlich bzw. anlassbezogen einen bereichsübergreifenden Prozess zur Herleitung eines Gesamtrisikoprofils nach den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) AT 2.2 bzw. AT 4.5 durch (Risikoinventur). Das Gesamtrisikoprofil bildet die für die Bank relevanten Risikoarten ab. Ergänzend erfolgt eine weitere Differenzierung zwischen wesentlichen und nicht wesentlichen Risiken. Wesentlich sind in diesem Zusammenhang alle relevanten Risikoarten, welche die Kapitalausstattung, die Ertragslage, die Liquiditätslage oder das Erreichen von strategischen Zielen der Bank wesentlich beeinträchtigen können.

Als für die Bank wesentliche Risiken gelten Adressrisiken (Kredit- und Beteiligungsrisiken), Marktrisiken, Liquiditätsrisiken und operationelle Risiken. Als relevant gelten daneben Geschäfts- und strategische Risiken inkl. Verbundrisiken, Reputationsrisiken, Syndizierungsrisiken, Modellrisiken, Immobilienrisiken und Pensionsrisiken.



Risiko/Subrisiko (Risikouniversum)				relevant	wesentlich	
Adressrisiken	Kreditrisiken	Klassisches Kreditrisiko		x	x	
		Adressrisiko des Handels	Ausfallrisiko im Handel			
			Wiedereindeckungsrisiko			
			Settlementrisiko			Vorleistungsrisiko
						Abwicklungsrisiko
	Emittentenrisiko					
	Beteiligungsrisiken			x	x	
	Marktrisiken	Zinsrisiken	Allgemeines Zinsrisiko		x	x
			Besonderes Zinsrisiko			
		Währungsrisiken				
Aktienkursrisiken						
Fondspreisrisiken						
Volatilitätsrisiken						
Credit Spread Risiken						
Rohwarenrisiken			-	-		
Liquiditätsrisiken	Klassisches Liquiditätsrisiko		x	x		
	Refinanzierungsrisiko					
	Marktliquiditätsrisiko					
Operationelles Risiko	Operationelle Risiken		x	x		
	Rechtsrisiko					
	Rechtsänderungsrisiko					
	Reputationsrisiko als Folgerisiko					
	Compliance-Risiko					
	Outsourcing-Risiko					
	Fehlverhaltensrisiko					
	Fraud-Risiko					
Veritätsrisiko						
Weitere Risiken	Geschäfts- und strategische Risiken inkl. Verbundrisiken		x	-		
	Reputationsrisiken		x	-		
	Modellrisiken		x	-		
	Immobilienrisiken		x	-		
	Pensionsrisiken		x	-		
	Syndizierungsrisiken		-	-		
	Versicherungstechnische Risiken		-	-		
	Restwertrisiken		-	-		
	Kollektivrisiken		-	-		

Die Rahmenbedingungen für die Ausgestaltung des Risikomanagementprozesses werden Kreditinstituten bzw. Kreditinstitutsgruppen auf der Grundlage von § 25a des KWG durch die MaRisk vorgegeben. Demnach umfasst eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation unter anderem die Festlegung von Strategien auf der Grundlage von Verfahren zur Ermittlung und Sicherstellung der Risikotragfähigkeit, die sowohl die Risiken als auch das zu deren Abdeckung vorhandene Kapital beinhalten.

### Risikomanagement – Strategien

Die Risikopolitischen Grundsätze der Bremer Landesbank entsprechen denen der NORD/LB-Gruppe. Die Handbücher, Methodenhandbücher und Fachkonzepte der NORD/LB-Gruppe werden durch institutsspezifische Dokumente der Bremer Landesbank konkretisiert oder ergänzt.

Die Bremer Landesbank lebt eine offene Risikokultur und fördert damit den bewussten Umgang mit Risiken. Die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten sind in der Bank klar geregelt. Die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement einschließlich der anzuwendenden Methoden und Verfahren zur Risikomessung, -steuerung und -überwachung trägt der Gesamtvorstand.

Der Vorstand hat eine nachhaltige Geschäftsstrategie sowie eine dazu konsistente Risikostrategie festgelegt. Diese orientiert sich an den Vorgaben der MaRisk und an der Risikostrategie für die NORD/LB-Gruppe. In der Strategie spiegelt sich die nachhaltige Risikopolitik des Geschäftsmodells der Bremer Landesbank wider. Sie dient als Leitlinie für die Bremer Landesbank und enthält Aussagen zu den risikopolitischen Grundsätzen und der Organisation des Risikosteuerungsprozesses der wesentlichen Risikoarten. Die Risikostrategie wird mindestens jährlich überprüft, dem Aufsichtsrat der Bremer Landesbank zur Kenntnis gegeben und mit ihm erörtert.

### **Risikomanagement – Struktur und Organisation**

Der Vorstand hat ein Risikomanagementsystem eingerichtet, das die gesetzlichen Anforderungen erfüllt und den internen betriebswirtschaftlichen Anforderungen gerecht wird. Das Risikomanagementsystem beinhaltet die Gesamtheit aller organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zur Risikoerkennung und zum Umgang mit den Risiken aus dem Bankgeschäft. Der Risikomanagementprozess unterliegt einer stetigen Überprüfung und Weiterentwicklung hinsichtlich der Aufbau- und Ablauforganisation, der Methodik der Risikoquantifizierung sowie der Aktualität relevanter Parameter.

Im Rahmen des Prozessschrittes Risikoidentifikation werden die für die Bank relevanten Risikoarten mindestens jährlich sowie anlassbezogen identifiziert und auf ihre Wesentlichkeit analysiert. Die wesentlichen Risiken durchlaufen danach die weiteren Prozessschritte Risikobewertung, Risikoreporting sowie Risikosteuerung und Überwachung. Die Prozessschritte werden laufend in einem von der Risikoart abhängenden Rhythmus durchgeführt. Die Instrumentarien zur Risikosteuerung werden sowohl durch betriebsorganisatorische Maßnahmen als auch durch die Anpassung von Risikomess- und Risikosteuerungsparametern laufend verfeinert.

Das bankweit veröffentlichte Risikohandbuch hat die Funktion eines Klammerdokuments und verbindet die drei Dimensionen Strategien, Methoden und Prozesse. Es trägt zu einem einheitlichen Risikoverständnis innerhalb der Bank bei, ist Basis für die Weiterentwicklung des Risikobewusstseins und schafft die notwendige Transparenz. Konkretisierungen und Details werden in risikoartenspezifischen Risikohandbüchern, Rahmendokumenten und Arbeitsanweisungen geregelt und durch Vorstandsbeschlüsse ergänzt. Im Rahmen der Anforderungen an die schriftlich fixierte Ordnung werden die Dokumente des Risikomanagementsystems regelmäßig aktualisiert.

Die Bank hat risikoartenspezifische Frühwarnindikatoren eingerichtet, die dazu beitragen, latente Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu analysieren und an die zuständigen Entscheidungsträger weiterzuleiten.

Grundsätzlich sind der Vorstand und die am Risikomanagementsystem beteiligten Organisationseinheiten (OEen) in gruppenweite Gremien einbezogen, um die Vorgaben der Risikostrategie der NORD/LB-Gruppe einzuhalten. Gruppenweite methodische Standards werden so gewährleistet und weiterentwickelt bzw. abweichende institutsspezifische Regelungen abgestimmt.

Das Risikocontrolling ist auf Gesamtbankebene dafür verantwortlich, die verschiedenen Risiken zu identifizieren, messbar zu machen, zu bewerten und darüber zu informieren. Die Gruppen Marktrisiko / Bewertungsmethoden, Aufsicht / Liquiditätsrisiko und Risikotragfähigkeit / Kreditrisiko entwickeln in Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe die Methoden, implementieren die notwendigen Systeme, überwachen den gesamten Risikomanagementprozess und berichten über die Risiken. Die Risikosteuerung erfolgt in den vier Geschäftsfeldern und dem Bereich Marktfolge Finanzierungen innerhalb vorgegebener Rahmenbedingungen.

Die Interne Revision prüft risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des gesamten Risikomanagements und des Internen Kontrollsystems (IKS) sowie die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftstätigkeit. Unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit und unter Vermeidung von Interessenkonflikten begleitet sie wesentliche Projekte und wird beratend tätig.

Die Bankorganisation verantwortet die Methodik des IKS der Bank als Teil der prozess- und risikoorientierten Aufbau- und Ablauforganisation und fördert somit die Prozesssicherheit und das Risikobewusstsein im Unternehmen. Das IKS ist in der Bremer Landesbank einheitlich strukturiert. Das hierzu eingeführte IKS-Rahmenwerk, welches sich am Rahmenwerk des Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission (COSO) für interne Kontrollen orientiert, beinhaltet eine spezifische Ablauf- und Aufbauorganisation. Durch die Anwendung standardisierter Methoden und Verfahren soll ein bankweit angemessenes sowie wirksames IKS sichergestellt und eine nachhaltige Optimierung angestrebt werden.

Der Bereich Compliance fungiert als zentrale Beratungs- und Überwachungsstelle zur Einhaltung der Anforderungen an die Bank, unter anderem in den Themenbereichen Wertpapier-Compliance, Geldwäscheprävention, Finanzsanktionen, Verhinderung sonstiger strafbarer Handlungen und Risk-Compliance. Er berichtet direkt an den Vorstand.

Der Neue-Produkte-Prozess regelt den Umgang mit neuen Produkten, neuen Märkten, neuen Vertriebswegen und neuen Dienstleistungen. Wesentliches Ziel des Neue-Produkte-Prozesses ist, dass alle Auswirkungen der neuen Geschäftsaktivität auf das Risikoprofil und das Risikomanagement im Vorfeld der Geschäftsaufnahme aufgezeigt, analysiert und bewertet werden. Die Aufnahme der neuen Geschäftsaktivität wird abschließend durch den Vorstand beschlossen.

Das Risikoberichtssystem gewährleistet die frühzeitige Risikoerkennung und stellt dem Vorstand die für die Risikosteuerung nötigen Informationen, auf Anforderung auch weitere Analysen und Zwischenberichte zur Verfügung und unterstützt die dezentrale Risikosteuerung in den Geschäftsfeldern.

Dem Risikoausschuss, einem Ausschuss des Aufsichtsrates, wird fünfmal pro Jahr über die Risikosituation berichtet. Dem Risikoausschuss ist durch den Aufsichtsrat die Aufgabe übertragen, in regelmäßig stattfindenden Sitzungen insbesondere den Vorstand in der laufenden Geschäftsführung nach den Weisungen des Aufsichtsrates zu überwachen und die Sitzungen des Aufsichtsrates vorzubereiten.

Weiterführende Aussagen zur Organisation des Risikomanagements sowie zu den einzelnen Berichten finden sich in den folgenden Teilabschnitten je Risikoart.

### **Risikomanagement – Risikotragfähigkeitsmodell**

Die aus den wesentlichen Risiken der Bremer Landesbank resultierenden Risikopotenziale müssen durch das Risikodeckungskapital laufend abgedeckt sein. Die Überwachung erfolgt auf Grundlage des Risikotragfähigkeitsmodells (RTF-Modell).

Das RTF-Modell besteht aus drei Säulen:

- Die erste Säule stellt die Going-Concern-Sicht dar und geht von der Unternehmensfortführung auf Basis des bestehenden Geschäftsmodells aus, auch dann, wenn alle zur Verfügung stehenden Deckungsmassen aufgezehrt worden sind. Diese Säule ist maßgeblich für die Beurteilung der Risikotragfähigkeit gemäß den MaRisk. Die Risikomessung basiert auf einem definierten Konfidenzniveau von 90 % und stellt die gesamten ökonomisch ermittelten Risikopotenziale dem Risikokapital gegenüber. Das Risikokapital wird im Zuge einer Engpassbetrachtung aus den freien Eigenmitteln gemäß CRR zu festgelegten Mindestquoten (Gesamtkapital und Kernkapital) ermittelt und bezüglich verschiedener Aspekte angepasst. Der Fokus liegt auf dieser ersten Säule.
- Die zweite Säule wurde als Gone-Concern-Sicht (Liquidationsszenario) ausgestaltet. Sie wird als Nebenbedingung weitergeführt. In der Gone-Concern-Säule wird bei der Ermittlung des Risikopotenzials auf ein höheres Konfidenzniveau von 99,9 % abgestellt. Die Risikomessung reflektiert schwerwiegende Ereignisse, welche in dieser Höhe statistisch circa alle 1.000 Jahre auftreten. Kapitaleseitig werden sämtliche Eigenkapital- und eigenkapitalnahen Bestandteile und stille Lasten einbezogen. Eine Berücksichtigung von unterjährigen risikokapitalwirksamen Effekten wird durchgeführt. Bei Verzehr des zur Abdeckung der Risiken benötigten Kapitals wäre eine Fortführung der Bank unter ansonsten unveränderten Annahmen grundsätzlich nicht mehr möglich.
- In der dritten Säule, der Regulatorik, wird die Risikotragfähigkeit auf Basis der regulatorischen Vorgaben geprüft. Kapitaleseitig wird auf alle aufsichtsrechtlichen Kapitalbestandteile abgestellt. Diese Sichtweise ist als strenge Nebenbedingung einzuhalten.

Die Ausgestaltung des RTF-Modells sieht vor, dass der Gone-Concern-Ansatz in seiner Funktion impulsgebend für den zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit maßgeblichen Going-Concern-Ansatz sein kann. Die Ableitung operativer Limite aus der Betrachtung der Risikotragfähigkeit erfolgt unter Berücksichtigung der in der Risikostrategie vorgenommenen Risikokapitalallokation auf der Grundlage des Going-Concern-Ansatzes.

In der Risikokapitalallokation spiegelt sich die Risikoneigung der Bank mit Abzug eines Puffers wieder. Parallel erfolgt die Kapitalallokation auf die Geschäftsfelder der Bank in Form von Obergrenzen für die risikogewichteten Aktiva. Die genannten Kennzahlen und Limite werden im Rahmen der monatlichen Berichterstattung überwacht.

Die Ermittlung der Risikotragfähigkeit berücksichtigt auch Risikokonzentrationen, sowohl innerhalb einer Risikoart als auch über Risikoarten hinweg. Konzentrationen innerhalb einer Risikoart betreffen maßgeblich Kreditrisiken als bedeutendste Risikoart der Bremer Landesbank. Diese werden über das interne Kreditrisikomodell in das RTF-Modell integriert. Risikoartenübergreifende Konzentrationen werden mit den gezielten Stresstests regelmäßig überwacht und berichtet.

Bei der Auswahl der Stressszenarien werden bewusst Geschäfts- und Risikoschwerpunkte der Bremer Landesbank als Auswahlleitlinien herangezogen. Grundlage der Auswahl bildet das im NORD/LB Konzern durchgeführte ausgedehnte Interviewverfahren. Die erhobenen Risikofelder werden priorisiert und bei entsprechender Bedeutung einer detaillierten Szenarioanalyse unterzogen. Diese Szenarioanalyse ist zunächst losgelöst von den bei der Risikopotenzialmessung getroffenen Annahmen über Konzentration und Diversifikation. Insofern stellt das Verfahren einen unabhängigen Ansatz dar, Konzentrationen zu bewerten. Ziel ist es, Szenarien zu entwickeln, bei denen alle wesentlichen Konsequenzen auf die maßgeblichen Kennzahlen der Bank erfasst werden.

Die im Konzern ausgewählten Szenarien werden in der Bremer Landesbank auf Relevanz bewertet und bei Bedarf um institutsspezifische Szenarien erweitert, die den individuellen Geschäftsschwerpunkten Rechnung tragen. Alle Szenarien und Parameter werden regelmäßig überprüft und bei Bedarf aktualisiert.

Die sich aus der Geschäftsstrategie ergebenden Konzentrationsschwerpunkte in den Branchen Schifffahrt, Energie und den sich abbauenden Altbeständen bei Kreditinstituten werden zur Vermeidung von Risikokonzentrationen über ein aus der Risikotragfähigkeit abgeleitetes Branchenlimitsystem limitiert.

Die Bremer Landesbank strebt eine hohe Diversifikation des Geschäftsportfolios durch Aussteuerung mit Assetklassen an, die unterschiedlichen Marktzyklen unterliegen. Hierbei zielt sie langfristig auf einen Geschäftsmix ab, der ein Gleichgewicht des großvolumigen Spezialfinanzierungsgeschäfts mit Schiffs- und Energiekunden auf der einen Seite und granularem Geschäft aus den Aktivitäten mit Privat- und Firmenkunden auf der anderen Seite sicherstellt. Durch diesen Mix sollen die Bildung von Klumpenrisiken begrenzt und das Portfolio insgesamt weniger zyklus-anfällig werden.

Der monatlich erstellte Bericht über die Risikotragfähigkeit (RTF-Bericht) bildet das zentrale Instrument der internen Risikoberichterstattung auf Einzelinstitutsebene gegenüber dem Vorstand sowie den Aufsichtsgremien. Die Einhaltung der Vorgaben der Risikostrategie zur Risikoneigung und zur Allokation des Risikokapitals auf die wesentlichen Risikoarten wird hiermit regelmäßig überprüft. In der Berichterstattung ist darüber hinaus ein Forecast auf die Entwicklung der wesentlichen Quoten und Kennziffern zur Risikotragfähigkeit für das laufende und das nächste Jahr enthalten.

## **5.1.2 Kreditrisiko – Management**

### **Kreditrisiko – Strategie**

Für die Bank stellen das Kreditgeschäft und somit das Management von Kreditrisiken eine Kernkompetenz dar, die es gilt, permanent weiterzuentwickeln und auszubauen. Das Selbstverständnis der Bank ist auch künftig, sich gegenüber den Kunden als zuverlässige Regionalbank mit überregionalem Spezialgeschäft zu positionieren.

Um den besonderen Erfordernissen jedes Geschäftsfeldes gerecht zu werden, hat die Bank für jedes Marktsegment Finanzierungsgrundsätze festgelegt, die für den zuständigen Marktbereich verbindliche Leitplanken für das Kreditneugeschäft darstellen. Der Fokus im Kreditneugeschäft liegt eindeutig auf Abschlüssen mit Kunden von guter Bonität. Für das Credit-Investment-Portfolio besteht ein Neugeschäftsverbot. Im Segment Schiffe beschränken sich die Neuabschlüsse auf Finanzierungen im Rahmen der Restrukturierung bestehender Kreditengagements.

### **Kreditrisiko – Struktur und Organisation**

Das Adressrisiko (inklusive Länderrisiko) umfasst das Kreditrisiko und das Beteiligungsrisiko. Neben das originäre Adressrisiko tritt bei grenzüberschreitenden Transaktionen das Länderrisiko (Transferrisiko). Es beinhaltet die Gefahr, dass trotz Fähigkeit und Willigkeit der Gegenpartei, den Zahlungsansprüchen nachzukommen, ein Verlust aufgrund übergeordneter staatlicher Hemmnisse entsteht.

Das Kreditrisiko untergliedert sich in das klassische Kreditrisiko und in das Adressrisiko des Handels.

- Das klassische Kreditrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Kreditschuldners ein Verlust eintritt.
- Das Adressrisiko des Handels bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Schuldners bzw. eines Vertragspartners bei Handelsgeschäften ein Verlust eintritt. Es gliedert sich in das Ausfallrisiko im Handel, das Wiedereindeckungs-, das Settlement- und das Emittentenrisiko.
  - Das Ausfallrisiko im Handel bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Schuldners ein Verlust eintritt. Es entspricht dem klassischen Kreditrisiko und bezieht sich auf Geldhandelsgeschäfte der Bereiche Geldmarkt bzw. Treasury.
  - Das Wiedereindeckungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass in einer schwebenden Transaktion mit positivem Barwert der Vertragspartner ausfällt und diese Transaktion mit Verlust wieder eingedeckt werden muss.
  - Das Settlement-Risiko untergliedert sich in das Vorleistungs- und das Abwicklungsrisiko. Das Vorleistungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass bei Erfüllung eines Geschäftes nach erbrachter eigener (Vor-)Leistung keine Gegenleistung durch den Vertragspartner erfolgt bzw. bei gegenseitiger Aufrechnung der Leistungen die Ausgleichszahlung nicht erbracht wird. Das Vorleistungsrisiko kann ausgeschlossen werden, wenn der Gegenwert vom Vertragspartner vorab valutengerecht angeschafft wird bzw. Zug um Zug anzuschaffen ist oder wenn entsprechende Deckung besteht. Das Abwicklungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Transaktionen zum vertraglich vereinbarten Erfüllungszeitpunkt oder nach dessen Ablauf beidseitig nicht abgewickelt werden können.
  - Das Emittentenrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Emittenten oder eines Referenzschuldners (Kreditderivate) ein Verlust eintritt.

Die Aufbauorganisation der Bremer Landesbank gewährleistet für das Kreditgeschäft eine funktionale Trennung der Marktbereiche von der Marktfolge bzw. dem Risikocontrolling bis auf Vorstandsebene. Die Aufgaben der unabhängigen Marktfolge werden vom Bereich Marktfolge Finanzierungen, die Aufgaben der unabhängigen Überwachung der Risiken auf Portfolioebene und das unabhängige Berichtswesen von der OE Risikotragfähigkeit / Kreditrisiko im Bereich Risikocontrolling wahrgenommen.

Das von der Bank gewählte Modell zur Funktionstrennung im Kreditentscheidungsprozess trägt ihrer strategischen Ausrichtung als Regionalbank mit überregionalem Spezialfinanzierungsgeschäft Rechnung, indem die Kreditentscheidung sowohl eine qualitativ hochwertige Risikoanalyse im Rahmen des Marktquotums als auch ein Zweitvotum der Marktfolge voraussetzt, welche damit die

unabhängige und einheitliche Qualitätssicherungsfunktion für die Risikobeurteilung im Kreditgeschäft übernimmt. Die Marktfolge ist neben der Erstellung des Zweitvotums für die Überprüfung und Festsetzung des Ratings, die Überprüfung von Sicherheitenwerten, die Bearbeitung und Betreuung der Sanierungs- / Abwicklungsfälle und der Risikovorsorge sowie die Gestaltung der Prozesse und Regelwerke des Kreditgeschäftes der Bank zuständig. Der Bereich Marktfolge überwacht unabhängig von den Marktbereichen die Risiken auf Einzelkreditnehmerebene bzw. der Teilportfolioebene. Ferner obliegen dem Bereich die Optimierung und Qualitätssicherung des gesamten Kreditprozesses (Markt, Marktfolge) sowie die zentrale Zuständigkeit für die Regularien und die Meldungen der Großkredite gemäß Art. 392 CRR bzw. der Millionenkredite gemäß § 14 KWG.

Ab bestimmten Größenordnungen werden Entscheidungen durch den Vorstand, den Risikoausschuss bzw. dessen Vorsitzenden getroffen.

Basis der operativen Tätigkeiten im Kreditgeschäft sind die in den Organisationsrichtlinien der Bank enthaltenen Arbeitsanweisungen und internen Richtlinien, insbesondere die Kredit-, Zuständigkeits-, Votierungs-, Sicherheiten- und Ratingrichtlinien, welche die wesentlichen Grundsätze der Kreditvergabe enthalten.

Die gesamte Methodenhoheit (Rating, Scoring, Risikomodellierung) ist im Risikocontrolling gebündelt.

### **Kreditrisiko – Sicherheiten**

Für die Bemessung der Adressausfallrisiken sind neben der Bonität der Kreditnehmer bzw. der Kontrahenten auch die zur Verfügung gestellten banküblichen Sicherheiten und andere Risikominderungstechniken von wesentlicher Bedeutung. Die Bank nimmt daher zur Reduzierung des Adressausfallrisikos in- und ausländische Sicherheiten in Form von Gegenständen und Rechten (Beleihungsobjekten) herein. Bei der Hereinnahme von Sicherheiten wird auf die Verhältnismäßigkeit von Kosten und Nutzen der Besicherung geachtet.

Die Sicherheiten werden sowohl zum Zeitpunkt der Kreditgewährung als auch in der laufenden (mindestens jährlichen) Überwachung danach beurteilt, ob sie nach der voraussehbaren wirtschaftlichen Entwicklung während der (Rest-)Laufzeit des Kredites zu dem angenommenen Wert als verwertbar erscheinen. Es wird daher in jedem Einzelfall geprüft, ob der Wertansatz nach der besonderen Art der Sicherheit und nach ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Verwertbarkeit unter Würdigung der Person des Kreditnehmers und der Art des Kredites gerechtfertigt erscheint. Sofern sich bewertungsrelevante Einflussfaktoren geändert haben, wird die Bewertung entsprechend angepasst.

In den Kreditrichtlinien und Beleihungsgrundsätzen der Bank ist festgelegt, welche grundsätzlichen Arten von Sicherheiten und Beleihungsobjekten Verwendung finden sollen und bis zu welchem Anteil des Beleihungswertes (Beleihungsgrenze) ein Beleihungsobjekt maximal beliehen werden kann. Als Kreditsicherheiten werden insbesondere Bürgschaften, bürgschaftsähnliche Kreditsicher-



heiten, Sicherungsabtretungen von Forderungen und anderen Rechten, Pfandrechte an Forderungen und anderen Rechten, Grund- und Registerpfandrechte sowie Sicherungsübereignungen von beweglichen Sachen hereingenommen. Darüber hinaus können weitere Sicherheiten mit dem Kreditnehmer kontrahiert werden, die jedoch den Blankoanteil des Engagements nicht reduzieren.

Zur Berechnung der Kreditrisikominderung werden die relevanten Sicherheiten vollständig im Collateral-Management-System (CMS) erfasst. Die realistische Einschätzung der Sicherheiten-erlöse bzw. der Verlustquote bei Ausfall sowie der ausfallgefährdeten Beträge ermöglicht zusammen mit der Ausfallwahrscheinlichkeit eine detaillierte Quantifizierung der Verlustpotenziale aus den einzelnen Kreditengagements.

Der juristische Bestand der Sicherheiten wird in einem speziellen System zur Verwaltung von Sicherheiten gepflegt. Dieses bildet zugleich die Basis für die Anrechnung von Sicherheiten bei der Ermittlung der Eigenkapitalunterlegung sowie der aufsichtsrechtlichen Meldungen.

Im Wesentlichen werden Standardverträge verwendet. Abweichungen von Standardverträgen oder individuelle Vereinbarungen werden durch die Rechtsabteilung erstellt oder freigegeben. In Einzelfällen werden externe Rechtsgutachten eingeholt bzw. die Vertragserstellung an autorisierte Rechtsanwaltskanzleien vergeben. Gleichzeitig wird ein permanentes Monitoring der relevanten Rechtsordnungen durchgeführt. Bei ausländischen Sicherheiten erfolgt dies auf Basis von Monitoringverfahren internationaler Anwaltskanzleien.

### **Kreditrisiko – Steuerung und Überwachung**

Zur Steuerung der Risiken auf Einzelgeschäftsebene wird für jeden Kreditnehmer ein spezifisches Limit festgelegt. Die wesentlichen Parameter zur Ableitung dieses Limits sind die Bonität des Schuldners, ausgedrückt durch eine Ratingnote, sowie die ihm zur Verfügung stehenden freien Mittel zur Bedienung des Kapitaldienstes.

Die Risikobewertung der Engagements erfolgt mittels Ratingverfahren und im Rahmen definierter Kreditprozesse. Im Bestandsgeschäft wird – ausgehend von den Ergebnissen turnusmäßig oder anlassbezogen durchgeführter Ratingverfahren – ein Handlungsbedarf in den operativen Bereichen identifiziert. Wesentliche Rating- bzw. Bonitätsverschlechterungen lösen je nach Rating- / Bonitätsstufe und Engagementhöhe die Erstellung eines Sachstandsberichts oder einer Kreditüberwachungsvorlage aus.

Die Bank stellt weiterhin sicher, dass Engagements mit höherer Ausfallwahrscheinlichkeit in gesonderten Organisationseinheiten von besonders qualifizierten Mitarbeitern betreut werden. Höhere Engagementrisiken führen gemäß Kreditregularien zu Zwangsläufigkeiten in der Bearbeitung und Steuerung. Diese Engagements sind in wesentlich kürzeren Zeitintervallen (halbjährlich oder anlassbezogen bei Negativinformationen) vorzutragen. In Abhängigkeit von Ratingklasse und Engagementhöhe reicht der Genehmigungsprozess bis in den Gesamtvorstand. Grundsätzlich gilt folgende Zuordnung:

1. Engagements ab Ratingklasse 9 sind „intensiv“ zu betreuen. Zu analysieren sind die Ursachen für die Situationsverschlechterung und die Engagementstrategie unter Kosten-Nutzen-Aspekten. Gegebenenfalls werden die Sicherheiten verstärkt, die Konditionen angepasst und die Berichterstattungspflichten des Kunden intensiviert. Die Betreuungszuständigkeit liegt weiterhin in der Markteinheit, die Bearbeitung verbleibt in der bisher bearbeitungszuständigen Marktfolgeeinheit. Die neu zu erstellende Engagementstrategie ist mit der Organisationseinheit Marktfolge Sanierung (OE MF Sanierung) abzustimmen.
2. Ab der Ratingklasse 12 erfolgt eine Übertragung der Betreuungs- und Bearbeitungszuständigkeit in die im Bereich Marktfolge Finanzierungen angesiedelte OE MF Sanierung. Dort erfolgt eine Überprüfung auf Sanierungsfähigkeit und -würdigkeit gegebenenfalls unter Einbeziehung externer Berater. Eine Neufestsetzung der Engagementstrategie ist unter Kosten-Nutzen-Aspekten vorgeschrieben. Gegebenenfalls erfolgt eine Absicherung des Sanierungskredites durch weitere adäquate Sicherheiten, eine Anpassung der Konditionen sowie eine Entscheidung über die Kündigung der Geschäftsverbindung.
3. Werden akute Ausfallrisiken erkannt, wird ein Prozess initiiert, der die zeitnahe Bildung, DV-Erfassung und Kommunikation einer Einzelwertberichtigung (EWB) einheitlich in der Bank sicherstellt. Diese Engagements sind grundsätzlich neu zu bewerten. Aus der Einstufung ergeben sich die bereits aufgeführten Zwangsläufigkeiten. Bei erheblichem Risikovorsorgeneu- / -mehrabbedarf (ab 2 Mio. € im laufenden Jahr) wird über den Dezernenten Marktfolge der Gesamtvorstand unverzüglich informiert.
4. Gekündigte Engagements werden durch die OE Abwicklung bearbeitet.

Zur Identifizierung und Überwachung von Risikokonzentrationen auf Ebene der Kreditnehmer-einheiten hat die Bank ein LEM-Limitmodell (LEM = Large Exposure Management) im Einsatz. Die Limitierung erfolgt dabei auf Basis von Gruppen verbundener Kunden gemäß Art. 4 Abs. 1 Nr. 39 CRR. Das Modell erlaubt eine Bewertung des Risikokonzentrationsgehalts eines Engagements unter Berücksichtigung des Risikodeckungskapitals der Bank und der Risikopräferenzen der Geschäftsleitung sowie unter Berücksichtigung der Bonität des Kreditnehmers und der Besicherung der Forderung.

Das Limitmodell definiert für jedes Large Exposure Grenzen, anhand derer ein Engagement als unauffällig (Weiß-Bereich), risikokonzentrationsbehaftet (Grau-Bereich) oder stark risikokonzentrationsbehaftet (Schwarz-Bereich) klassifiziert wird. Ziel ist es, Engagements im Schwarz-Bereich zu reduzieren und im Grau-Bereich ein ausgewogenes Verhältnis von Risiko und Ertrag zu erhalten. Damit ist ein Schutz vor zu hohen Konzentrationen auf Adressebene gewährleistet.

Die Steuerung von Risiken auf Portfolioebene erfolgt über ein aus der Risikotragfähigkeit abgeleitetes Branchenlimitsystems (BEM). Anhand festgelegter Risikogrößen Exposure at Default (EaD), Loss at Default (LaD) und Expected Loss (EL) erfolgt die Identifizierung der zu limitierenden Branchen. Aus dem Going Concern Case wird das zur Verfügung stehende Risikokapital berechnet.

Die Large Exposure-Grenzen und die Branchenlimite werden mindestens einmal jährlich vom Vorstand und den zuständigen Aufsichtsgremien verabschiedet.

### Kreditrisiko – Verbriefungen

Die Bank ist zuletzt 2004 im Rahmen von Verbriefungstransaktionen als Investor aufgetreten und verfügt per Jahresultimo über keinen Bestand mehr. Verbriefungen des eigenen Kreditgeschäftes hat die Bank – abgesehen vom traditionellen Pfandbriefgeschäft und von Kommunalobligationen – nicht vorgenommen.

### Kreditrisiko – Bewertung

Grundlage zur individuellen Beurteilung des Adressausfallrisikos auf Kundenebene sind die in der Sparkassenfinanzgruppe entwickelten Ratingverfahren, die auf die jeweiligen Kundensegmente individuell zugeschnitten und bankaufsichtlich zugelassen sind. Neben den wirtschaftlichen Verhältnissen werden in Abhängigkeit von der Kundengruppe auch die Marktverhältnisse, die Produktqualität, die Wettbewerbssituation, das Management sowie Cashflow- und zukunftsbezogene Daten analysiert und beurteilt.

Mithilfe dieser Ratingverfahren wird die Ausfallwahrscheinlichkeit von Kreditnehmern und Kontrahenten ermittelt und einer entsprechenden Ratingklasse zugeordnet. Die Bremer Landesbank verwendet die Masterskala des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV).

Initiative Finanzstandort Deutschland	DSGV-Masterskala	Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit	Kundenklasse
Sehr gut bis gut	1 (AAAA)	0,00 %	Normalbetreuung
	1 (AAA)	0,01 %	
	1 (AA+)	0,02 %	
	1 (AA)	0,03 %	
	1 (AA-)	0,04 %	
	1 (A+)	0,05 %	
	1 (A)	0,07 %	
	1 (A-)	0,09 %	
	2	0,12 %	
	3	0,17 %	
Gut/zufriedenstellend	4	0,26 %	
	5	0,39 %	
Noch gut/befriedigend	6	0,59 %	
	7	0,88 %	
Erhöhtes Risiko	8	1,32 %	
	9	1,98 %	
Hohes Risiko	10	2,96 %	Intensivbetreuung
	11	4,44 %	
Sehr hohes Risiko	12	6,67 %	
	13	10,00 %	
	14	15,00 %	
	15	20,00 %	
	15B	30,00 %	
	15C	45,00 %	
Default (=Non-Performing-Loans)	16	100,00 %	
	17	100,00 %	
	18	100,00 %	Abwicklung

Die Ratingverfahren stellen ein Instrument des aktiven Risikomanagements dar. Die Prognosequalität der Ratingverfahren jeder einzelnen Ratingkomponente und deren Zusammenwirken werden regelmäßig von den Ratingdienstleistern durch Backtesting und Validierung auf Basis der Datenpools geprüft. Diese Qualitätskontrollen bestätigen nicht nur die Einhaltung von Mindeststandards, sondern geben auch Impulse für Weiterentwicklungen.

Die Validierung der Ratingverfahren erfolgt über die beiden zentralen Ratingdienstleister der Sparkassenfinanzgruppe, die „Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH“ (S-Rating), eine Tochtergesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), und die „Rating Service Unit GmbH & Co. KG“ (RSU), eine zusammen mit anderen Landesbanken gegründete Gesellschaft. Beide Ratingdienstleister gewährleisten ein internes Rating im Sinne der aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Auf Basis eines strukturierten Prozesses wird die Bankenaufsicht regelmäßig über Änderungen und Weiterentwicklungen bei den Ratingverfahren und sonstigen IRBA-Systemen informiert.

Die Daten der Bremer Landesbank werden bei den beiden Ratingdienstleistern gepoolt. Aufgabe der Bremer Landesbank ist es jeweils, die Angemessenheit der auf Poolebene validierten Ratingmodule für das bankinterne Portfolio nachzuweisen (Repräsentativitätsnachweis).

Die Bank hat die aufsichtsrechtlichen Anforderungen umgesetzt und unterlegt seit 2008 ihre Ausfallrisiken auf Basis des auf internen Ratings basierenden Ansatzes (Basis-IRBA) mit Eigenkapital.

Bei den Ratingsystemen der RSU engagiert sich die Bank bei der Weiterentwicklung der Methodik. Die Schwerpunkte liegen hier bei den Schiffs-, Projekt- und Leasingfinanzierungen, bei denen die Bank über eine besondere Expertise verfügt. Bei den Ratingsystemen der S-Rating engagiert sich die Bank in der Qualitätssicherung der Kommunikation der erarbeiteten Ergebnisse innerhalb der Sparkassenfinanzgruppe.

Zur Ermittlung der Länder- und Transferrisiken nutzt die Bremer Landesbank das volkswirtschaftliche Know-how der NORD/LB.

Die Ratingmodule Banken, Corporates, Länder- und Transferrisiko, Leasing sowie das DSGV-StandardRating und das DSGV-KundenkompaktRating basieren auf Scorecard-Verfahren. Im Rahmen von Scorecard-Ansätzen werden Merkmale und Faktoren identifiziert, die die Fähigkeit aufweisen, zwischen guten und schlechten Kreditnehmern zu differenzieren. Voraussetzung für die Anwendung eines Scorecard-Ansatzes ist eine ausreichende Anzahl an relativ homogenen Kreditnehmern.

Da diese Voraussetzung bei Spezialfinanzierungen häufig nicht gegeben ist, kommt hier vorwiegend die Simulationstechnik zum Einsatz. So wird die Bewertung der Finanzierungen von Projekten, Schiffen und nationalen Immobilien mithilfe von Cashflow-Simulationsmodellen durchgeführt. Primäre Quelle für die Rückführung der Verbindlichkeit sind die Einkünfte aus dem finanzierten Objekt. Das Kreditrisiko wird insofern durch die Schwankung der Einkünfte und

Ausgaben des Objekts bestimmt. Im Simulationsverfahren wird der Cashflow des Objekts in verschiedenen Szenarien nachgebildet, die hinsichtlich der makroökonomischen und industrie-spezifischen Gegebenheiten variieren und die zukünftige Entwicklung von Faktoren wie z. B. Mieten und Charterraten simulieren. Unter der Vielzahl der Szenarien lassen sich im Anschluss diejenigen identifizieren, in denen der Kreditnehmer als ausgefallen gelten muss.

Im Rahmen der Ratingmodule werden sowohl bei den Scorecard- als auch bei den Simulations-verfahren neben den quantitativen auch qualitative Faktoren berücksichtigt. Im Anschluss sind noch Überschreibungsmöglichkeiten vorgesehen, Ratingverbesserungen sind jedoch nur begrenzt möglich. Zudem werden Warnsignale und der Konzernhintergrund einbezogen. Erst die Berücksichtigung dieser Aspekte führt dann zum endgültigen Ratingergebnis.

Die vollständige Bewertung des Kreditnehmers bzw. der Transaktion bildet die Grundlage für die Kreditgewährung, die Kreditrisikosteuerung und die risikoadjustierte Kreditbepreisung des erwarteten Verlustes. Eine wesentliche Rolle spielt hierbei die sich in den Ratingergebnissen widerspiegelnde Ausfallwahrscheinlichkeit der Kreditnehmer bzw. der Transaktionen. Über die Ausfallwahrscheinlichkeit hinaus sind jedoch auch die Verlustquote, die Laufzeit, der ausfallgefährdete Betrag sowie weitere transaktionsspezifische Risiken (unter anderem Währung, Produkt) von zentraler Bedeutung.

Im Kontext der Kreditrisikosteuerung spielt der Begriff des Kreditexposures eine maßgebliche Rolle. Diese Zahl spiegelt den Gegenwert aller kreditrisikobehafteten Transaktionen mit einem Kontrahenten wider. Basis für die Berechnung des Kreditexposures sind die Inanspruchnahmen (bei Garantien der Nominalwert, bei Wertpapieren der Buchwert) und die Kreditäquivalente aus Derivaten (inklusive Add-on und unter Berücksichtigung von Netting). Unwiderrufliche und widerrufliche Kreditzusagen werden transaktionsspezifisch in das Kreditexposure eingerechnet, während Sicherheiten unberücksichtigt bleiben.

Die Quantifizierung des Ausfallrisikos (Kredit- und Beteiligungsrisiko) erfolgt mit den Risikokennzahlen Erwarteter Verlust und Unerwarteter Verlust. Der Erwartete Verlust wird auf Basis einjähriger Ausfallwahrscheinlichkeiten unter Berücksichtigung von Verlustquoten ermittelt. Die Risikoprämie, die zur Abdeckung des Erwarteten Verlustes vereinnahmt werden muss, wird mit der Software Credit Pricing Calculator (CPC) berechnet.

Im Gegensatz zum Erwarteten Verlust besteht das eigentliche Risikopotenzial für die Bank in dem Unerwarteten Verlust (Unexpected Loss) risikobehafteter Geschäfte, d. h. in der Gefahr, dass tatsächlich eintretende Verluste höher ausfallen als erwartet.

Der Unerwartete Verlust wird für unterschiedliche Konfidenzniveaus und einen Zeithorizont von einem Jahr quantifiziert. Die Bank hat diesbezüglich 2009 ein konzerneinheitliches ökonomisches Kreditrisikomodell eingeführt und 2014 erneut in Zusammenarbeit mit der NORD/LB validiert und überarbeitet. Das Modell dient der Schätzung der Eintrittswahrscheinlichkeiten von Unerwarteten Verlusten unter Berücksichtigung von Portfolioeffekten (Konzentrations- und Diversifikationseffekte aufgrund von Korrelationen im Portfolio). Ziel ist die Überwachung und Begrenzung von

Kreditrisiken auf Portfolioebene, insbesondere unter Einbeziehung von Adress- und Branchenkonzentrationen. Das Kreditrisikomodell wird stetig weiterentwickelt.

### **Kreditrisiko – Berichterstattung**

Dem Vorstand werden im Rahmen der Risikoberichterstattung monatlich ein Bericht über die Intensivbetreuungs- und Problemengagements sowie die Entwicklung der Risikovorsorge (IPE-Bericht), ein Bericht über die Überwachung von Konzentrationsrisiken bei Kreditnehmereinheiten (LEM-Bericht) und quartalsweise ein Kreditportfoliobericht vorgelegt.

- Im Rahmen des vom Bereich Marktfolge Finanzierungen auf Einzelkreditnehmerbasis erstellten Berichts über IPE erfolgt eine enge Überwachung der Entwicklung potenziell problematischer und ausgefallener Kreditnehmer. Unter anderem können dadurch kurzfristige oder sich über einen längeren Zeitraum erstreckende strukturelle Veränderungen in diesem Portfolio bzw. hieraus abgeleitete Teilportfolien erkannt und Aktionsfelder für risikobegrenzende bzw. risikoreduzierende Maßnahmen identifiziert werden.
- Im Rahmen des LEM-Berichts wird über Kreditnehmereinheiten berichtet, die unter Berücksichtigung des Risikodeckungskapitals der Bremer Landesbank und der Risikopräferenzen der Geschäftsleitung sowie unter Berücksichtigung der Bonität des Einzelkreditnehmers und der Besicherung der Forderung eine bemerkenswerte Risikokonzentration aufweisen.
- Das Risikocontrolling erstellt einen Kreditportfoliobericht, der eine differenzierte Darstellung des Kreditportfolios beinhaltet. Das quartalsweise Pfandbriefreporting der Bank ist Bestandteil des Kreditportfolioberichtes und informiert über die mit dem Pfandbriefgeschäft verbundenen Risiken. Dieser auf Einzelinstitutsebene erstellte Bericht erfüllt die Anforderungen des § 27 Pfandbriefgesetz.

## **5.1.3 Beteiligungsrisiko – Management**

### **Beteiligungsrisiko – Strategie**

Mit ihren Beteiligungen kommt die Bank ihrer besonderen Verantwortung für die Nordwest-Region nach. Dementsprechend bilden Beteiligungen an regionalen Unternehmen, neben Beteiligungen im Rahmen des Sparkassenfinanzverbundes, den Schwerpunkt des Beteiligungsportfolios. Die Bank trägt mit ihren Beteiligungen gleichermaßen zur Erfüllung des öffentlichen Auftrags und der Stärkung des regionalen Wirtschaftsraumes bei.

Die Tochtergesellschaft BLB Immobilien GmbH ist in den Strategieprozess der Bank eingebunden.

### **Beteiligungsrisiko – Struktur und Organisation**

Das Beteiligungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital an Dritte Verluste entstehen. Darüber hinaus ist ein potenzieller Verlust aufgrund von sonstigen

finanziellen Verpflichtungen (z. B. Gewährträgerhaftung, Ergebnisabführungsvertrag) Bestandteil des Beteiligungsrisikos, sofern er nicht bei den weiteren Risiken berücksichtigt wurde.

Die Steuerung der Adressausfallrisiken bei Beteiligungen erfolgt durch die OE Vorstandsassistenz / Unternehmensentwicklung / Beteiligungen, die Überwachung durch das Risikocontrolling.

### **Beteiligungsrisiko – Steuerung und Überwachung**

Die laufende Kontrolle und Steuerung der Beteiligungsgesellschaften erfolgen durch die Auswertung und Analyse des regelmäßigen Reportings der wichtigen Beteiligungsgesellschaften und die Einflussnahme in den jeweiligen Gremien der Gesellschaft (Gesellschafterversammlung, Aufsichts-, Verwaltungs- oder Beirat).

### **Beteiligungsrisiko – Bewertung**

Die Beteiligungen der Bank werden grundsätzlich analog zum Kreditprozess dem Ratingprozess unterzogen. Hierauf wird verzichtet, wenn bei eigenen Beteiligungen mit geschäftspolitischer Ausrichtung ohne Kreditgeschäft der Buchwertanteil der Bremer Landesbank 1.000 T€ gemäß § 19 Abs. 2 KWG nicht übersteigt. Die umfassende Quantifizierung erfolgt mittels eines Scoring-Modells zur Risikoinventur.

### **Beteiligungsrisiko – Berichterstattung**

Das Risikomanagement erfolgt in einem systematischen und permanenten Vorgehen und umfasst die Identifikation, die Analyse und Bewertung sowie die Dokumentation und Kommunikation etwaiger Risiken. Das mit den Beteiligungen verbundene Ausfallrisiko wird dabei im monatlichen RTF-Bericht kommuniziert. Darüber hinaus wird der Vorstand mindestens halbjährlich in Form eines Beteiligungsreports über die wesentlichen beteiligungsrelevanten Sachverhalte informiert.

## **5.1.4 Marktrisiko – Management**

### **Marktrisiko – Strategie**

Im Rahmen des Managements der Marktrisiken konzentrieren sich die Aktivitäten der Bank auf ausgewählte Märkte, Kunden und Produktsegmente. Die Positionierung an den Geld-, Devisen- und Kapitalmärkten orientiert sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Kunden und der Unterstützung der Banksteuerung. Eine darüber hinausgehende opportunistische Positionsnahme wird durch die Bremer Landesbank nicht betrieben.

Hinsichtlich des Zinsrisikos ist es das Ziel der Bank, Fristentransformation zu betreiben und an den allgemeinen Marktentwicklungen im Rahmen der Risikolimiten zu partizipieren. Aus den strategischen Investitionen in fristenkongruent refinanzierte Wertpapiere resultieren darüber hinaus bedeutsame Credit-Spread-Risiken. Die Geschäfte wurden im Wesentlichen unter der Maßgabe der „Buy & Hold“-Strategie abgeschlossen. Grundsätzlich verfolgt die Bank die Strategie, ein enges Monitoring der Einzeladressen und der Marktentwicklung sowie einzelne Desinvestments bei drohender Bonitätsverschlechterung vorzunehmen.



## Marktrisiko – Struktur und Organisation

Das Marktrisiko bezeichnet potenzielle Verluste, die sich aus Veränderungen von Marktparametern ergeben können. Das Marktrisiko unterscheidet das Zins-, das Währungs-, das Aktienkurs-, das Fondspreis-, das Volatilitätsrisiko sowie das Credit-Spread- und das Rohwarenrisiko.

- Das Zinsrisiko besteht aus den Komponenten allgemeines Zinsrisiko und besonderes Zinsrisiko. Ein allgemeines Zinsrisiko besteht immer dann, wenn der Wert einer Position oder eines Portfolios auf Veränderungen von einem oder mehreren Zinssätzen bzw. auf Veränderungen von kompletten Zinskurven reagiert und diese Veränderungen zu einer Wertminderung der Position führen können. Der aufsichtsrechtlichen Definition folgend, werden unter dem besonderen Zinsrisiko potenzielle Wertveränderungen subsumiert, die sich aus Ratingmigrationen oder aus dem Ausfall von Emittenten (bei Wertpapieren) bzw. Referenzschuldern (bei Kreditderivaten) ergeben. Im Verständnis der Bremer Landesbank entspricht das besondere Zinsrisiko dem Emittentenrisiko.
- Das Währungsrisiko (oder Wechselkursrisiko) beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Devisenwechselkurse reagiert und die Veränderungen der Wechselkurse zu einer Wertminderung der Position führen können.
- Das Aktienkursrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Aktienkurse bzw. -indizes reagiert und die Veränderungen der Aktienkurse oder -indizes zu einer Wertminderung der Position führen können.
- Das Fondspreisrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Fondspreise reagiert und die Veränderungen der Fondspreise zu einer Wertminderung der Position führen können.
- Das Volatilitätsrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Optionsposition aufgrund potenzieller Wertänderungen, die aus Marktbewegungen der für die Optionsbewertung herangezogenen Volatilitäten resultieren, reagiert und diese Veränderungen zu einer Wertminderung der Position führen können.
- Das Credit-Spread-Risiko bezeichnet potenzielle Wertveränderungen, die sich ergeben, wenn sich der für den jeweiligen Emittenten, Kreditnehmer oder Referenzschuldner gültige Credit-Spread verändert, welcher im Rahmen der Marktbewertung der Position verwendet wird.
- Das Rohwarenrisiko bezeichnet die Gefahr, dass eine Position (auch Indizes und Derivate) an Wert verliert, weil sich der Preis der entsprechenden Commodities (z. B. Öl, Weizen) verändert. Das Rohwarenrisiko besitzt für die Bremer Landesbank derzeit keine Relevanz, da keine offenen Positionen geführt werden.

Der Vorstand beschließt das für Marktrisiken zur Verfügung stehende Risikodeckungskapital.



Durch Handelstransaktionen und -positionen können die einzelnen Handelsbereiche der OE Financial Markets Marktrisiken eingehen. Die Aufgaben und Tätigkeiten der Handelsbereiche leiten sich ab aus der Handelsstrategie der Bremer Landesbank inklusive Geschäftsstrategien der Bereiche und den Portfoliostrategien für alle Organisationseinheiten, die gemäß MaRisk Handelsgeschäfte tätigen bzw. in denen Markt-, Liquiditäts- oder Adressrisiken im Sinne der Handelsstrategie auftreten. Die Aufgaben und Tätigkeiten sind in den Arbeitsanweisungen der jeweiligen Bereiche geregelt.

Das Management der offenen Marktrisikopositionen erfolgt im Geschäftsfeld Financial Markets in den Handelseinheiten sowie im Aktiv-Passiv-Management, welches unter anderem die im Einlagen- und Kreditgeschäft begründeten Marktrisiken zentral für Laufzeiten von mehr als zwölf Monaten disponiert und steuert. Der Geldhandel steuert das Zinsänderungsrisiko für Laufzeiten bis zwölf Monate, dem Devisenhandel obliegt die Verantwortung für Abläufe in Fremdwährung über alle Laufzeiten.

Serviceleistungen erbringen die OEen Transaction Banking und Financial Markets Geschäftsfeldmanagement. Der Bereich Transaction Banking ist für die Abwicklung und Kontrolle der im Marktbereich abgeschlossenen Handelsgeschäfte verantwortlich. Die Aufgaben beinhalten unter anderem die Kontrolle der vollständigen und korrekten Erfassung der Geschäfte sowie die Prüfung auf Abweichungen von vorgegebenen Standards. Das Reporting über die bereichsinterne Verteilung und Inanspruchnahme des Marktrisiko-Limits des Geschäftsfeldes Financial Markets wird von der OE Financial Markets Geschäftsfeldmanagement auf Basis der Daten des täglichen Reportings der OE Marktrisiko / Bewertungsmethoden durchgeführt. Die OE Marktrisiko/ Bewertungsmethoden ist den MaRisk entsprechend funktional wie organisatorisch unabhängig von den Marktrisikosteuerungsbereichen. Sie nimmt Überwachungs-, Limitierungs- und Berichterstattungsaufgaben wahr, ist verantwortlich für die Bewertungsmethodik von Marktrisiken und überprüft die Marktgerechtigkeit der Geschäfte.

Das Meldewesen führt das externe Reporting der Marktrisiken gemäß CRR durch. Die Bremer Landesbank verwendet dafür das von der Aufsichtsbehörde vorgegebene Standardverfahren.

### **Marktrisiko – Steuerung und Überwachung**

Die Steuerung der Anlagebuchpositionen erfolgt zentral durch das Asset-Liability-Committee (ALCO), die operative Umsetzung durch den Bereich Financial Markets. Das ALCO ist ein Entscheidungsgremium mit den Zielen der Optimierung des Risk / Return der Bank-Portfolien, des langfristigen Fundings, der Steuerung der Markt- und Liquiditätsrisikopositionen sowie der Investitionsportfolios, des Bilanzstrukturmanagements, der GuV-Steuerung, und der Investment-Guidelines. Das Committee besteht aus dem Gesamtvorstand und Vertretern des Geschäftsfeldes Financial Markets und der OEen Risikocontrolling, Finanzen sowie der Marktfolge Financial Markets. Der Ausschuss tagt in der Regel monatlich. Die Entscheidungen trifft der Gesamtvorstand. Ebenfalls obliegt dem ALCO die Steuerung des Credit Investment Buches.

Eine Begrenzung der Risikokonzentrationen erfolgt durch eine Limitierung der unterschiedlichen Risikokategorien.

Zu den Instrumenten zur Steuerung des Marktrisikos im Rahmen der Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen wird auf die Abschnitte 1.2 bis 1.7 des Anhangs zum Jahresabschluss verwiesen.

### **Marktrisiko – Bewertung**

Für die risikoartenspezifische interne Steuerung und Überwachung von Marktrisiken inklusive Credit-Spread-Risiken verwendet die Bremer Landesbank das Verfahren der Historischen Simulation, bei dem ein einseitiges Konfidenzniveau von 95 % und eine Haltedauer von einem Handelstag zugrunde gelegt werden.

Als Grundlage für die Berechnung des Value-at-Risk (VaR) werden die historischen Veränderungen der Risikofaktoren (Zinsen / Spreads, Wechselkurse, Aktienkurse / Indizes und Bewertungsvolatilitäten) über die letzten zwölf Monate zugrunde gelegt. Das Modell berücksichtigt implizit Korrelationseffekte zwischen den Risikofaktoren (inkl. der Bewertungsvolatilitäten von Optionspositionen), den Risikoarten, den Währungen und den (Teil-) Portfolios.

VaR-Modelle dienen vor allem der Messung von Marktrisiken in normalen Marktumgebungen. Um auch außergewöhnliche Marktbewegungen abzudecken, werden gesonderte Risikoauswertungen (Stresstests) durchgeführt, die die Sensitivität des Portfolios in Bezug auf große Marktänderungen berücksichtigen. Für jedes Risiko sind konzerneinheitlich Stressparameter definiert.

Für die VaR-Werte werden Limite festgelegt, die sich pro Handelsbereich aus den vom Vorstand festgelegten Verlustlimiten ableiten. Etwaige Verluste der Handelsbereiche werden umgehend auf die Verlustlimite angerechnet und führen dem Prinzip der Selbstverzehrung folgend zu einer Reduzierung der VaR-Limite. Die genannten Limite werden für den Bereich Financial Markets und die strategische Position in Strukturlimiten für die verschiedenen Risikokategorien untergliedert.

Die täglichen VaR-Berechnungen werden in der OE Marktrisiko / Bewertungsmethoden anhand von Backtesting-Analysen überprüft. Dazu werden im Rahmen des Backtestings die täglichen Ergebnisschwankungen der Handelsbereiche den VaR-Prognosen vom Vortag gegenübergestellt. Die zur Quantifizierung der Marktrisiken verwendeten Prognosemodelle und Parameter werden laufend überprüft und gegebenenfalls der aktuellen Marktentwicklung angepasst.

Die Anforderungen an eine vorsichtige Bewertung („Prudent Valuation“) wurden durch die seit Januar 2014 gültige Capital Requirements Regulation (CRR) ausgeweitet und weiter konkretisiert. Durch den Wegfall einer Geringfügigkeitsschwelle hat die Bank für alle zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerte eine Bewertungsreserve eingeführt, die vom harten Kernkapital abgezogen wird.

Die Bank ermittelt monatlich den von Basel II unterstellten Zinsschock. Bei diesem Zinsschock handelt es sich – den Anforderungen eines Rundschreibens der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) folgend – um eine Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um

200 Basispunkte nach oben und nach unten. Die BaFin überprüft die Parallelverschiebung mindestens jährlich und passt gegebenenfalls bei deutlichen Abweichungen die Höhe des Zinsschocks entsprechend an.

### **Marktrisiko – Berichterstattung**

Gemäß MaRisk berichtet die OE Marktrisiko / Bewertungsmethoden dem Gesamtvorstand täglich über die Marktrisiken nach VaR und die Erfolge aus der Übernahme von Marktrisiken der Bremer Landesbank.

Der Gesamtvorstand wird monatlich über die Marktrisiken und die Ergebnisse des Backtestings und des Stresstestings im Rahmen der RTF-Berichterstattung informiert. Die Information des Risikoausschusses erfolgt fünfmal jährlich.

## **5.1.5 Liquiditätsrisiko – Management**

### **Liquiditätsrisiko – Strategie**

Die Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität stellt für die Bank eine betriebswirtschaftliche, strategische und aufsichtsrechtliche Notwendigkeit dar. Während das klassische Liquiditätsrisiko grundsätzlich durch das Vorhalten ausreichend liquider Aktiva (insbesondere notenbankfähiger Wertpapiere) vermieden wird, wird das Refinanzierungsrisiko durch eine strukturelle Liquiditätsfristentransformation begründet. In beiden Fällen werden die Risiken durch entsprechende Limite begrenzt. Bei der Bemessung der Höhe der Liquiditätsrisikolimiten werden die Faktoren Sicherstellung der ausreichenden Liquidität, Risikotragfähigkeit und Nutzung der Chance auf einen Erfolgsbeitrag aus der banktypischen Erfolgsquelle Liquiditäts-Spreads berücksichtigt. Durch die Liquiditätsrisikolimiten erhalten die Fachbereiche den zur Zielerreichung notwendigen Handlungsrahmen.

### **Liquiditätsrisiko – Struktur und Organisation**

Das Liquiditätsrisiko umfasst Risiken, die sich aus Störungen in der Liquidität einzelner Marktsegmente, unerwarteten Ereignissen im Kredit-, Einlagen- oder Emissionsgeschäft oder Verschlechterungen der eigenen Refinanzierungsbedingungen ergeben können. Im Verständnis der Bremer Landesbank ist das Platzierungsrisiko Bestandteil des Liquiditätsrisikos. Es beschreibt die Gefahr, dass eigene Emissionen am Markt nicht oder nur zu schlechteren Konditionen platziert werden können.

Das Liquiditätsrisiko wird in klassisches Liquiditätsrisiko, Refinanzierungsrisiko und Marktliquiditätsrisiko unterteilt.

- Als klassisches Liquiditätsrisiko wird die Gefahr bezeichnet, dass Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht fristgerecht nachgekommen werden kann. Dieses Risiko wird auf Basis der Analyse eines dynamischen Stressszenarios begrenzt, das durch die jeweils wahrscheinlichste Krisensituation charakterisiert ist. Potenzielle Ursache kann eine allgemeine Störung in der

Liquidität der Geldmärkte sein, die einzelne Institute oder den gesamten Finanzmarkt betrifft. Insbesondere können Marktstörungen dazu führen, dass maßgebliche Asset-Klassen in der Sicherheitenverwendung ausfallen. Alternativ können auch unerwartete Ereignisse im eigenen Kredit-, Einlagen- oder Emissionsgeschäft eine Ursache für Liquiditätsengpässe darstellen. Der Fokus der Betrachtung liegt in der Bremer Landesbank auf den jeweils nächsten zwölf Monaten.

- Als Refinanzierungsrisiko werden die potenziellen Ergebniseinbußen bezeichnet, die sich durch die Verschlechterung der eigenen Refinanzierungsbedingungen am Geld- oder Kapitalmarkt ergeben. Wichtigste Ursache ist eine veränderte Einschätzung der Bonität der Bank durch andere Marktteilnehmer. Der Fokus der Betrachtung liegt auf dem gesamten Laufzeitspektrum.
- Als Marktliquiditätsrisiko werden die potenziellen Verluste bezeichnet, die zu tragen sind, wenn aufgrund geringer Liquidität in einzelnen Marktsegmenten Transaktionen zu Konditionen abgeschlossen werden müssen, die nicht dem fairen Marktwert entsprechen. Marktliquiditätsrisiken können in erster Linie aus den Wertpapierpositionen in den Handels- und Anlagebüchern resultieren.

In den Prozess der Liquiditätsrisikosteuerung sind in der Bank der Geld- und Devisenhandel, das Treasury und das Risikocontrolling eingebunden.

Der Geld- und Devisenhandel und das Treasury übernehmen das Management von Liquiditätsrisiko tragenden Positionen und tragen Gewinne und Verluste, die sich aus den Veränderungen der Liquiditätssituation ergeben. Grundlage für das Aktiv-Passiv-Management ist die Liquiditätsablaufbilanz. Im ALCO wird über das Refinanzierungsrisiko berichtet und über mögliche Handlungsvorschläge hinsichtlich des weiteren strategischen Dispositionsverhaltens beraten. Dem ALCO ist auf Arbeitsebene der Arbeitskreis Liquiditätssteuerung vorgelagert, der sich aus Vertretern von Financial Markets und dem Risikocontrolling zusammensetzt. Die Hauptaufgaben des Arbeitskreises bestehen darin, die Liquiditätssteuerung zu optimieren und damit in Zusammenhang stehende Detailfragen zeitnah zu klären. Dabei kommt einer kurzfristig reagiblen Steuerung der Neugeschäfts- und Funding-Aktivitäten eine besondere Bedeutung zu. Ebenso werden die erarbeiteten Weiterentwicklungen über den Arbeitskreis in die tägliche Steuerung eingeführt.

Das Risikocontrolling ist verantwortlich für die Einführung und Weiterentwicklung von internen Verfahren zur Messung, Limitierung und Überwachung von Liquiditätsrisiken. Die Berechnung des Refinanzierungsrisikos und des klassischen Liquiditätsrisikos sowie die Überwachung der Einhaltung der Limite erfolgen ebenfalls durch das Risikocontrolling. Im Meldewesen wird die Auslastung der Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung ermittelt und überwacht. Das Meldewesen übt in diesem Zusammenhang Service- und Kontrollfunktionen aus.

Für die Bank hat die Refinanzierung über Pfandbriefe eine hohe Bedeutung. Bei allen Emissionen der Bank werden die gesetzlichen Anforderungen des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) umfassend erfüllt.

An die Qualität der zur Deckung der Pfandbriefe hereinzunehmenden Darlehen stellt das PfandBG hohe Anforderungen. So hat die Prüfung der formal den Richtlinien des Gesetzes entsprechenden Indeckungnahme von Forderungen durch einen externen Treuhänder zu erfolgen. Außerdem sind die wesentlichen Strukturzahlen der Deckungsmasse alle drei Monate durch die Bank zu veröffentlichen.

Das Marktliquiditätsrisiko wird unter den Marktrisiken subsumiert. Ziel ist es, das Marktliquiditätsrisiko grundsätzlich zu begrenzen, indem im Wesentlichen auf liquiden Märkten agiert wird. Durch das differenzierte Wertpapier-Liquiditätsklassenkonzept lassen sich spezifische Haircuts für die Steuerung in der Liquiditätsablaufbilanz, den Liquiditätsstresstests und dem Collateral-Allocation-Management modellieren.

Die Messung, Steuerung und Überwachung des Liquiditätsrisikos werden im Risikohandbuch dokumentiert.

### **Liquiditätsrisiko – Steuerung und Überwachung**

Im Zuge der Konzernrisikosteuerung ist eine Global Group Liquidity Policy formuliert, welche konsistent zur Liquidity Policy der Bremer Landesbank die Rahmenbedingungen für die konzernweite Liquiditätssteuerung der NORD/LB-Gruppe setzt. Das beinhaltet insbesondere die Festlegung der jeweiligen Ziele sowie die Verantwortlichkeiten für die Liquiditätssteuerung unter verschiedenen Szenarien (Situationsmuster). Die Liquidity Policy sowie die Global Group Liquidity Policy werden jährlich überarbeitet.

Der Notfallplan Liquidity Management regelt die Aktivitäten und die Steuerung im Falle von Krisensituationen. Ziel dieses Planes ist die Erhaltung der Zahlungsfähigkeit der Bank bei unvorhergesehenen Extremsituationen am Markt. Auch der Notfallplan Liquidity Management ist konsistent zum Notfallplan der NORD/LB-Gruppe.

Zur Steuerung des klassischen Liquiditätsrisikos setzt die Bank folgende Instrumente ein:

Gemäß Liquiditätsverordnung wird die Liquidität des Instituts als gegeben angesehen, wenn die innerhalb der nächsten 30 Tage zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die während dieses Zeitraums zu erwartenden Liquiditätsabflüsse mindestens decken. Die Gegenüberstellung der Zahlungsmittel und der Zahlungsverpflichtungen ergibt die Liquiditätskennzahl, welche mindestens Eins betragen muss.

Die Liquiditätskennzahl wird neben der monatlichen Meldung an die Deutsche Bundesbank täglich ermittelt und im Geldhandel zur Unterstützung der operativen Steuerung verwendet.

Mit den Instrumenten der Liquiditätsstresstests werden täglich die Auswirkungen von unerwarteten Ereignissen auf die Liquiditätssituation der Bank simuliert. Dies bietet der Bank die Möglichkeit vorausschauend zu planen und für Notfälle vorbereitet zu sein. Ziel ist es, Liquiditätsengpässe zu verhindern. In einem dynamischen und drei statischen Szenarien werden die Liquiditätszahlungsströme der Bank über einen Zeitraum von bis zu einem Jahr betrachtet. In den verschiedenen

Szenarien werden bestimmte Annahmen über den im Krisenfall zur Verfügung stehenden Zahlungsstrom der Bank simuliert. Die bei der Zentralbank deponierten liquiden, frei verfügbaren Wertpapiere dienen der Absicherung in den Notfallszenarien.

Zur Begrenzung des klassischen Liquiditätsrisikos hat die Bremer Landesbank ein Limitsystem implementiert. Durch ein Ampelsystem (Anzahl der Tage an Liquiditätsüberdeckung) werden notwendige Steuerungsmaßnahmen ausgelöst, sofern die simulierte Liquiditätsüberdeckung im dynamischen Stressszenario weniger als 90 Tage bestehen sollte. Steuerungssignale aus den statischen Stresstests führen in der Bank nicht automatisch zu Steuerungsmaßnahmen. Vielmehr geben sie Anlass, die gegenwärtige Liquiditätssituation tiefer zu analysieren und die wesentlichen Treiber der statischen Szenarien auch mit der gegenwärtigen Eintrittswahrscheinlichkeit der Krisen-Stress-Szenarien einzuwerten.

Mit Ermittlung des barwertigen Refinanzierungsrisikos analysiert die Bank die barwertigen Kosten für das Schließen einer passiven Liquiditätsinkongruenz im Zeitablauf aller Fälligkeiten in allen Laufzeiten und Währungen unter der Annahme einer definierten Erhöhung der Liquiditäts-Spreads (Spread-Parameter). Das barwertige Refinanzierungsrisiko wird durch das hierfür allokierte Risikokapital limitiert. Ferner wird die Höhe der passiven Liquiditätsinkongruenzen pro Laufzeitband (Liquiditätsablaufbilanz) zur Vermeidung von Konzentrationen in einzelnen Laufzeiten durch Volumenstrukturlimite begrenzt.

Risikokonzentrationen auf der Passivseite wird durch eine diversifizierte Anlegerbasis und Produktpalette vorgebeugt. Der Fokus liegt auf institutionellen und öffentlichen Anlegern, was der risikogerechten Ausrichtung der NORD/LB-Gruppe entspricht. Die Diversifizierung der Refinanzierungsquellen wird zudem durch Pfandbriefemissionen und Retail-Einlagen verstärkt.

### **Liquiditätsrisiko – Bewertung**

Neben der Liquiditätssteuerung der Gesamtposition, umgerechnet in EUR, definiert die Bank die Fremdwährungsposition USD als wesentlich. Alle weiteren Fremdwährungen sind für die Liquiditätssteuerung der Bank unbedeutend. Refinanzierungsrisiken aus der Fristentransformation in wesentlichen Fremdwährungen werden auf die Risikotragfähigkeit angerechnet. Wesentliche Fremdwährungen werden auch in der Sicht auf das klassische Liquiditätsrisiko begrenzt. Die Wesentlichkeit von Fremdwährungen wird regelmäßig validiert.

### **Liquiditätsrisiko – Berichterstattung**

Die Berichterstattung über die Liquiditätsrisikosituation erfolgt durch den monatlichen Liquiditätsstatusbericht des Risikocontrollings, welcher im Arbeitskreis Liquiditätssteuerung sowie im ALCO erörtert wird.

Darüber hinaus wird der Gesamtvorstand im Rahmen der Risikoberichterstattung monatlich über die Liquiditätsrisiken im Kontext der Risikotragfähigkeit informiert. Im Rahmen des Kreditportfolioberichtes wird der Vorstand ferner über die mit dem Pfandbriefgeschäft verbundenen Risiken informiert.

Wöchentlich berichtet das Risikocontrolling dem Vorstand über das Refinanzierungsrisiko. Die Managementeinheiten Geld- und Devisenhandel sowie Treasury erhalten wöchentlich zusätzliche Strukturinformationen aus den Liquiditätsablaufbilanzen in allen Währungen sowie täglich strukturelle Informationen aus den Stressszenarien der klassischen Liquiditätssteuerung.

## **5.1.6 Operationelles Risiko – Management**

### **Operationelles Risiko – Strategie**

Die Leitlinien für den Umgang mit operationellen Risiken sind in der Risikostrategie der Bank formuliert. Die Bank verfolgt bei operationellen Risiken weitgehend eine Strategie der Vermeidung, die sich z. B. in einem Internen Kontrollsystem, dem Business Continuity Management (BCM) oder im Abschluss von Versicherungen widerspiegelt.

### **Operationelles Risiko – Struktur und Organisation**

Operationelle Risiken sind mögliche und aus Sicht der Bank unbeabsichtigte Ereignisse, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Abläufen, Mitarbeitern und Technologie oder durch externe Einflüsse eintreten und zu einem Schaden oder einer deutlich negativen Konsequenz für die Bank führen (z. B. Gesetzesverstoß).

Dieser Definition folgend sind Rechts- und Rechtsänderungsrisiken, Compliance-Risiken, Outsourcing-Risiken, Fehlverhaltensrisiken, Veritätsrisiken, Fraud-Risiken und Verwundbarkeiten im Rahmen des Notfall- und Krisenmanagements im operationellen Risiko enthalten, nicht einbezogen sind strategische Risiken sowie Geschäftsrisiken.

- Das Rechtsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund fehlender bzw. unvollständiger Berücksichtigung des durch Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung vorgegebenen Rechtsrahmens ein Schaden entsteht.
- Das Rechtsänderungsrisiko bildet das Risiko eines Verlustes aufgrund neuer Gesetze oder Vorschriften, einer nachteiligen Änderung bestehender Gesetze oder Vorschriften bzw. deren Interpretation oder Anwendung durch Gerichte ab.
- Das Compliance-Risiko bezeichnet Risiken gerichtlicher, behördlicher oder disziplinarischer Strafen, die aus nicht ordnungsgemäßen Verfahren, Prozessen etc. (aufgrund der Nichteinhaltung von Gesetzen, Vorschriften, Verhaltensregeln und Normen) im Innenverhältnis der Bank resultieren.
- Das Outsourcing-Risiko beschreibt Gefahren, die aus der Auslagerung von Aktivitäten und Prozessen resultieren.



- Das Fehlverhaltensrisiko bezeichnet die Risiken eines Instituts, die durch den Verkauf ungeeigneter Produkte, Interessenskonflikte bei der Erfüllung von Geschäftsbeziehungen, Manipulationen von Referenzzinssätzen oder Fremdwährungskursen, erschwerte Finanzproduktwechsel und unfairer Behandlung von Kundenbeschwerden entstehen können.
- Das Veritätsrisiko beschreibt die hinsichtlich des Bestands und der Realisierbarkeit einer angekauften Forderung bestehende Gefahr, dass der Schuldner der angekauften Forderung nicht verpflichtet ist, in vollem Umfang zu leisten.
- Das Fraud-Risiko beschreibt die Gefahr, die aus sonstigen strafbaren Handlungen gegenüber der Bank resultiert, welche einen vermeidbaren Vermögens- oder Reputationsschaden herbeiführen.

In den Risikomanagementprozess operationeller Risiken der Bank sind der Vorstand, das Risikocontrolling sowie alle weiteren Bereiche eingebunden. Der Vorstand legt den grundsätzlichen Umgang mit operationellen Risiken unter Berücksichtigung der Risikolage auf Gesamtbankebene fest. Das Risikocontrolling ist für die zentrale Überwachung und unabhängige Berichterstattung der operationellen Risiken zuständig. Die Verantwortung für die Steuerung der operationellen Risiken liegt innerhalb der vorgegebenen Rahmenbedingungen dezentral bei den einzelnen Bereichen.

Vor dem Hintergrund der Verantwortung für eine angemessene technisch-organisatorische Ausstattung und für ein angemessenes Notfallkonzept auf Gruppenebene gemäß §§ 25a und 25c KWG sind die Rahmenvorgaben der NORD/LB-Gruppe in einem bankeigenen Sicherheitsstandard umgesetzt. Dieser setzt sich aus einer Sicherheitsstrategie, einem Bedrohungskatalog sowie Sicherheitsrichtlinien zusammen und enthält Sicherheitsvorgaben für die Themen IT- und Informationssicherheit (inkl. Datenschutz), Infrastruktur, Personal, externe Dienstleister, Sonderbetriebsmittel sowie für die Querschnittsprozesse Business Continuity Management und Notfall- / Krisenmanagement.

Das BCM sowie das Notfall- und Krisenmanagement der Bank dienen der Vorsorge und Bewältigung von Notfällen und Krisen. Wesentliches Element hierbei ist die Vermeidung von Ausfällen kritischer Geschäftsprozesse und / oder das Einschränken möglicher Auswirkungen. Ebenso gehört hierzu die Vorbereitung auf Ereignisse, deren Risiken nicht oder nicht weit genug durch vorbeugende Maßnahmen reduziert werden können.

Im Rahmen eines integrierten Personalrisikomanagements werden durch das Personalmanagement die verschiedenen personalwirtschaftlichen Risiken wie Engpassrisiken, Austrittsrisiken, Anpassungsrisiken, Motivationsrisiken sowie eine auf Dauer unangemessene Personalausstattung nach Quantität und Qualität, analysiert, bewertet und gesteuert. Die anforderungsgerechte und zielgerichtete Personalentwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist primäre Aufgabe der jeweiligen Führungskräfte mit enger Unterstützung durch das Personalmanagement. Das Personalmanagement berät und unterstützt die Fachbereiche bei der Durchführung von Personalmaßnahmen. Die Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung werden im Bremer Landesbank Konzern umgesetzt.



Im IT-Bereich sorgen Verfahrensanweisungen, Ersatzkapazitäten und Sicherungen für eine angemessene Stabilität der IT-Infrastruktur. Sicherheitskonzepte und Wiederanlaufpläne ergänzen die vorbeugenden Maßnahmen, um Schäden durch den Ausfall oder die Manipulation von Anwendungen und Informationen zu verhindern.

Die Bank verfügt in wesentlichen Risikofeldern über angemessenen Versicherungsschutz. Die Ausgestaltung der Versicherungsdeckungen wird regelmäßig überprüft. Zu einzelnen Risiken hat die Bank unter Abwägung des Risikopotenzials zum Prämienaufwand vom Abschluss entsprechender Versicherungslösungen abgesehen.

Nach §§ 25a und 25c KWG ist die Bank verpflichtet, durch die Schaffung angemessener geschäfts- und kundenbezogener Sicherungssysteme sonstige strafbare Handlungen zulasten der Bank und ihrer Tochterunternehmen bereits im Vorfeld zu verhindern. Darüber hinaus verurteilt der Vorstand jeden Versuch betrügerischen bzw. unredlichen Handelns und / oder sonstiger krimineller Handlungen als schweres und nicht tolerierbares Vergehen („Null-Toleranz-Prinzip“). Die Bank lässt nichts unversucht, um sonstige strafbare Handlungen zu verhindern oder zumindest so frühzeitig wie möglich aufzudecken sowie die entsprechenden Risiken auf das geringstmögliche Potenzial zu beschränken und Kontrollen durchzuführen. Dabei wird etwaigen kriminellen Handlungen in enger Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden begegnet. Neben den bereits eingeführten Grundsätzen und Sicherungssystemen hat die Bank zu diesem Zweck eine detaillierte Gefährdungsanalyse durchgeführt und eine umfangreiche Fraud-Prevention-Organisation erarbeitet und eingeführt. Ein Baustein dieser Fraud-Prevention-Organisation ist die Schaffung eines Fraud-Managements, das in Personalunion vom Geldwäschebeauftragten der Bank ausgefüllt wird. Die Funktion Geldwäscheprävention / Fraud-Management ist als zentrale Stelle im Bereich Compliance angesiedelt und direkt dem Risikovorstand unterstellt.

Zur Absicherung gegen rechtliche Risiken ist unter anderem bei Einleitung von rechtlichen Maßnahmen und beim Abschluss von Verträgen, die nicht auf freigegebenen Mustern basieren, die Rechtsabteilung einzuschalten.

Die Qualität externer Lieferanten und Dienstleister wird durch die Vereinbarung von Service-Level-Agreements oder detaillierte Leistungsverzeichnisse sowie durch die laufende Kontrolle der Leistung sichergestellt. Zur Umsetzung der MaRisk zum Outsourcing wurde ein Prozess zur Beurteilung von Dienstleistern hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit unter Risikogesichtspunkten installiert. Für jede wesentliche Auslagerung wird eine verantwortliche Stelle benannt, der das Leistungs- und Risikomanagement der Geschäftsbeziehung obliegt. Zudem wird für jede wesentliche Auslagerung individuell die Notfallplanung abgestimmt.

## **Operationelles Risiko – Steuerung und Überwachung**

Die Bank sammelt Schadensfälle aus operationellen Risiken und kategorisiert diese nach Ursachen und Auswirkungen. Die gesammelten Schadensfälle werden in das vom Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) initiierte Datenkonsortium (DakOR) eingebracht.

Mithilfe der in der Bank jährlich durchgeführten Methode Self Assessment wird die vergangenheitsbezogene Schadensfallsammlung um die Zukunftskomponente ergänzt. Durch Expertenschätzungen werden detaillierte Einblicke in die Risikosituation der einzelnen Fachbereiche gewonnen und gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen abgeleitet. Das Self Assessment erfolgt in einem ersten Schritt mittels eines Fragenkatalogs, der qualitative Fragen enthält. In einem zweiten Schritt erfolgt für Bereiche mit wesentlichen operationellen Risiken die Durchführung einer Szenariomethode, mit deren Hilfe eine Quantifizierung der operationellen Risiken erfolgt.

Eine Methodik zur Erhebung von Risikoindikatoren ist vorhanden. Die Auswahl der Indikatoren erfolgt risikoorientiert und wird regelmäßig auf ihre Aktualität geprüft. Mithilfe der Risikoindikatoren sollen potenzielle Risiken frühzeitig erkannt und mögliche Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.

Die Ergebnisse aus der Schadensfalldatenbank, der Erhebung der Risikoindikatoren und des Self Assessments werden analysiert und gegebenenfalls notwendige Maßnahmen von den Bereichen initiiert.

Mit den eingeführten Methoden und Verfahren zur Steuerung von operationellen Risiken hat die Bank die aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllt. An der Weiterentwicklung der Methoden wird in Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe gearbeitet.

Die Bremer Landesbank hat im Jahr 2014 den Weg zum integrierten OpRisk-Management weiter fortgesetzt. Ziel war vor allem, die vorhandenen Berichtswege und -formate zu überarbeiten und stärker miteinander zu verknüpfen.

Im Jahr 2015 wird der begonnene Weg zum integrierten OpRisk-Management fortgeführt. Ziel ist vor allem, die auf der zweiten Verteidigungslinie eingesetzten Methoden und Daten weiter zu harmonisieren und Effizienzen zu heben sowie das Risikomanagement weiter zu verbessern.

## **Operationelles Risiko – Bewertung**

Die Konzeption und Definition der eingesetzten Controlling-Methoden, Verfahren und Begrifflichkeiten sowie deren laufende Weiterentwicklung obliegen dem Risikocontrolling. Weiterentwicklungen erfolgen grundsätzlich in enger Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe.

Bei der Ermittlung der Risiken im Rahmen des RTF-Modells werden innerhalb der NORD/LB-Gruppe eine einheitliche VaR-Methode und ein gruppenweites Allokationsmodell verwendet.

Im Jahr 2014 wurde die grundsätzliche Nutzung einer Risikomatrix als einheitliches Bewertungs- und Steuerungsinstrument für alle Arten operationeller Risiken eingeführt. Durch Festlegung von Risikotoleranzen und Informationsschwellen dient sie zugleich als zentrales Steuerungs- und Berichtsinstrument. Die bisher getrennte Berichterstattung an Vorstand bzw. Aufsichtsrat zu einzelnen Risikothemen der zweiten Verteidigungslinie (Risikocontrolling, IKS, Sicherheit, Compliance) erfolgt seit 2014 in einem gemeinsamen Governance-, OpRisk- und Compliancebericht.

Im Rahmen der Weiterentwicklung des Risikomonitorings wurden im Jahr 2014 einzelne Risikoindikatoren überarbeitet bzw. ergänzt.

Hinsichtlich der Eigenkapitalunterlegung für das operationelle Risiko wird der Standardansatz verwendet.

### **Operationelles Risiko – Berichterstattung**

Im Rahmen der Risikoberichterstattung erfolgt die Darstellung der Schäden, der Risikoindikatoren und der Ergebnisse aus dem Self Assessment.

Der Governance-, OpRisk- und Compliancebericht berichtet über bedeutende operationelle Risiken und Handlungsbedarfe der Bank und erfüllt zugleich aufsichtsrechtliche Anforderungen.

## 5.2 Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Die Bremer Landesbank ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und wird behandelt wie eine kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaft im Sinne des § 264d HGB. Demgemäß sind nach § 289 Abs. 5 HGB die wesentlichen Merkmale des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess zu beschreiben.

Das IKS und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist gesetzlich nicht definiert. Die Bank versteht das IKS und Risikomanagementsystem als umfassendes System und lehnt sich dabei an die Definitionen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf, zum rechnungslegungsbezogenen IKS (IDW PS 261 Tz. 19 f.) und zum Risikomanagementsystem (IDW PS 340 Tz. 4) an. Unter einem IKS werden danach die vom Management im Unternehmen eingeführten Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen verstanden, die auf die organisatorische Umsetzung der Entscheidungen des Managements gerichtet sind

- zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit (hierzu gehört auch der Schutz des Vermögens, einschließlich der Verhinderung und Aufdeckung von Vermögensschädigungen),
- zur Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung sowie
- zur Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Die Bremer Landesbank erachtet Informationen als wesentlich im Sinne des § 289 Abs. 5 HGB, wenn ihr Weglassen die auf der Basis des Jahresabschlusses sowie der weiteren Bestandteile der Rechnungslegung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten maßgeblich beeinflussen könnte. Die Wesentlichkeit ist nicht allgemeingültig bestimmbar, sondern wird sachverhaltsabhängig festgelegt. Die Beurteilung der Wesentlichkeit ist abhängig von Art und Umfang des jeweils abgebildeten Sachverhalts. Zur Beurteilung der Frage, ob ein Sachverhalt wesentlich ist, geht die Bremer Landesbank von dessen Bedeutung in Bezug auf den Jahresabschluss aus.

### **Aufgaben des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems**

Die Bremer Landesbank hat einen hohen Qualitätsanspruch an die korrekte Abbildung der Geschäftsvorfälle in der Rechnungslegung. Die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung ist Bestandteil des Internen Kontrollsystems.

Im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess sind bei der Bremer Landesbank folgende Strukturen und Prozesse implementiert:

### **Organisation des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems**

Der Vorstand ist für die Aufstellung des Jahresabschlusses sowie die Lageberichterstattung verantwortlich. Er hat die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bestandteile und Prozessschritte im Zusammenhang mit der Rechnungslegung in Form von Organisationsrichtlinien klar definiert und einzelnen Organisationseinheiten zugeordnet.

Die Bremer Landesbank stellt ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB auf. Die für Kreditinstitute spezifischen Vorschriften des § 340 HGB und diejenigen der Rechnungslegungsverordnung für Kreditinstitute (RechKredV) und die Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) sowie ergänzende Vorschriften der Satzung werden zusätzlich beachtet.

Die Erstellung des Jahresabschlusses und die Rechnungslegung werden überwiegend durch den Bereich Finanzen gesteuert und durchgeführt. Dieser nimmt dabei die folgenden wesentlichen Aufgaben wahr:

- Überwachung gesetzlicher Neuerungen
- Erstellung und Pflege der Abschlussanweisungen
- Zusammenstellung des Jahresabschlusses nebst Lagebericht
- Bereitstellung bestimmter Anhangangaben

Im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses sind weitere Bereiche unter anderem mit den folgenden Tätigkeiten betraut:

- Ordnungsgemäße Erfassung und Verarbeitung der rechnungslegungsbezogenen Daten/ Geschäftsvorfälle in den IT-Anwendungen.
- Berechnung der Personal- und Pensionsrückstellungen sowie Bereitstellung der damit in Zusammenhang stehenden Anhangangaben.
- Erstellung von Beschlüssen zu Einzelwertberichtigungen von in- und ausländischen Krediten.
- Bereitstellung relevanter Angaben zum Anhang und Lagebericht.

Bereitstellung der offenzulegenden Informationen hinsichtlich der Marktpreis-, Kredit-, Liquiditäts- und operationellen Risiken.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand zu überwachen. Im Rahmen der Rechnungslegung fällt ihm die Feststellung des Jahresabschlusses der Bremer Landesbank zu. Der vom Aufsichtsrat gebildete Prüfungsausschuss hat folgende Aufgaben:

- Beratung und Überwachung hinsichtlich Rechnungslegung, Internes Kontrollsystem, Risikomanagement und -controlling, Interner Revision (inklusive Auskunftsrecht)
- Befassung mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers.

Darüber hinaus hat die Interne Revision der Bremer Landesbank eine prozessunabhängige Überwachungsfunktion. Sie führt im Auftrag des Vorstandes Prüfungen in sämtlichen Unternehmensbereichen durch und ist ihm direkt unterstellt und berichtspflichtig. Neben der Ordnungsmäßigkeit und Funktionssicherheit der Prozesse und Systeme beurteilt sie insbesondere die Wirksamkeit und Angemessenheit des Internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagements im Allgemeinen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind, bevor der Jahresabschluss festgestellt wird, durch den vom Aufsichtsrat beauftragten Abschlussprüfer zu prüfen.

Die Grundsätze, die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Prozesse des IKS und Risikomanagementsystems (inklusive des rechnungslegungsbezogenen) sind in einer Arbeitsanweisung niedergelegt, die in regelmäßigen Abständen an aktuelle externe und interne Entwicklungen angepasst wird.

Im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess erachtet die Bremer Landesbank solche Merkmale des IKS und Risikomanagementsystems als wesentlich, die die Bilanzierung und die Gesamtaussage des Jahresabschlusses einschließlich des Lageberichtes maßgeblich beeinflussen können. Dies sind insbesondere die folgenden Elemente:

- Identifikation der wesentlichen Risikofelder und Kontrollbereiche mit Relevanz für den Rechnungslegungsprozess
- Bereichsübergreifende Kontrollen zur Überwachung des Rechnungslegungsprozesses
- Präventive Kontrollmaßnahmen im Finanz- und Rechnungswesen der Bank, in den strategischen Geschäftsfeldern sowie in operativen, leistungswirtschaftlichen Unternehmensprozessen, die wesentliche Informationen für die Aufstellung des Jahresabschlusses einschließlich des Lageberichtes generieren, inklusive einer Funktionstrennung und vordefinierter Genehmigungsprozesse in relevanten Bereichen
- Maßnahmen, die die ordnungsmäßige EDV-gestützte Verarbeitung von rechnungslegungsbezogenen Sachverhalten und Daten sicherstellen
- Maßnahmen zur Überwachung des rechnungslegungsbezogenen IKS und Risikomanagementsystems.

### **Komponenten des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems**

Eine Komponente des rechnungslegungsbezogenen IKS und Risikomanagementsystems stellt das Kontrollumfeld der Bremer Landesbank dar, innerhalb dessen die bestehenden Regelungen in der Bremer Landesbank eingeführt und angewendet werden. Es ist geprägt durch die Grundeinstellungen, das Problembewusstsein und das Verhalten des Managements in Bezug auf das IKS. Das Kontrollumfeld beeinflusst wesentlich das Kontrollbewusstsein der Mitarbeiter. Ein günstiges Kontrollumfeld ist Voraussetzung für die Wirksamkeit des IKS.

Die ordnungsgemäße fachliche Berücksichtigung der Geschäftsvorfälle wird durch Bilanzierungsrichtlinien und andere Regelungen sichergestellt, die einer fortlaufenden Überprüfung unterzogen und bei Bedarf angepasst werden. Für die Buchungen verwendet die Bremer Landesbank das System SAP. Darüber hinaus wird auf individuelle Datenverarbeitungstools zurückgegriffen, deren Ausgestaltung im Rahmen des IDV-Monitorings überwacht wird.

Dem Risiko einer nicht regelungskonformen Abschlusserstellung wird durch entsprechende Vorgaben in den Richtlinien entgegengesteuert. Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewendeten Verfahren sowie die zugrunde liegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und soweit erforderlich angepasst.

Maßgeblicher Grundsatz für die Ausgestaltung der Prozesse ist die klare Trennung von unvereinbaren Tätigkeiten. In diesem Zusammenhang kommt dem Vier-Augen-Prinzip eine hohe Bedeutung zu. Bei der Verarbeitung der Geschäftsvorfälle erfolgt die Buchung grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip. Hierbei kommt entweder ein technisches und/oder ein organisatorisches Vier-Augen-Prinzip zum Einsatz.

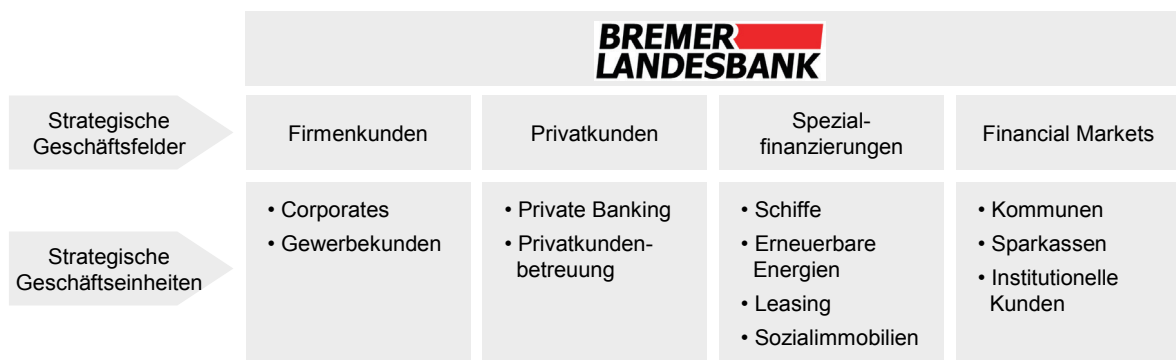
Der Rechnungslegungsprozess für den Jahresabschluss umfasst die fachliche Begleitung der auftretenden Geschäftsvorfälle, die Datenerfassung und -verarbeitung, die Berichterstellung sowie die Veröffentlichung der Bestandteile der Rechnungslegung.

Der gesamte Rechnungslegungsprozess wird durch IT-Anwendungen unterstützt. Bei den Anwendungen handelt es sich um Standardprogramme und Individualsoftware. Ausgehend von der IT-Strategie und der Risikostrategie der Bremer Landesbank, bestehen Regelungen und Verfahren bezüglich der Programmentwicklung und -änderung, der Datensicherung sowie der Zugriffsberechtigung, die die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sicherstellen.

Als prozessintegrierte Kontrollen werden programmintegrierte Plausibilisierungen sowie automatisierte und manuelle Abstimmungen vorgenommen. So führt die Bank regelmäßig Haupt- und Nebenbuchabstimmungen durch. Die Buchung erfolgt im Vier-Augen-Prinzip.

### 5.3 Risiken aus den strategischen Geschäftsfeldern

Die Bremer Landesbank hat ihre strategischen Ziele in einem kundenorientierten Geschäftsmodell mit folgenden vier strategischen Geschäftsfeldern sowie den ihnen zugeordneten elf strategischen Geschäftseinheiten verankert:



Die Risikoschwerpunkte liegen in der strategischen Geschäftseinheit Schiffe. Die Steuerung der Risiken erfolgt nach Risikoarten und im Wesentlichen in den zentralen Organisationseinheiten.

Der interne Risikotransfer von Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken aus den strategischen Geschäftseinheiten hin zu den zentralen Organisationseinheiten erfolgt wie in der Banksteuerung üblich über das Rating der Kunden, den hierauf aufbauenden risikoadjustierten Einstandspreisen sowie der Berücksichtigung von Liquiditätsaufschlägen. Ausdruck findet dies in den strategischen Geschäftseinheiten durch die konsequente Anwendung der Finanzierungsgrundsätze und unter Beachtung der Regularien zur Risikosteuerung. Die Steuerung der operationellen Risiken, der Geschäfts- und strategischen Risiken findet weitgehend dezentral in den strategischen Geschäftseinheiten statt.

Im folgenden Abschnitt werden die aus den strategischen Geschäftseinheiten resultierenden relevanten Risiken und die Maßnahmen zur Steuerung bzw. zur Unterstützung der zentralen Steuerung dieser Risiken genannt.

### **5.3.1 Privatkunden**

#### **Private Banking**

Im Private Banking besteht das klassische Kreditrisiko. Mit erwarteten Gesetzes- und Rechtsänderungen gehen Dokumentationsverpflichtungen einher. Operationelle Risiken können aus der Nicht- oder fehlerhaften Umsetzung dieser Dokumentationsverpflichtungen entstehen. Ein weiteres operationelles Risiko entsteht durch die starke Nachfrage nach qualifizierten Mitarbeitern und vorhandenen Talenten auf dem Arbeitsmarkt. Darüber hinaus wird ein Risiko in ineffizienten Prozessen und internen Abläufen gesehen. Daneben bestehen Geschäfts- und strategische Risiken vor allem durch den starken Wettbewerb im Einlagen- und Kreditgeschäft, der vornehmlich über die Konditionen ausgetragen wird.

#### **Privatkunden**

In der SGE Privatkunden existiert das klassische Kreditrisiko. Mit erwarteten Gesetzes- und Rechtsänderungen gehen interne Prozessanpassungsnotwendigkeiten einher. Operationelle Risiken können aus der Nicht- oder fehlerhaften Umsetzung dieser Prozessanpassungen entstehen. Daneben bestehen Geschäfts- und strategische Risiken vor allem durch den starken Wettbewerb im Einlagen- und Kreditgeschäft, der vornehmlich über die Konditionen ausgetragen wird, sowie insbesondere am Standort Oldenburg vorhandene Verbundrestriktionen.

### **5.3.2 Firmenkunden**

#### **Corporates**

In der SGE Corporates besteht das klassische Kreditrisiko. Mit erwarteten Gesetzes- und Rechtsänderungen gehen Dokumentationsverpflichtungen einher. Operationelle Risiken können in der Nicht- oder fehlerhaften Umsetzung dieser Dokumentationsverpflichtungen entstehen. Daneben bestehen Geschäfts- und strategische Risiken insbesondere aus der Abhängigkeit der konjunkturellen Entwicklung und Verbundrestriktionen.

#### **Gewerbekunden**

In der SGE Gewerbekunden besteht das klassische Kreditrisiko. Mit erwarteten zunehmenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen gehen interne Prozessanpassungsnotwendigkeiten einher. Operationelle Risiken können in der Nicht- oder fehlerhaften Umsetzung dieser Prozessanpassungen entstehen. Daneben bestehen Geschäfts- und strategische Risiken insbesondere aus der Abhängigkeit von der konjunkturellen Entwicklung und Verbundrestriktionen.



### **5.3.3 Financial Markets**

#### **Sparkassen**

In der SGE Sparkassen besteht das klassische Kreditrisiko. Als Geschäfts- und strategisches Risiko ist ein begrenzter Markt zu sehen, in dem durch bereits vorhandene hohe Marktanteile wenig Vertriebssteigerung und Neukundengewinnung möglich ist. Verstärkt kooperieren Sparkassen untereinander im Konsortialgeschäft. Darüber hinaus ist ein zunehmender Wettbewerb zwischen den Landesbanken zu erkennen.

#### **Kommunale Kunden**

In der SGE Kommunale Kunden besteht das klassische Kreditrisiko. Da das Kundenportfolio Forderungen an nicht insolvenzfähige Gebiets- und Verbandskörperschaften bzw. in vollem Umfang durch staatliche Bürgschaften gedeckte Forderungen an Unternehmen beinhaltet, besteht bei den gegebenen gesetzlichen Rahmenbedingungen keine Anrechnung gemäß CRR. Mit erwarteten Gesetzes- und Rechtsänderungen gehen Dokumentationsverpflichtungen einher. Operationelle Risiken können bei der Nicht- oder fehlerhaften Umsetzung dieser Dokumentationsverpflichtungen entstehen. Daneben bestehen Geschäftsrisiken insbesondere durch die Ausschreibungspflicht der Kommunen, nicht wettbewerbsfähige Einstandssätze bei der Neugeschäftsakquisition oder eine Marktverengung durch die Einführung von Schuldenbremsen auf Länderebene.

#### **Institutionelle Kunden**

In der SGE Institutionelle Kunden bestehen Geschäfts- und strategische Risiken im Refinanzierungsgeschäft der Bank durch eventuell rückläufige Absatzzahlen eigener Emissionen aufgrund Ratingverschlechterung der Bank, rückläufiger Kundenbeziehungen oder fehlenden Ratings der Pfandbriefe der Bremer Landesbank. Mit erwarteten Änderungen aufsichtsrechtlicher Anforderungen können operationelle Risiken durch die Nicht- oder fehlerhafte Umsetzung dieser Neuerungen entstehen. Das Outsourcing von wichtigen Dienstleistungen birgt weitere operationelle Risiken, da zusätzliche gesetzliche Anforderungen eingehalten werden müssen. Daneben besteht – in nur geringem Umfang – das klassische Kreditrisiko.

### **5.3.4 Spezialfinanzierungen**

#### **Schiffe**

In der SGE Schiffe besteht das klassische Kreditrisiko. Durch die in der Vergangenheit besondere strategische Ausrichtung der Bremer Landesbank auf Schiffe und die damit verbundene Hebung der hohen Ertragschancen bestehen in diesem Segment Konzentrationsrisiken. Es werden zunehmende aufsichtsrechtliche Anforderungen mit Nachwirkungen bei einer Erholung der zyklischen Schifffahrtsmärkte erwartet. Operationelle Risiken können aus der Nicht- oder fehlerhaften Umsetzung dieser Anforderungen entstehen. Auf Ebene der Humanressourcen sind krisenbedingt besondere Belastungen zu bewältigen. Daneben bestehen hohe Geschäfts- und strategische Risiken aufgrund des weiterhin angespannten Schifffahrtmarktes und der Entwicklung

der Charterraten und Schiffswerte sowie durch den Wegfall von bzw. die komplexen Verhandlungen mit Syndizierungspartnern. Die Finanzierungen werden primär in USD ausgereicht.

### **Erneuerbare Energien**

In der SGE Erneuerbare Energien besteht das klassische Kreditrisiko. Durch die besondere strategische Ausrichtung der Bremer Landesbank auf Erneuerbare Energien und den Fokus auf Windkraft Onshore in Deutschland können in dieser Geschäftseinheit Konzentrationsrisiken entstehen. Mit einer erwarteten Verschärfung des regulatorischen Rahmens sowie möglichen Änderungen der Förderbedingungen können operationelle Risiken durch die Nicht- oder fehlerhafte Umsetzung dieser Neuerungen entstehen. Stark ausgelastete personelle Ressourcen lassen operationelle Risiken erkennen. Auch der Aufbau des benötigten Spezial-Know-hows und ein diesbezüglicher Wissenstransfer sind intern und extern nur langsam generierbar. Als Geschäfts- und strategisches Risiko besteht ein hoher Wettbewerb in der Branche Erneuerbare Energien, Änderungen des EEG führen zu einer zunehmenden Fokussierung der Wettbewerber auf Windkraft.

### **Leasing**

In der SGE Leasing besteht das klassische Kreditrisiko. Durch die besondere strategische Ausrichtung der Bremer Landesbank auf Leasing ist in diesem Segment ein bedeutendes Portfolio entstanden, das durch seine breite Branchensteuerung und hohe Granularität auf Leasingnehmer-Ebene nur geringe Konzentrationsrisiken aufweist. Mit erwarteten Gesetzes- und Rechtsänderung und die Änderung regulatorischer Rahmenbedingungen für die Bremer Landesbank und deren Kunden, die als Leasing- oder Factoringgesellschaften als Finanzdienstleistungsinstitute klassifiziert werden, können operationelle Risiken bei der Nicht- oder fehlerhaften Umsetzung dieser Neuerungen entstehen. Daneben bestehen Geschäfts- und strategische Risiken insbesondere aus der konjunkturellen Entwicklung.

### **Sozialimmobilien**

In der SGE Sozialimmobilien besteht das klassische Kreditrisiko. Mit erwarteten Gesetzes- und Rechtsänderung und der Änderung regulatorischer Rahmenbedingungen gehen interne Prozessanpassungsnotwendigkeiten einher. Operationelle Risiken können in der Nicht- oder fehlerhaften Umsetzung dieser Prozessanpassungen entstehen. Daneben bestehen Geschäfts- und strategische Risiken unter anderem in Form von regulativen Eingriffen in den Pflegemarkt, durch einen zunehmenden Verdrängungswettbewerb bei (potenziellen) Kunden sowie durch Wettbewerb mit regionalen Instituten vor Ort und dem damit verbundenen Margendruck.

## 5.4 Erweiterter Risikobericht

### 5.4.1 Entwicklung der Risikotragfähigkeit im Jahr 2014

#### Entwicklung im Jahr 2014

#### Risikopotenzialauslastung des vorhandenen Risikokapitals im Going Concern

Mio. €	Risikotragfähigkeit			
	31.12.2014		31.12.2013	
Risikokapital	282	100 %	282	100 %
Kreditrisiken	246	87 %	169	60 %
Beteiligungsrisiken	12	4 %	6	2 %
Marktpreisrisiken	29	10 %	28	10 %
Liquiditätsrisiken	15	5 %	11	4 %
Operationelle Risiken	9	3 %	9	3 %
Sonstige	-92	-33 %	-60	-21 %
<b>Risikopotenzial gesamt</b>	<b>221</b>		<b>163</b>	
<b>Auslastungsgrad</b>		<b>78 %</b>		<b>58 %</b>

Der Auslastungsgrad beläuft sich bei einem Konfidenzniveau von 90 % zum 31. Dezember 2014 auf 78 % und liegt damit deutlich über dem Niveau des Vorjahres. Grund für den Anstieg ist zum einen eine zunehmende Belastung der Risikotragfähigkeit aus der fortdauernden Schifffahrtskrise. Dies spiegelt sich in dem Anstieg der Risikopotenziale aus Kreditrisiken wider. Intensiviert wird dieser Effekt durch die Neuparametrisierung des Kreditportfoliomodells per 31.12.2014. Zum anderen wird in der Going-Concern-Betrachtung weiterhin das gruppenweit abgestimmte RTF-Limit berücksichtigt. Hierbei wird nur ein Teilbetrag des freien Kapitals in Höhe von 282 Mio. € in der Risikotragfähigkeit als Risikokapital für den Going-Concern-Case angesetzt. Ohne diese Begrenzung liegt das Risikokapital im Going-Concern-Case bei 439 Mio. €. Der Auslastungsgrad liegt unter Berücksichtigung des gesamten Risikokapitals bei 50 %.

In der Bremer Landesbank wird zur aktiven Steuerung der Risikotragfähigkeit regelmäßig eine zweijährige Vorschaurechnung auf die weitere Entwicklung durchgeführt. Hierbei werden die Auswirkungen der geplanten Maßnahmen im Rahmen der Mittelfristplanung berücksichtigt sowie die sich aus der Pflege der Ratingsystem ergebenden Änderungen antizipiert. Im Rahmen dieser Steuerung werden Maßnahmen zur Reduzierung von Risikoaktiva (z. B. durch Restrukturierungen auf Einzelfallebene bei Schiffsfinanzierungen) und zur Stärkung des Risikokapitals (z. B. die Bildung von Vorsorgereserve gemäß § 340g HGB) vorgeschlagen und umgesetzt. Unter Berücksichtigung der Wirkung aller vorgesehenen Maßnahmen wird zum Jahresende 2015 auch weiterhin ein grüner Ampelstatus im Going Concern erwartet. Die zunehmenden regulatorischen Anforderungen an die Kapitalausstattung sollen dadurch ebenfalls abgedeckt werden. Im Rahmen des Aufsichtswechsels ist eine erste Kommunikation mit der europäischen Aufsicht erfolgt. Die im Kontext des SREP (Supervisory Review and Evaluation Process) vorgesehenen Mindestkapitalquoten liegen vor und werden aktuell durch die Bank erfüllt.

## 5.4.2 Kreditrisiko

### Kreditrisiko – Entwicklung im Jahr 2014

Das Kreditexposure der Bank beträgt zum 31. Dezember 2014 rund 34.720 Mio. € und ist damit gegenüber dem Vorjahr um rund 5,9 % gesunken.

Der seit Spätsommer 2008 stattfindende drastische Verfall der Charterraten in der Schifffahrt hatte seinen ersten Tiefpunkt im ersten Halbjahr 2010 erreicht. Im weiteren Jahresverlauf 2010 waren dann in wichtigen Teilmärkten Erholungen der Frachtraten zu beobachten. Seit Mitte 2011 verschärfte sich die Krise allerdings wiederum. In der Rohöl- und Bulkschifffahrt reichten die (Spot-)Chartern zeitweise lediglich zur Deckung der Betriebskosten aus, während in der Container-, Multipurpose- und Produktentanker-Schifffahrt noch Zinsen und teilweise Tilgungen verdient werden konnten. Mittlerweile hat sich der gesamte Tankermarkt aufgrund des weltweiten Überangebots an Öl erholt, während die Erholung in der Bulkschifffahrt nach einigen guten Quartalen Ende 2014 wieder ins Stocken geraten ist. Containerschiffe bis zur Panamax-Klasse und Multipurpose Schiffe sind meist nicht in der Lage, Tilgungen zu erbringen. Trotzdem sind die Neubau- und die Schrottpreise gestiegen und der Preisrückgang bei den Gebrauchtschiffen wurde angehalten.

Die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat sich insbesondere negativ auf das Schiffsfinanzierungsportfolio ausgewirkt. Das erneute Überangebot an Schifftonnage führte zu sinkenden Charterraten. Rückläufige Wachstumsraten in China und die Rezession in Teilen der Euro-Zone trafen auf einen relativ hohen Tonnagezulauf. Im sechsten Jahr der Krise, in 2014, konnten zahlreiche Reedereien ihre Schiffe nicht mehr stützen. Die Risikovorsorge verlief daher analog zu 2013 auf einem hohen Niveau.

Die gute Markt- und Ertragslage bei den Erneuerbaren Energien kompensiert einen Großteil der Schifffahrtsproblematik. Die Windenergie ist weiterhin das bedeutendste Teilsegment im Bereich der Finanzierung Erneuerbarer Energien, mit einem starken Wachstum in den letzten Jahren. Die Rahmenbedingungen für Windenergiefinanzierungen waren im Berichtszeitraum trotz Novelierungsbestrebungen zum EEG attraktiv und verlässlich. Des Weiteren trug das historisch niedrige Zinsniveau zu einer verbesserten Rentabilität bei. Die Risiken bei Windparkprojektfinanzierungen sind bisher überschaubar. Einzelwertberichtigungen (EWB) und Rückstellungen gab es für Windparkprojektfinanzierungen nicht.

Die Schuldenkrise vieler Euroländer, insbesondere in den sogenannten PIIGS-Staaten, hat sich in 2014 weiter deutlich entspannt. Die Renditen der Anleihen der PIIGS-Staaten sind deutlich gesunken. Der Rückgang der Spreads bei den Staatsanleihen wirkte sich auch auf die Spreads im Bankenportfolio der Bremer Landesbank aus. Die hier maßgebliche Benchmark, der Itraxx Financial 5y Senior fiel bis Ende 2014 auf 66 Basispunkte (Vorjahr: 86 Basispunkte). Durch Kapitalerhöhungen und Risikoabbau haben sich die Banken in Europa stabilisiert. Allerdings leiden viele Banken unter dem niedrigen Zinsniveau und den steigenden notleidenden Krediten aufgrund der insgesamt noch schwierigen Wirtschaftslage im Euro-Raum.

Das Credit Investment Portfolio setzt sich ausschließlich aus Wertpapieren und Kreditderivaten vornehmlich europäischer Banken zusammen. Das Portfolio ist gut diversifiziert. Die Ausfallrisiken werden als eher gering eingeschätzt. Credit Events bei Kreditderivaten resultierten nicht aus Bonitätsgründen, sondern aufgrund von Restrukturierungen bei Nachrangkapital.

Das Credit Investment Portfolio wurde in 2014 durch planmäßige Fälligkeiten und vorzeitige Rückkäufe auf 2,3 Mrd. € zurückgeführt. Darin enthalten sind 1,5 Mrd. € Wertpapiere von Landesbanken mit Gewährträgerhaftung. Damit ist das Credit Investment Portfolio kein Risikoschwerpunkt der Bank mehr.

### Analyse des Gesamtexposures

Die nachfolgende Tabelle vergleicht die Ratingstruktur des Kreditbestandes mit dem Vorjahr. Die Klassifizierung entspricht dabei der Standard-IFD-Ratingskala, auf die sich die in der Initiative Finanzstandort Deutschland (IFD) zusammengeschlossenen Banken, Sparkassen und Verbände geeinigt haben. Diese soll die Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Ratingeinstufungen der einzelnen Kreditinstitute verbessern.

Die Ratingklassen der in der Bank genutzten 27-stufigen DSGVO-Rating-Masterskala können direkt in die IFD-Klassen überführt werden.

### Kreditgeschäft nach Ratingstruktur

Ratingstruktur <sup>1) 2)</sup>	Darlehen <sup>3)</sup>	Wertpapiere <sup>4)</sup>	Derivate <sup>5)</sup>	Sonstige <sup>6)</sup>	Gesamt	
Mio. €	31.12.2014				31.12.2014	31.12.2013
sehr gut bis gut	11.725	4.002	894	6.069	<b>22.690</b>	<b>23.976</b>
gut/zufriedenstellend	1.862	0	87	498	<b>2.448</b>	<b>3.279</b>
noch gut/befriedigend	2.080	26	117	312	<b>2.536</b>	<b>3.500</b>
erhöhtes Risiko	949	100	81	194	<b>1.324</b>	<b>1.517</b>
hohes Risiko	708	-	10	108	<b>826</b>	<b>620</b>
sehr hohes Risiko	2.001	-	7	34	<b>2.043</b>	<b>1.451</b>
Default (=NPL)	2.837	-	5	12	<b>2.853</b>	<b>2.556</b>
<b>Gesamt</b>	<b>22.162</b>	<b>4.128</b>	<b>1.202</b>	<b>7.228</b>	<b>34.720</b>	<b>36.899</b>

<sup>1)</sup> Zuordnung gemäß IFD-Ratingklassen.

<sup>2)</sup> Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

<sup>3)</sup> Beinhaltet in Anspruch genommene bzw. zugesagte Kredite, Bürgschaften, Garantien und andere nicht-derivative außerbilanzielle Aktiva, wobei analog zur internen Berichterstattung die unwiderruflichen und die widerruflichen Kreditzusagen anteilig einbezogen sind.

<sup>4)</sup> Beinhaltet den Wertpapier-Eigenbestand fremder Emittenten (nur Anlagebuch).

<sup>5)</sup> Beinhaltet derivative Finanzinstrumente wie Finanzswaps, Optionen, Futures, Forward Rate Agreements und Devisengeschäfte.

<sup>6)</sup> Beinhaltet sonstige Produkte wie Durchleitungs- und Verwaltungskredite.

Der hohe Anteil in den Klassen „sehr gut“ und „gut“ resultiert aus der großen Bedeutung des Interbankengeschäftes bzw. des Geschäftes mit öffentlichen Haushalten. Insgesamt hat sich 2014 die Risikostruktur des Kreditportfolios weiter verschlechtert. Dies zeigt sich in steigenden Ausfallwahrscheinlichkeiten und einem deutlichen Anstieg der Non-Performing Loans.

## Kreditgeschäft nach Regionen

Aufgeteilt nach Regionen stellt sich das Kreditexposure wie folgt dar:

Regionen <sup>1)</sup>	Darlehen	Wertpapiere	Derivate	Sonstige	Gesamt	
Mio. €	31.12.2014				31.12.2014	31.12.2013
Euro-Länder	21.067	4.029	890	7.224	33.210	34.777
- davon Deutschland	19.555	3.657	567	6.954	30.733	31.145
Übriges Europa	253	84	244	4	584	1.114
Nordamerika	63	15	68	-	146	210
Lateinamerika	35	-	-	-	35	43
Naher Osten / Afrika	128	-	0	-	128	123
Asien / Australien	615	-	0	-	615	631
Übrige	-	-	-	-	-	-
<b>Gesamt</b>	<b>22.162</b>	<b>4.128</b>	<b>1.202</b>	<b>7.228</b>	<b>34.720</b>	<b>36.899</b>

<sup>1)</sup> Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Die Tabellen belegen, dass das Länderrisiko für die Bank von nachgeordneter Bedeutung ist. Der Euro-Raum ist nach wie vor das mit Abstand wichtigste Geschäftsgebiet der Bank.

Die Abweichungen zwischen der Gesamtsumme gemäß vorstehender Tabelle nach Regionen und derjenigen für die in der Bilanz enthaltenen Finanzinstrumente resultieren aus unterschiedlichen Bewertungen und anderen Add-ons.

Das Exposure in den PIIGS-Staaten (im Wesentlichen Wertpapiere und Kreditderivate) ist im Vergleich zum 31. Dezember 2013 zurückgegangen. Die Credit Spreads haben sich 2014 deutlich eingengt. Die Gefahr eines Auseinanderbrechens der Eurozone konnte mit Blick auf den hohen politischen Willen, die Eurozone als Ganzes zu erhalten, die eingeleiteten internationalen Maßnahmen und auf die in den jeweiligen Ländern eingeleiteten Maßnahmen (weitere Spar- und Reformprogramme) deutlich reduziert werden. Der Portfolioabbau wird sich durch planmäßige Tilgungen in 2015 fortsetzen.

Der Anteil von Finanzierungsinstitutionen / Versicherern am Gesamtexposure ist mit 25 % (Vorjahr: 30 %) zwar relativ hoch, aber er beinhaltet Institutionen mit sehr guten bis guten Ratingnoten. Die bedeutendsten Kreditrisiken resultieren weiterhin aus dem Spezialfinanzierungs- und Firmenkundengeschäft.

## Kreditgeschäft nach Branchengruppen

Branchen <sup>1)</sup>	Darlehen	Wertpapiere	Derivate	Sonstige	Gesamt	
					Mio. €	
		31.12.2014			31.12.2014	31.12.2013
Finanzierungsinstitutionen/Versicherer	3.125	1.805	897	2.699	<b>8.526</b>	<b>11.066</b>
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige	7.441	2.313	82	651	<b>10.487</b>	<b>10.294</b>
- davon Grundstücks-, Wohnungswesen	1.401	-	39	158	<b>1.598</b>	<b>1.506</b>
- davon öffentliche Verwaltung	3.863	2.313	18	145	<b>6.339</b>	<b>5.870</b>
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	7.082	9	44	169	<b>7.305</b>	<b>7.175</b>
- davon Schifffahrt	6.605	0	36	68	<b>6.709</b>	<b>6.531</b>
Verarbeitendes Gewerbe	682	-	39	92	<b>812</b>	<b>811</b>
Energie-, Wasserversorgung, Bergbau	2.195	-	67	3.194	<b>5.456</b>	<b>5.352</b>
Handel, Instandhaltung, Reparatur	1.223	-	72	180	<b>1.475</b>	<b>1.502</b>
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	121	-	0	186	<b>307</b>	<b>323</b>
Baugewerbe	294	-	1	58	<b>352</b>	<b>376</b>
Übrige	-	-	-	-	-	-
<b>Gesamt</b>	<b>22.162</b>	<b>4.128</b>	<b>1.202</b>	<b>7.228</b>	<b>34.720</b>	<b>36.899</b>

<sup>1)</sup> Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

## Non-Performing Loans

In der Bank werden für akute Ausfallrisiken bei Vorliegen objektiver Hinweise EWB gebildet. Der Risikovorsorgebedarf basiert auf einer barwertigen Betrachtung der noch zu erwartenden Zins- und Tilgungszahlungen sowie der Erlöse aus der Verwertung von Sicherheiten.

Der Bestand an überfälligen oder wertgeminderten Forderungen in der Bremer Landesbank ist überwiegend durch bankübliche Sicherheiten und sonstige Kreditverbesserungen besichert, deren Bewertung anhand von Beleihungsgrundsätzen erfolgt. Der Bruttobuchwert der Non-Performing Loans mit Wertberichtigungsbedarf ist vor Anrechnung von Sicherheiten zu 32,5 % (Vorjahr<sup>6</sup>: 28,4 %) durch Risikovorsorge abgedeckt.

Der Bestand an EWB und Rückstellungen für das Kreditgeschäft ist im Jahr 2014 bedingt durch die andauernde Schifffahrtskrise nochmals deutlich gestiegen. Die EWB-Quote, als das Verhältnis von EWB-Bestand zur Summe der Exposures, beträgt 1,89 % (Vorjahr<sup>3</sup>: 1,41 %).

Die Gesamtbank-Risikovorsorge verlief mit Netto-EWB-Neubildungen von rund 182 Mio. € oberhalb der Erwartungen.

<sup>6</sup> Zahlen wurden im Vergleich zum Vorjahresbericht korrigiert

## Risikovorsorgebedarf nach Branchengruppen

Branchen <sup>1)</sup>	Kreditexposure wertgeminderter Forderungen <sup>2)</sup>		Bestand EWB		Bestand Rückstellungen für das Kreditgeschäft		Veränderungen EWB/ Rückstellungen	
	Mio. €	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014
Finanzierungsinstitutionen/Versicherer	16	19	7	3	-	-	3	-7
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige	52	69	31	28	1	3	2	-7
- davon Grundstücks-, Wohnungswesen	12	23	7	8	-	0	-1	-3
- davon öffentliche Verwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	1.849	1.608	543	415	0	0	128	104
- davon Schifffahrt	1.844	1.602	538	410	-	0	128	104
Verarbeitendes Gewerbe	35	34	30	21	0	1	8	12
Energie-, Wasserversorgung, Bergbau	28	43	20	28	4	5	-10	-5
Handel, Instandhaltung, Reparatur	13	39	7	9	0	3	-4	-5
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	2	3	1	2	0	0	-1	0
Baugewerbe	24	24	18	15	2	8	-4	-7
Übrige	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Gesamt</b>	<b>2.020</b>	<b>1.841</b>	<b>657</b>	<b>522</b>	<b>8</b>	<b>20</b>	<b>122</b>	<b>86</b>

<sup>1)</sup> Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

<sup>2)</sup> Nachrichtliche Angabe: Bruttobuchwert notleidender Forderungen mit WB-Bedarf (Erläuterungen evtl. Differenzen)  
Definition Bruttobuchwert: Einer Wertminderung (EWB/PWB) unterliegender Bruttoforderungsbestand vor Wertminderung  
inklusive fälliger und rückständiger Zinsen und Nebenleistungen (BIS Wert).

## Risikovorsorgebedarf nach Regionen

Regionen <sup>1)</sup>	Kreditexposure wertgeminderter Forderungen		Bestand EWB		Bestand Rückstellungen für das Kreditgeschäft		Veränderungen EWB/ Rückstellungen	
	Mio. €	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014
Euro-Länder	1.887	1.780	625	516	8	20	97	100
Übriges Europa	7	0	1	0	0	0	1	-13
Nordamerika	-	-	-	-	-	-	-	-
Lateinamerika	0	0	1	1	-	-	0	-8
Naher Osten / Afrika	-	-	-	-	-	-	-	-
Asien / Australien	126	60	30	6	0	0	24	6
Übrige	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Gesamt</b>	<b>2.020</b>	<b>1.841</b>	<b>657</b>	<b>522</b>	<b>8</b>	<b>20</b>	<b>122</b>	<b>86</b>

<sup>1)</sup> Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.



## Darstellung des überfälligen Forderungsbestandes nach Branchengruppen

Die folgenden Tabellen geben Auskunft über den in Verzug geratenen, aber noch nicht wertgeminderten Forderungsbestand. Als überfällig werden alle Forderungen ausgewiesen, die ab dem ersten Tag in Überziehung sind.

Branchen <sup>1)</sup>	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen <sup>2)3)</sup>		
	Mio. €	2014	2013
Finanzierungsinstitutionen/Versicherer		47	19
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige		183	52
- davon Grundstücks-, Wohnungswesen		60	20
- davon öffentliche Verwaltung		108	10
Verkehr, Nachrichtenübermittlung		776	675
- davon Schifffahrt		774	673
Verarbeitendes Gewerbe		3	18
Energie-, Wasserversorgung, Bergbau		109	104
Handel, Instandhaltung, Reparatur		1	49
Land-, Forst- und Fischwirtschaft		15	5
Baugewerbe		1	1
Übrige		-	-
<b>Gesamt</b>		<b>1.134</b>	<b>923</b>

<sup>1)</sup> Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

<sup>2)</sup> Der Begriff "wertgemindert" bezieht sich hier ausschließlich auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen. Portfoliowertberichtigungen bleiben unberücksichtigt.

<sup>3)</sup> Forderungen mit Rückständen > 0 Tage, die nicht wertgemindert sind.

## Darstellung des überfälligen Forderungsbestandes nach Regionen

Regionen <sup>1)</sup>	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen <sup>2)3)</sup>		
	Mio. €	2014	2013
Euro-Länder		1.036	881
Übriges Europa		33	2
Nordamerika		-	0
Lateinamerika		0	-
Naher Osten / Afrika		-	-
Asien / Australien		65	40
Übrige		-	-
<b>Gesamt</b>		<b>1.134</b>	<b>923</b>

<sup>1)</sup> Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

<sup>2)</sup> Der Begriff "wertgemindert" bezieht sich hier ausschließlich auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen. Portfoliowertberichtigungen bleiben unberücksichtigt.

<sup>3)</sup> Forderungen mit Rückständen > 0 Tage, die nicht wertgemindert sind.

## Verzugsdauer, überfällige, nicht wertgeminderte finanzielle Forderungen nach Regionen

Regionen <sup>1)</sup>	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen									
	bis 1 Monat		1 bis 3 Monate		3 bis 6 Monate		ab 6 Monate		Gesamt	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Euro-Länder	534	437	115	53	54	103	333	288	1.036	881
Übriges Europa	23	0	-	-	-	-	10	1	33	2
Nordamerika	-	0	-	-	-	-	-	-	-	0
Lateinamerika	0	-	-	-	-	-	-	-	0	-
Naher Osten / Afrika	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Asien / Australien	38	12	16	11	-	-	11	17	65	40
Übrige	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Gesamt</b>	<b>595</b>	<b>449</b>	<b>131</b>	<b>64</b>	<b>54</b>	<b>103</b>	<b>354</b>	<b>306</b>	<b>1.134</b>	<b>923</b>

<sup>1)</sup> Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Das Exposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen ist, bis auf das dritte Laufzeitband, angestiegen. Der Bestand an überfälligen, nicht wertgeminderten Forderungen besteht zu 36 % (Vorjahr: 44 %) aus Forderungen, bei denen vereinbarte Zins- oder Tilgungszahlungen mehr als 90 Tage überfällig sind. 52 % (Vorjahr: 49 %) der Forderungen sind bis zu einem Monat überfällig.

Aufgeteilt nach Überziehungstagen ergeben sich folgende überfällige, nicht wertgeminderte Forderungen an Kunden.

Verzugsdauer <sup>1)</sup>	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen		
	Mio. €	31.12.2014	31.12.2013
< 30 Tage		595	449
30-90 Tage		131	64
90-180 Tage		54	103
> 180 Tage		354	306
<b>Gesamt</b>		<b>1.134</b>	<b>923</b>

<sup>1)</sup> Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Im Zusammenhang mit der Verwertung gehaltener Sicherheiten und sonstiger Kreditverbesserungen infolge des Ausfalls von Kreditnehmern hat die Bank im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Vermögensgegenstände erworben.

Im Berichtsjahr wurden direkte Forderungsabschreibungen auf Kredite in Höhe von 12 Mio. € (Vorjahr: 9 Mio. €) vorgenommen. Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen betragen 5 Mio. € (Vorjahr: 4 Mio. €). Für Wertpapiere des Anlagevermögens wurden in der Bremer Landesbank keine direkten Forderungsabschreibungen vorgenommen.

Durch Sicherheitenanrechnung wurden die risikogewichteten Aktiva per 31. Dezember 2014 um 1,5 Mrd. € (Vorjahr: 1,7 Mrd. €) vermindert, dies entspricht einem Anteil von 9 % (Vorjahr: 10 %) an den gesamten Kreditrisiko-RWA. Hierbei kamen hauptsächlich Bürgschaften und Garantien von Staaten und Banken, finanzielle Sicherheiten und Grundpfandrechte zur Anrechnung.

Durch Inbesitznahme von Sicherheiten, die in Form von Sicherungsgegenständen gehalten werden, oder durch Inanspruchnahme anderer Kreditbesicherungen hat die Bremer Landesbank in der Berichtsperiode keine Vermögensgegenstände erhalten.

### **Kreditrisiko – Ausblick**

Die Bank wird auch im Jahr 2015 ihre Ausfallrisikosteuerung weiterentwickeln. In diesem Zusammenhang werden – wie jedes Jahr – die Risikoparameter und das Kreditrisikomodell insgesamt validiert. Ferner soll der RWA-Managementprozess weiterentwickelt werden, um die Risikorenditeplanung zu optimieren und einen Puffer für zukünftige Krisen aufzubauen. Die weiter zu intensivierenden Ausfallrisikoanalysen mit Schwerpunkt Risikokonzentrationsanalysen auf Adress- und Kreditportfolioebene werden weitere Impulse zur effizienten Kreditrisikosteuerung in der Bank liefern.

Seit 2010 wird die Höhe der Risikovorsorge in der Bremer Landesbank insbesondere durch die Entwicklungen in der Handelsschifffahrt bestimmt. Die Bank stellt sich in ihrer Risikosteuerung auf ein Fortbestehen der angespannten Situation in der Handelsschifffahrt in den nächsten beiden Jahren ein, ergreift adäquate Maßnahmen, betreibt entsprechende Risikovorsorge und aktives Portfoliomanagement, um notleidende Finanzierungen ohne realistisches Wertaufholungspotenzial abzuwickeln.

### **5.4.3 Beteiligungsrisiko**

#### **Beteiligungsrisiko – Entwicklung im Jahr 2014**

Das Beteiligungsportfolio wurde während der letzten Jahre einer kritischen Prüfung unterzogen. Die Bank hat sich seither von einigen Beteiligungen getrennt und hat diesen Prozess auch in 2014 weiter vorangetrieben. Hintergrund für den Anstieg des Beteiligungsvolumens ist die Einbringung von Vermögensgegenständen in eine Tochtergesellschaft. Auch 2014 wird keine der Beteiligungen im Sinne der MaRisk als wesentlich angesehen.

#### **Beteiligungsrisiko – Ausblick**

Die Optimierung des Beteiligungsportfolios ist weitgehend umgesetzt.

### **5.4.4 Marktrisiko**

#### **Marktrisiko – Entwicklung im Jahr 2014**

Das Credit Investment Portfolio entwickelte sich in 2014 weitgehend im Rahmen der Erwartungen. Neben den planmäßigen Fälligkeiten von 0,8 Mrd. € erfolgte ein zusätzlicher strategischer Abbau in Höhe von 1,8 Mrd. € als Beitrag zur RWA-Reduzierung. Das verbliebene Portfolio von 2,3 Mrd. € stellt für die Bank keine wesentliche Risikoposition mehr dar, zumal davon 1,5 Mrd. € auf Wertpapiere von Landesbanken mit Gewährträgerhaftung entfallen. Das Restportfolio von 0,8 Mrd. € verteilt sich im Wesentlichen auf systemrelevante Kreditinstitute in Westeuropa und wird sich bis Ende 2015 durch planmäßige Tilgungen auf 0,3 Mrd. € reduzieren.

Im Laufe des Jahres 2014 waren eine deutliche Einengung der Spreads sowie eine reduzierte Spread-Volatilität zu beobachten. Diese Effekte haben den Rückgang des Marktrisikos im Credit Investment Portfolio begünstigt.

Das Zinsrisiko stellt das wesentliche Marktrisiko im Portfolio der Bremer Landesbank dar. Dieses Risiko zeigt sich im Jahr 2014 sehr stabil auf einem moderaten Niveau, da sich sowohl das Zinsniveau als auch die korrespondierende Volatilität nicht maßgeblich bewegt haben.

In der folgenden Tabelle werden die Marktrisiken der Bank im Berichtsjahr sowie im Vorjahr gezeigt. Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches sind nicht Bestandteil dieser Übersicht:

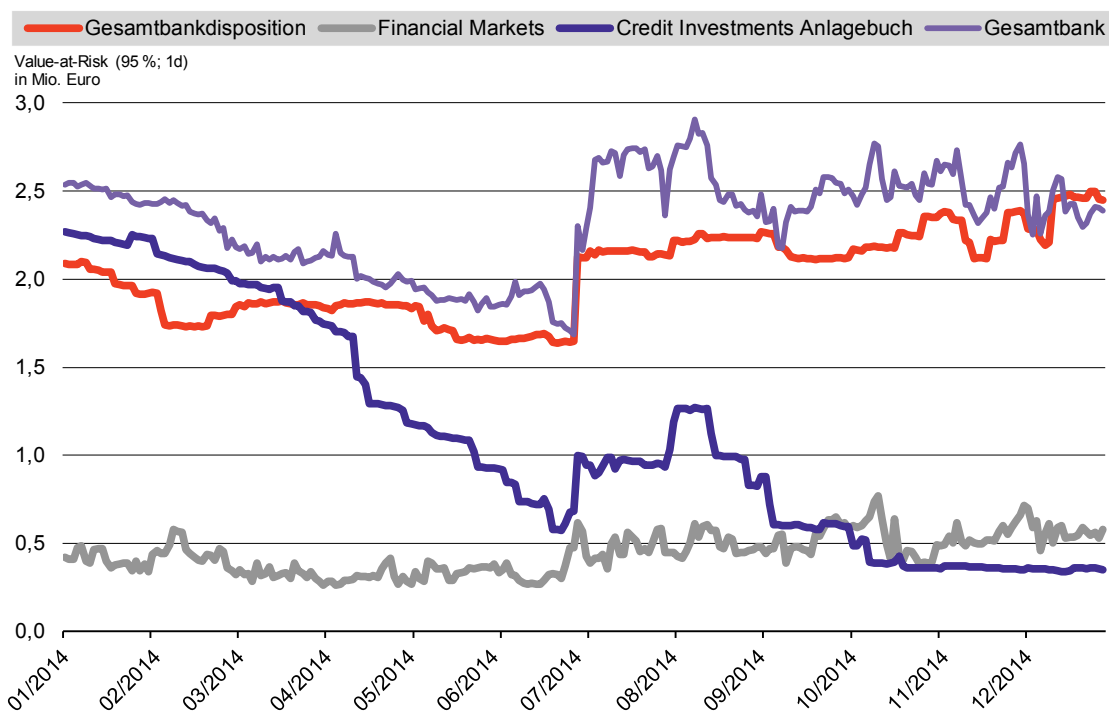
## Marktrisiken – Überblick

Mio. €	Maximum		Durchschnitt		Minimum		Jahresendwert	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Zinsrisiko (VaR)	2,88	3,53	2,40	2,81	1,97	1,97	2,46	2,00
Währungsrisiko (VaR)	0,13	0,10	0,03	0,04	0,00	0,00	0,02	0,06
Aktienkurs- und Fondsrisko (VaR)	0,39	0,31	0,15	0,15	0,02	0,02	0,38	0,02
Volatilitätsrisiko (VaR)	0,04	0,04	0,02	0,02	0,01	0,01	0,04	0,01
<b>Gesamtrisiko (VaR)</b>	<b>2,91</b>	<b>3,53</b>	<b>2,37</b>	<b>2,78</b>	<b>1,89</b>	<b>1,87</b>	<b>2,42</b>	<b>2,04</b>

Die Auslastung des Marktrisikolimits für die Gesamtbank lag im Jahresdurchschnitt bei 39 % (die maximale Auslastung betrug 47 %, die minimale Auslastung 31 %). Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 betrug der VaR (Konfidenzniveau von 95 % und Haltedauer von einem Tag) der Bank 2,42 Mio. €. Im Berichtsjahr 2014 beträgt die durchschnittliche Auslastung des Risikolimits der OE Financial Markets 21 %, die der Gesamtbankdisposition 45 %.

Der Verlauf des VaR der Gesamtbank (inklusive der Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches) wird in der nachstehenden Grafik für das Jahr 2014 gezeigt.

### Marktrisiken Value-at-Risk-Verläufe



Im Berichtsjahr 2014 ergaben die durchgeführten Stresstests auf Gesamtbankebene ein maximales Risiko von 69,68 Mio. € sowie einen Durchschnittswert von 65,07 Mio. € bei einem Minimum von 57,44 Mio. €. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 betrug der Stresstestwert der Gesamtbank 65,55 Mio. €. Der in der obigen Grafik erkennbare Anstieg der VaR-Werte zum 01.07.2014 resultiert aus einer Vereinfachung der Marktrisikolimitableitung. Durch die Einführung der vereinfachten Methodik erhöhen sich sowohl die Marktrisikolimiten als auch die VaR-Werte. Die Limitauslastungsgrade bleiben gleich.

Im Berichtsjahr 2014 betrug das Zinsänderungsrisiko bezogen auf das haftende Eigenkapital durchschnittlich 11,3 %. Die Ergebnisse zeigen, dass die Bank weit von einer Klassifizierung als „Institut mit erhöhten Zinsänderungsrisiken“ entfernt ist. Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, werden nicht in die barwertige Ermittlung der Zinsänderungsrisiken mit einbezogen.

### **Marktrisiko – Ausblick**

Für das Jahr 2015 erwartet die Bank weiterhin ein stabiles Marktumfeld. Mit einer weiteren deutlichen Einengung der Credit-Spreads ist ebenso wenig zu rechnen wie mit einer massiven Zinsbewegung.

In 2015 liegt der Schwerpunkt auf dem Umgang mit zukünftigen regulatorischen Anforderungen. In diesem Zusammenhang sind insbesondere neue technische Regulierungs- (RTS) und technische Durchführungsstandards (ITS) der europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) oder Auswirkungen resultierend aus dem Single Supervisory Mechanism (SSM) zu nennen. Daneben werden punktuelle methodische oder prozessuale Weiterentwicklungen im Kontext der Marktrisikosteuerung angestrebt.

## **5.4.5 Liquiditätsrisiko**

### **Liquiditätsrisiko – Entwicklung im Jahr 2014**

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise sind nach wie vor an den Geld- und Kapitalmärkten zu beobachten. Die Bank hatte weiterhin ausreichenden Zugang zum Geld- und Kapitalmarkt durch angemessen diversifizierte Anlegergruppen und Produkte. Dies zeigt sich darin, dass die Bremer Landesbank sich im Marktvergleich zu guten Bedingungen am Geld- und Kapitalmarkt refinanzieren konnte. Die langfristige Refinanzierung auf gedeckter als auch ungedeckter Basis wird hierbei wesentlich durch langfristige Emissionen und Kundeneinlagen sichergestellt. Durch aufmerksame Beobachtung der Märkte und aktive Liquiditätssteuerung war im Geschäftsjahr 2014 jederzeit sichergestellt, dass die Bank mit ausreichend Liquidität ausgestattet ist.

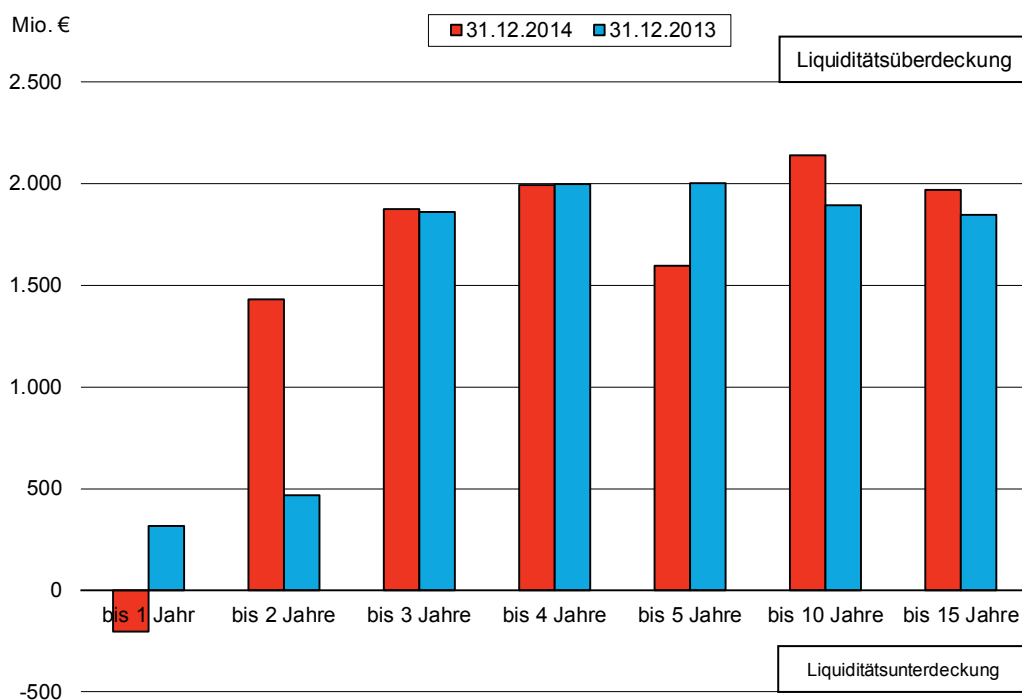
Die Gegenüberstellung der Zahlungsmittel und der Zahlungsverpflichtungen ergibt die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung, welche mindestens Eins betragen muss. Die Anforderung wurde im Berichtsjahr 2014 durchgängig erfüllt und lag per 31. Dezember 2014 bei 1,74.

Im Jahr 2014 war die Bank zu jeder Zeit mit ausreichend Liquidität ausgestattet. Der als Steuerungsinstrument für das klassische Liquiditätsrisiko fungierende dynamische Liquiditätsstresstest zeigte auch unter verschärften Stressbedingungen eine ausreichende Liquiditätsausstattung auf.

Die Anforderungen an den vorzuhaltenden Liquiditätspuffer nach den MaRisk sind eingehalten worden; die Auslastung des Liquiditätspuffers für eine Woche betrug zum Stichtag 35 % (Vorjahr: 20 %). Die Auslastung des Liquiditätspuffers für einen Monat betrug zum Stichtag 42 % (Vorjahr: 22 %).

## Kumulierte Liquiditätsabläufe

Die zur internen Steuerung des Refinanzierungsrisikos genutzte Liquiditätsablaufbilanz stellt sich zum Berichtsstichtag wie folgt dar:



Die Liquiditätsablaufbilanz der Bank zeigt zum 31. Dezember 2014, dass die Liquiditätssituation weiterhin auskömmlich ist. Die zur Steuerung genutzten Liquiditätslimite wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr stets eingehalten.

Verbindlichkeiten Mio. €	31.12.2014		31.12.2013	
	Volumen	Anteil	Volumen	Anteil
Kreditinstitute	11.171	36 %	10.943	34 %
Kunden	8.899	28 %	9.909	31 %
Verbriefte Verbindlichkeiten	7.349	24 %	8.023	25 %
Kapital	1.343	4 %	1.343	4 %
Rest	2.482	8 %	2.017	6 %
<b>Summe Passiva</b>	<b>31.244</b>		<b>32.235</b>	
Gedekte Refinanzierung (gesamt)	4.762		5.030	
Öffentliche Pfandbriefe	3.717	78 %	3.822	76 %
Hypothekendarlehen	852	18 %	957	19 %
Schiffspfandbriefe	193	4 %	251	5 %

Die Refinanzierung der Bremer Landesbank setzt sich im Wesentlichen zusammen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 36 % (Vorjahr: 34 %), gegenüber Kunden mit 28 % (Vorjahr: 31 %) und verbrieften Verbindlichkeiten mit 24 % (Vorjahr: 25 %). Neben ungedeckten Wertpapieren nutzt die Bremer Landesbank dabei auch gedeckte Wertpapiere, darunter öffentliche Pfandbriefe, Immobilien- und Schiffspfandbriefe. Der Anteil der gedeckten Refinanzierung beläuft sich auf 15 % (Vorjahr: 16 %).

Im Jahr 2014 hat die Bremer Landesbank aufgrund veränderter Kapitalmarktbedingungen ihre Ratingstrategie angepasst. Die Bank hat entschieden, sich in Zukunft nur noch von der Agentur Fitch raten zu lassen. Das Vertragsverhältnis mit der Agentur Moody's wurde daher per Ende Februar 2014 aufgelöst. Im Berichtsjahr hat Fitch das Langfrist-Rating der Bank mit A und das Kurzfrist-Rating mit F1 unverändert fortgeführt. Der Ausblick für das Langfrist-Rating wurde im März 2014 von "stabil" auf "negativ" gesetzt. Mögliche Auswirkungen auf die Refinanzierung wurden analysiert und im Rahmen der Liquiditätssteuerung eingewertet.

Im Berichtsjahr 2014 hat die Bank durch den weiteren Ausbau des Liquiditätsmanagements und -controllings im Rahmen eines Projekts den gestiegenen Anforderungen Rechnung getragen. Ein Schwerpunkt lag darin, die Liquiditätskosten und Liquiditätsrisikokosten in den Instrumenten der gesamten Banksteuerung in der Vor- und Nachkalkulation des Aktivgeschäftes zu berücksichtigen. Die Bank entwickelt die Methoden und Modelle der Liquiditätsrisikosteuerung systematisch in enger Abstimmung innerhalb der NORD/LB-Gruppe weiter.

#### **Liquiditätsrisiko – Ausblick**

Die Bank erwartet an den Geld- und Kapitalmärkten auf Sicht keine nachhaltige Veränderung. Von daher werden die Entwicklungen zwischen den Banken und die Marktversorgung durch die Zentralbank weiter eng beobachtet.

Auch in 2015 werden die Entwicklungen darauf ausgerichtet sein, den beginnend mit der Finanzmarktkrise stetig angestiegenen aufsichtsrechtlichen Anforderungen durch eine konsequente Weiterentwicklung in der Liquiditätssteuerung Rechnung zu tragen. Hier sind für die Bremer Landesbank insbesondere die Anforderungen gemäß Basel III hinsichtlich der Liquidity Coverage Ratio (LCR) und der Net Stable Funding Ratio (NSFR) von großer Bedeutung.

### **5.4.6 Operationelles Risiko**

#### **Operationelles Risiko – Entwicklung im Jahr 2014**

Die eingetretenen Schadensfälle des Jahres 2014 werden insgesamt als unwesentlich aus Gesamtbanksicht eingeschätzt. Der Bruttobetrag aller gemeldeten Schadensfälle (inklusive Fällen, die auch das Kreditrisiko betreffen) betrug in 2014 3,9 Mio. € (Vorjahr: 2,2 Mio. €). Unter Berücksichtigung von Schadensminderungen ergibt sich eine Netto-Schadenfallsumme von 3,6 Mio. €.

#### **Nettoschäden in % der Gesamtschadenssumme (ohne Schäden mit Kreditbezug)**

<b>Schadensfalldatenbank</b>	<b>Anteil</b>	<b>Anteil</b>
	<b>31.12.2014</b>	<b>31.12.2013</b>
Externe Einflüsse	4,8 %	8,9 %
Interne Abläufe	56,3 %	0,0 %
Mitarbeiter	37,3 %	90,5 %
Technologie	1,6 %	0,6 %

Rechtsrisiken aufgrund der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes zu unwirksamen Widerrufsbelehrungen in Verbraucherdarlehensverträgen und Darlehensgebühren können nicht ausgeschlossen werden. Ansprüche gegen die Bank wurden bisher nur in überschaubarem Umfang geltend gemacht. Darlehensgebühren für Darlehen an Privatkunden wurden, soweit in unverjährter Zeit geltend gemacht, erstattet. Ob die Rechtsprechung auf Darlehen an gewerbliche Kunden übertragbar ist, ist höchstrichterlich noch nicht entschieden; bisher wurde nur vereinzelt Rückzahlung verlangt, diese Forderungen wurden zurückgewiesen. Die Bildung einer Rückstellung wird bisher nicht für erforderlich gehalten.

Basierend auf den Ergebnissen des Self Assessments, der Risikoindikatoren und den Einträgen in der Schadensfalldatenbank geht die Bank nicht davon aus, dass aus operationellen Risiken existenzgefährdende Schäden mit hoher Wahrscheinlichkeit eintreten werden.

#### **Operationelles Risiko – Ausblick**

Auch für das Jahr 2015 geht die Bank davon aus, dass Schadensfälle aus operationellen Risiken wie in den Vorjahren in unwesentlichem Umfang vorliegen werden.

### 5.5 Sonstige Risiken

Über die bereits dargestellten Kredit-, Beteiligungs-, Markt-, Liquiditäts- und operationellen Risiken hinaus sind die sonstigen Risiken von untergeordneter Bedeutung für die Bank.

### 5.6 Gesamtaussagen

#### **Gesamtaussage zur Risikolage**

Die Bank verfolgt eine nachhaltige Risikopolitik. Sie hat für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zur Begrenzung getroffen. Das Verlustpotenzial steht, unter Berücksichtigung der getroffenen Maßnahmen, in einem angemessenen Verhältnis zur substantiellen Tragfähigkeit der Bank. Die Wirksamkeit der Risikosteuerungssysteme hat sich bereits vor dem Hintergrund der marktübergreifenden Liquiditäts- und Kreditkrise bewährt. Die gewonnenen Erkenntnisse werden für die Weiterentwicklung der Risikosteuerungssysteme in allen Risikoarten genutzt.

Der Auslastungsgrad in der Risikotragfähigkeit beläuft sich bei einem Konfidenzniveau von 90 % zum 31. Dezember 2014 auf 78 % und liegt damit deutlich über dem Niveau des Vorjahres von 58 % per 31. Dezember 2013. Grund für den Anstieg ist zum einen eine zunehmende Belastung der Risikotragfähigkeit aus der fortdauernden Schifffahrtskrise sowie die Neuparametrisierung des Kreditportfoliomodells per 31.12.2014. Zum anderen wird das gruppenweit abgestimmte RTF-Limit berücksichtigt und deshalb nur ein Teilbetrag von 282 Mio. € des freien Kapitals in Höhe von 439 Mio. € angerechnet. Der Auslastungsgrad liegt unter Berücksichtigung des gesamten Risikokapitals bei 50 %.



Mit Blick auf den weiteren Verlauf in den Jahren 2015 und 2016 wird der Druck auf die Risikotragfähigkeit und die Kapitalquote auch weiter bestehen. Auf Basis der perspektivisch steigenden Mindestanforderungen gemäß CRR werden die im Rahmen des RWA- und Shortfallmanagements eingeleiteten Maßnahmen weiter intensiviert. Unter anderem sollen im Rahmen von Investorenlösungen ausgefallene Schiffe in eine neue Struktur überführt werden. Ziel der neuen Struktur ist es, alle Schiffe nachhaltig aus dem Ratingausfall in ein kapitalentlastendes Rating zu überführen und gleichzeitig wesentlich am Wertaufholungspotenzial teilzuhaben. Zusätzlich soll das Schiffsportfolio im primär nicht strategischen Kundenbereich entlastet und bereinigt werden. Durch die Emission eines AT1-Bonds, einer langfristigen nachrangigen Inhaberschuldverschreibung, soll das Kernkapital gestärkt werden. Unter Berücksichtigung dieser Maßnahmen wird auch zum Jahresende 2015 weiterhin ein grüner Ampelstatus im Going Concern erwartet.

Die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat sich insbesondere negativ auf das Schiffsfinanzierungsportfolio ausgewirkt. Zahlreiche Reedereien konnten ihre Schiffe nicht mehr stützen, die Risikovorsorge verlief analog zu 2013 auf einem hohen Niveau. Die Bank stellt sich in ihrer Risikosteuerung auf ein Fortbestehen der angespannten Situation in der Handelsschifffahrt in den nächsten beiden Jahren ein, ergreift adäquate Maßnahmen, betreibt entsprechende Risikovorsorge und aktives Portfoliomanagement, um notleidende Finanzierungen ohne realistisches Wertaufholungspotenzial abzuwickeln. Die gute Markt- und Ertragslage bei den Erneuerbaren Energien kompensiert einen Großteil der Schifffahrtsproblematik, die Windenergie ist weiterhin das bedeutendste Teilsegment. Die Risiken bei Windparkprojektfinanzierungen sind bisher überschaubar. Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen gab es für Windparkprojektfinanzierungen nicht.

Das Credit-Investment-Portfolio wird durch Fälligkeiten und Neugeschäftsverbot bis zum Ende des Jahres 2015 bis auf unter 0,3 Mrd. € abgebaut sein und stellt damit keine wesentliche Risikoposition der Bank mehr dar. Die Schuldenkrise vieler Euroländer, insbesondere in den sogenannten PIIGS-Staaten, hat sich in 2014 weiter deutlich entspannt. Der Rückgang der Spreads bei den Staatsanleihen wirkte sich auch auf die Spreads im Bankenportfolio der Bremer Landesbank aus. Das Credit Investment ist gut diversifiziert. Die Ausfallrisiken werden als eher gering eingeschätzt. Credit Events bei Kreditderivaten resultierten nicht aus Bonitätsgründen, sondern aufgrund von Restrukturierungen bei Nachrangkapital.

Im Laufe des Jahres 2014 haben eine weitere deutliche Einengung der Spreads sowie eine reduzierte Spread-Volatilität den Rückgang des Marktrisikos im Credit Investment Portfolio begünstigt. Mit einer weiteren deutlichen Einengung der Credit-Spreads ist 2015 ebenso wenig zu rechnen wie mit einer massiven Zinsbewegung. In 2015 liegt der Schwerpunkt auf dem Umgang mit zukünftigen regulatorischen Anforderungen. In diesem Zusammenhang sind insbesondere neue technische Regulierungs- (RTS) und technische Durchführungsstandards (ITS) der europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) oder Auswirkungen resultierend aus dem Single Supervisory Mechanism (SSM) zu nennen. Daneben werden punktuelle methodische oder prozessuale Weiterentwicklungen im Kontext der Marktrisikosteuerung angestrebt.

Durch den weiteren Ausbau des Liquiditätsmanagements und -controllings hat die Bank im Berichtsjahr 2014 im Rahmen eines Projekts den gestiegenen Anforderungen Rechnung getragen. Die Anforderungen an den vorzuhaltenden Liquiditätspuffer nach den MaRisk sind eingehalten worden. Die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung lag per 31. Dezember 2014 bei 1,74.

Die Bank erwartet an den Geld- und Kapitalmärkten auf Sicht keine nachhaltige Veränderung, die Entwicklungen zwischen den Banken und die Marktversorgung durch die Zentralbank werden weiter eng beobachtet.

Die dem operationellen Risiko zuzurechnenden eingetretenen Schadensfälle des Jahres 2014 werden insgesamt als unwesentlich aus Gesamtbanksicht eingeschätzt. Auch für das Jahr 2015 geht die Bank davon aus, dass Schadensfälle aus operationellen Risiken wie in den Vorjahren in unwesentlichem Umfang vorliegen werden.

Die Entwicklung der Bremer Landesbank ist derzeit vor allem von der weiterhin unsicheren Entwicklung auf den Schiffsmärkten abhängig. Zusätzlich hat die aktuelle Entwicklung des US-Dollarkurses über die Auswirkungen auf die RWA deutlichen Einfluss auf die Kapitalquoten und die Risikotragfähigkeit. Daneben hat die anhaltende Diskussion um die EU-Peripherieländer Auswirkungen auf die zukünftige Situation. Die Bremer Landesbank hält diese Einflüsse aufgrund der im Rahmen der Mittelfristplanung konkretisierten Maßnahmen für beherrschbar und wird die Entwicklungen weiterhin aufmerksam beobachten und analysieren.

## 6. Disclaimer – Vorbehalt bei Zukunftsaussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen zur Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Bremer Landesbank, die auf den derzeitigen Plänen, Einschätzungen, Prognosen und Erwartungen beruhen. Die Aussagen beinhalten Risiken und Unsicherheiten. Denn es gibt eine Vielzahl von Faktoren, die auf das Geschäft der Bremer Landesbank einwirken und zu großen Teilen außerhalb ihres Einflussbereiches liegen. Dazu gehören vor allem die konjunkturelle Entwicklung, die Verfassung der Finanzmärkte weltweit und mögliche Kreditausfälle. Die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen können also erheblich von den im Bericht getroffenen Annahmen abweichen. Sie haben daher nur zum Zeitpunkt der Veröffentlichung Gültigkeit. Es wird seitens der Bremer Landesbank keine Verpflichtung übernommen, die zukunftsgerichteten Aussagen angesichts neuer Informationen oder unerwarteter Ereignisse zu aktualisieren.

# Bericht des Aufsichtsrates

Der Vorstand der Bank unterrichtete den Aufsichtsrat und die von ihm eingesetzten Ausschüsse regelmäßig über die geschäftliche Entwicklung und über die Lage der Bank. Im Geschäftsjahr 2014 waren aufgrund gesetzlicher Vorgaben modifizierte Ausschussstrukturen anzuwenden. Der Risikoausschuss hat neben den Aufgaben des ehemaligen Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschusses weitere Aufgaben übernommen. Neu geschaffen wurden der Nominierungs- und der Vergütungskontrollausschuss. Daneben bestehen unverändert der Prüfungsausschuss und der Förderausschuss. In fünf Aufsichtsratssitzungen, fünf Risikoausschusssitzungen, drei Prüfungsausschusssitzungen, zwei Sitzungen des Nominierungsausschusses, sowie drei Sitzungen des Vergütungskontrollausschusses und zwei Förderausschusssitzungen wurden Grundsatzfragen der Geschäftspolitik und des betrieblichen Bereiches eingehend erörtert. Die Gremien haben über die ihnen vorgelegten Geschäftsvorfälle und sonstigen Angelegenheiten, die nach der Satzung und den in deren Rahmen erlassenen Regelungen der Entscheidung dieser Gremien bedürfen, die entsprechenden Beschlüsse gefasst. Der Prüfungsausschuss ließ sich in seinen Sitzungen zudem von der Revision und Compliance über deren Feststellungen berichten.

Im Zuge der gesetzlichen Neuerungen hat sich der Aufsichtsrat mit Unterstützung des Nominierungsausschusses in 2014 erstmalig auch im Rahmen einer Effizienzprüfung mit der Struktur, Größe, Zusammensetzung und den Leistungen des Vorstandes und des Aufsichtsrates selbst beschäftigt.

Den Jahresabschluss der Bremer Landesbank für das Geschäftsjahr 2014 hat die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, geprüft. Er entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Die Prüfungsgesellschaft hat den Jahresabschluss mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Ergänzend nahm der Wirtschaftsprüfer an der Jahresabschlusssitzung des Aufsichtsrates am 30. März 2015 teil und berichtete über die Ergebnisse der Prüfung.

Der Aufsichtsrat hat dem Ergebnis der Prüfung des Abschlussprüfers zugestimmt und nach dem Ergebnis seiner eigenen Prüfung keine Einwendungen erhoben. In seiner Sitzung am 30. März 2015 billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014, der damit festgestellt ist.

Der Aufsichtsrat schlägt der Trägerversammlung vor, dem Vorstand Entlastung zu erteilen.

Aus dem Aufsichtsrat schieden aus:

zum 28. Februar 2014 Herr Dr. Johannes Jörg Riegler

zum 31. Oktober 2014 Herr Martin Grapentin

Neu in den Aufsichtsrat entsandt wurden:

zum 1. März 2014 Herr Thomas S. Bürkle

zum 1. November 2014 Herr Heinz Feldmann

Gemäß § 10 Absatz 4 der Satzung sowie § 3 Absatz 1 Satz 2 der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat der Bremer Landesbank wird der stellvertretende Vorsitz im Aufsichtsrat der Bremer Landesbank jeweils im Wechsel von zwei Jahren durch den niedersächsischen Finanzminister und den Verbandsvorsteher des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes wahrgenommen. Seit der Neubildung des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse am 1. November 2012 war Herr Mang stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates. Nach Ablauf von zwei Jahren ging somit zum 1. November 2014 der stellvertretende Vorsitz im Aufsichtsrat der Bremer Landesbank auf Herrn Minister Schneider über.

Gemäß § 2 Absatz 7 der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat der Bremer Landesbank ist zu berichten, dass ein Mitglied des Aufsichtsrates, in diesem Fall Herr Prof. Dr. Wolfgang Däubler, an weniger als der Hälfte der Sitzungen im Geschäftsjahr 2014 teilgenommen hat.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand der Bank für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit und spricht ihm sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank seinen Dank und seine Anerkennung für die im Jahr 2014 geleistete Arbeit aus.

Bremen, 30. März 2015

Die Vorsitzende des Aufsichtsrates



Bürgermeisterin Karoline Linnert

# Bericht der Trägerversammlung

Die Trägerversammlung trat im Berichtsjahr einmal zusammen, um die ihr durch Gesetz und Satzung auferlegten Aufgaben wahrzunehmen. Darüber hinaus wurden weitere Beschlüsse im schriftlichen Umfrageverfahren eingeholt.

Am 30. März 2015 erteilte die Trägerversammlung dem Vorstand der Bank und dem Aufsichtsrat Entlastung für das Geschäftsjahr 2014.

Aus der Trägerversammlung schieden aus:

zum 31. Dezember 2013     Herr Bernhard Günthert

zum 31. Oktober 2014     Herr Heinz Feldmann

Neu in die Trägerversammlung entsandt wurden:

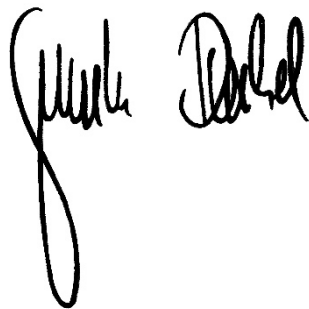
zum 1. Januar 2014        Herr Ekkehart Siering

zum 1. November 2014     Herr Gerhard Fiand

Die Trägerversammlung dankt dem Aufsichtsrat, dem Vorstand und den Mitarbeitern der Bank für die im Jahr 2014 geleistete Arbeit.

Bremen, 30. März 2015

Der Vorsitzende der Trägerversammlung



# Jahresbilanz zum 31. Dezember 2014

## Aktivseite

Mio. €			31.12.2013
<b>1. Barreserve</b>			<b>211</b>
a) Kassenbestand		4	5
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		207	60
darunter: bei der Deutschen Bundesbank		(207)	(60)
<b>3. Forderungen an Kreditinstitute</b>			<b>3.651</b>
b) Kommunalkredite		2.851	3.475
c) andere Forderungen		800	718
darunter: täglich fällig		(478)	(270)
gegen Beleihung von Wertpapieren		(-)	(-)
<b>4. Forderungen an Kunden</b>			<b>22.346</b>
a) Hypothekendarlehen		1.609	1.633
b) Kommunalkredite		4.963	4.697
c) andere Forderungen		15.774	15.936
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren		(-)	(-)
<b>5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>			<b>4.100</b>
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		4.100	4.861
ba) von öffentlichen Emittenten		2.313	2.109
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		(2.313)	(2.109)
bb) von anderen Emittenten		1.787	2.752
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		(1.699)	(2.545)
<b>6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>			<b>28</b>
<b>6a. Handelsbestand</b>			<b>292</b>
<b>7. Beteiligungen</b>			<b>15</b>
darunter: an Kreditinstituten			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten			(0)
<b>8. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>			<b>162</b>
darunter: an Kreditinstituten			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten			(1)
<b>9. Treuhandvermögen</b>			<b>128</b>
darunter: Treuhandkredite			(3)
<b>11. Immaterielle Anlagewerte</b>			<b>4</b>
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		3	2
d) geleistete Anzahlungen		1	0
<b>12. Sachanlagen</b>			<b>36</b>
<b>14. Sonstige Vermögensgegenstände</b>			<b>262</b>
<b>15. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			<b>9</b>
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		8	10
b) andere		1	1
<b>Summe der Aktiva</b>			<b>31.244</b>
			<b>32.235</b>

## Passivseite

Mio. €			31.12.2013	
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>			<b>11.171</b>	<b>10.943</b>
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		260		336
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		548		889
c) andere Verbindlichkeiten		10.363		9.718
darunter: täglich fällig		(1.258)		(1.020)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber		(0)		(0)
ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		(0)		(111)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber		(0)		(111)
ausgehändigte öffentliche Namenspfandbriefe		(0)		(111)
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>			<b>8.899</b>	<b>9.909</b>
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		301		319
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		2.240		2.469
c) Spareinlagen		220		218
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	216			213
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	4			5
d) andere Verbindlichkeiten		6.138		6.903
darunter: täglich fällig		(2.817)		(3.168)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber		(-)		(-)
ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		(-)		(-)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber		(-)		(-)
ausgehändigte öffentliche Namenspfandbriefe		(-)		(-)
<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>			<b>7.349</b>	<b>8.023</b>
a) begebene Schuldverschreibungen		7.349		8.023
aa) Hypothekenpfandbriefe	502			581
ab) öffentliche Pfandbriefe	1.839			2.052
ac) sonstige Schuldverschreibungen	5.008			5.390
<b>3a. Handelsbestand</b>			<b>244</b>	<b>40</b>
<b>4. Treuhandverbindlichkeiten</b>			<b>128</b>	<b>87</b>
darunter: Treuhandkredite			(3)	(3)
<b>5. Sonstige Verbindlichkeiten</b>			<b>441</b>	<b>287</b>
<b>6. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			<b>16</b>	<b>17</b>
a) aus dem Emissions- und Darlehengeschäft		16		17
<b>7. Rückstellungen</b>			<b>309</b>	<b>294</b>
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		249		218
b) Steuerrückstellungen		13		16
c) andere Rückstellungen		47		60
<b>9. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>			<b>750</b>	<b>750</b>
<b>11. Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>			<b>594</b>	<b>542</b>
darunter: für Handelsbestand			(8)	(6)
<b>12. Eigenkapital</b>			<b>1.343</b>	<b>1.343</b>
a) gezeichnetes Kapital		265		265
aa) Stammkapital	265			265
b) Kapitalrücklage		478		478
c) Gewinnrücklagen		600		600
cc) andere Gewinnrücklagen	600			600
<b>Summe der Passiva</b>			<b>31.244</b>	<b>32.235</b>



## Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Mio. €		31.12.2013	
<b>1. Eventualverbindlichkeiten</b>		<b>1.475</b>	<b>3.013</b>
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	1.475		3.013
<b>2. Andere Verpflichtungen</b>		<b>1.895</b>	<b>1.937</b>
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.895		1.937

# Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014

Mio. €	1.1.-31.12.2013		
<b>1. Zinserträge aus</b>		<b>990</b>	<b>1.047</b>
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	938		970
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	52		77
<b>2. Zinsaufwendungen</b>		<b>595</b>	<b>676</b>
		<b>395</b>	<b>371</b>
<b>3. Laufende Erträge aus</b>		<b>7</b>	<b>7</b>
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0		0
b) Beteiligungen	3		3
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	4		4
<b>4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>		<b>2</b>	<b>30</b>
<b>5. Provisionserträge</b>		<b>52</b>	<b>53</b>
<b>6. Provisionsaufwendungen</b>		<b>7</b>	<b>8</b>
		<b>45</b>	<b>45</b>
<b>7. Nettoertrag des Handelsbestands</b>		<b>11</b>	<b>11</b>
davon: Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken		(1)	(1)
<b>8. Sonstige betriebliche Erträge</b>		<b>6</b>	<b>37</b>
<b>10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>		<b>188</b>	<b>187</b>
a) Personalaufwand	114		105
aa) Löhne und Gehälter	76		74
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	38		31
darunter: für Altersversorgung	(25)		(19)
b) andere Verwaltungsaufwendungen	74		82
<b>11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>		<b>4</b>	<b>5</b>
<b>12. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>		<b>24</b>	<b>30</b>
<b>12a. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>		<b>50</b>	<b>46</b>
<b>13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>		<b>212</b>	<b>175</b>
<b>15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>		<b>-</b>	<b>4</b>
<b>16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>		<b>38</b>	<b>-</b>
<b>19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</b>		<b>26</b>	<b>54</b>
<b>21. Außerordentliche Aufwendungen</b>		<b>6</b>	<b>6</b>
<b>22. Außerordentliches Ergebnis</b>		<b>-6</b>	<b>-6</b>
<b>23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>		<b>20</b>	<b>12</b>
<b>24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen</b>		<b>0</b>	<b>0</b>
		<b>20</b>	<b>12</b>
<b>27. Jahresüberschuss</b>		<b>0</b>	<b>36</b>
<b>28. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr</b>		<b>0</b>	<b>31</b>
<b>32. Einstellungen in Gewinnrücklagen</b>		<b>0</b>	<b>67</b>
d) in andere Gewinnrücklagen	0		67
<b>34. Bilanzgewinn</b>		<b>0</b>	<b>0</b>

# Anhang

## 1 Allgemeine Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und den Grundlagen für die Währungsrechnung in Euro

### 1.1 Grundlagen zur Aufstellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss der Bremer Landesbank zum 31. Dezember 2014 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB; zuletzt geändert am 22. Dezember 2014) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung bei Kreditinstituten (RechKredV) erstellt.

Die Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung basiert auf der RechKredV. Die Vergleichswerte von 2013 beinhalten die im Vorjahr festgestellten und veröffentlichten sowie testierten Werte. Die Bilanz ist gemäß § 268 Abs. 1 HGB unter Berücksichtigung der Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt worden.

### 1.2 Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – Anlagebestand

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute werden zum Nennwert bilanziert. Soweit bei Hypothekendarlehen und anderen Forderungen Unterschiedsbeträge zwischen Nennbeträgen und Auszahlungsbeträgen bestehen, die Zinscharakter haben, erfolgt die Bilanzierung gemäß § 340e Abs. 2 HGB zum vollen Wert. Die Unterschiedsbeträge werden unter den Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und planmäßig aufgelöst.

Minder- oder unverzinsliche Forderungen werden mit dem Barwert angesetzt, gegebenenfalls korrigiert um Einzel- und Pauschalwertberichtigungen.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wird durch Bildung von EWB und Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Die Einschätzung der Risiken aus der Inanspruchnahme aus Eventualverbindlichkeiten erfolgt im Rahmen der Einzelfallbetrachtung analog der Bildung von EWB. Die Berücksichtigung von Länderrisiken erfolgt unter Prüfung der Einhaltung der Länderlimite (Ratingverfahren für Länder- und Transferrisiken). Eine EWB wird einzelfallbezogen ermittelt. Die Vorsorgen für Länderrisiken wurden nach unveränderten Grundsätzen ermittelt. Für sonstige allgemeine Kreditrisiken bestehen angemessene Pauschalwertberichtigungen. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung erfolgt weiterhin auf Basis der Verlautbarungen des BFA 1/1990 und des BMF vom 10. Januar 1994.

Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Wertpapiere des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten bewertet, soweit keine dauerhaften Wertminderungen vorliegen. Die Wertpapiere des Anlagebestands werden grundsätzlich bis zur Endfälligkeit gehalten. Es handelt sich hierbei um Emittenten, bei denen derzeit keine Ausfallrisiken erkennbar sind und auch zukünftig keine akuten Bonitätsverschlechterungen erwartet werden. Die Abgrenzung der Wertpapiere des Anlagebestands und der Wertpapiere der Liquiditätsreserve – sämtlich börsenfähige Titel – erfolgt über Depotbestandskonten.

Optionsprämien und Future-Margin-Zahlungen aus noch nicht fälligen Geschäften sowie anteilige Zinsen aus Zinsswapgeschäften werden unter den Sonstigen Vermögensgegenständen bzw. Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen, noch nicht amortisierte Beträge aus Zinsbegrenzungsvereinbarungen bzw. noch nicht amortisierte Upfront-Beträge aus Zinsswapgeschäften sind in den Rechnungsabgrenzungsposten enthalten.

Für CDS, bei denen die Bank in der Sicherungsgeber-Position ist, erfolgt die bilanzielle Behandlung analog der Verfahrensweise bei Eventualforderungen und -verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen. Ist mit einer Inanspruchnahme aus dem CDS zu rechnen, werden Rückstellungen gebildet. Erfolgskomponenten aus CDS in der Sicherungsgeber-Position werden im Provisionsertrag ausgewiesen.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden mit den Anschaffungskosten oder im Falle einer dauernden Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert ausgewiesen, wobei sich der beizulegende Wert grundsätzlich aus dem Barwert der mit dem Eigentum an dem Unternehmen verbundenen zukünftigen Nettozuflüsse an die Unternehmenseigner (Zukunftserfolgswert) ergibt.

Die zur Ermittlung des Ertragswerts abzuzinsenden Nettoeinnahmen der Unternehmenseigner ergeben sich vorrangig aus den Ausschüttungen der vom Unternehmen erwirtschafteten finanziellen Überschüsse. Ausgangspunkt der Ermittlung des beizulegenden Wertes der Beteiligung ist folglich eine Prognose über die Ergebnisentwicklung des Jahres 2014 sowie eine Detailplanung für das Jahr 2015 und gegebenenfalls Mittelfristplanung über die folgenden bis zu vier Jahre (Planungsphase I). Für die Folgejahre, die über den Planungshorizont hinausgehen, wird grundsätzlich eine ewige Lebensdauer der Unternehmung unterstellt. Dazu wird eine sogenannte ewige Rente ermittelt, die den nachhaltigen Zustand des Beteiligungsunternehmens widerspiegeln soll (Planungsphase II). Diese erwarteten Zukunftserfolge werden unter Berücksichtigung der erwarteten Ausschüttungen auf den Bilanzstichtag abgezinst.

Der verwendete Diskontierungszinssatz repräsentiert die Rendite aus einer zur Investition in das Beteiligungsunternehmen adäquaten Alternativanlage hinsichtlich Fristigkeit sowie Risiko und wird auf Basis eines Kapitalmarktmodells abgeleitet. Der Diskontierungszinssatz setzt sich aus den Komponenten risikofreier Zinssatz sowie Risikozuschlag aufgrund des Risikos künftiger finanzieller Überschüsse zusammen. Der Risikozuschlag stellt dabei das Produkt aus der am Kapitalmarkt beobachtbaren Marktrisikoprämie und dem Betafaktor dar, der die unternehmensspezifische

Risikostruktur des jeweils zu bewertenden Unternehmens zum Ausdruck bringt. Als relatives Maß beschreibt der Betafaktor, in welchem Ausmaß die Rendite des betreffenden Wertpapiers an dem Beteiligungsunternehmen die Veränderungen der Rendite des Marktportfolios nachvollzieht.

Zur Bewertung von Beteiligungen an nicht börsennotierten Unternehmen werden Gruppen vergleichbarer börsengehandelter Titel gebildet und für jeden Einzelwert das Beta in Relation zum jeweiligen landesweiten Index berechnet. Deren Mittelwert wird als Betafaktor der zu bewertenden Beteiligung verwendet. Das Raw Beta stellt dabei das historische Beta eines Unternehmens dar, wie es sich aus einer linearen Regression der Aktienrendite gegen die Rendite des Marktportfolios ergibt. Die Bank setzt für die Bewertung von Beteiligungen den Adjusted Betafaktor ein, der im Gegensatz zum klassischen Betafaktor nicht nur historische Daten zugrunde legt, sondern auch künftige Entwicklungen berücksichtigt. Der Adjusted Betafaktor ( $\text{Adjusted Beta} = \text{Raw Beta} \times 0,67 + 0,33$ ) wird genutzt, um die Volatilität der Beteiligungsbewertung im Zeitablauf zu glätten.

Bei Gegenständen des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden in Anlehnung an die steuerlichen Möglichkeiten die maximal anerkannten Abschreibungen geltend gemacht. Wirtschaftsgüter, deren Netto-Anschaffungskosten zwischen 150 € und 1.000 € liegen, werden als Sammelposten aktiviert und über 5 Jahre pauschal mit jeweils 20 % p. a. abgeschrieben. Im Berichtsjahr betragen diese Abschreibungen 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €). Geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten 150 € (netto) nicht übersteigen, werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen passiviert worden. Unterschiedsbeträge zwischen Aufnahme- und Erfüllungsbeträgen mit Zinscharakter werden unter den Abgrenzungsposten ausgewiesen und planmäßig aufgelöst.

Zerobonds werden mit dem Kursbetrag bei Ausgabe zuzüglich Aufzinsung gemäß Emissionsrendite bilanziert.

Strukturierte Emissionen in den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten sowie in den verbrieften Verbindlichkeiten werden gemäß der Grundsätze für die einheitliche oder getrennte Bilanzierung strukturierter Finanzinstrumente des IDW RS HFA 22 behandelt. Sofern die Voraussetzungen für eine einheitliche Bilanzierung nicht gegeben sind, erfolgt eine Trennung der strukturierten Emissionen in ihre Bestandteile Basisvertrag und eingebettete Derivate.

Für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften sowie Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen bestehen nach dem Vorsichtsprinzip bemessene Rückstellungen.

Für alle Finanzinstrumente des Bankbuchs (Zinsbücher) ist dem handelsrechtlichen Vorsichtsprinzip (Nachweis der verlustfreien Bewertung des Anlagebuchs) dadurch Rechnung zu tragen, dass für einen Verpflichtungsüberschuss aus der Bewertung der gesamten Zinsposition des Bankbuchs eine Rückstellung gemäß § 249 HGB („Drohverlustrückstellung“) zu bilden ist.

Der Verpflichtungsüberschuss besteht dann, wenn der Wert der Leistungsverpflichtung der Bremer Landesbank den Wert seines Gegenleistungsanspruchs übersteigt. Für den Nachweis der verlustfreien Bewertung nach der Maßgabe von IDW RS BFA 3 verwendet die Bremer Landesbank als Methode die barwertbezogene Betrachtungsweise („Barwertmethode“).

Bei dem Rückstellungstest vergleicht die Bank die Summe der zinsinduzierten Barwerte aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte außerhalb des Handelsbestandes unter Berücksichtigung der erwarteten Refinanzierungs-, Risiko- und Verwaltungskosten mit der Summe der Buchwerte aller zinstragenden Geschäfte. Zum 31. Dezember 2014 ergab sich kein Rückstellungsbedarf.

### 1.3 Bildung und Bilanzierung von Bewertungseinheiten

Die Bremer Landesbank vollzieht im Fall einer einzelgeschäftsbezogenen Zinssicherung von festverzinslichen Wertpapieren der Liquiditätsreserve durch Zinsswaps ökonomische Sicherungsbeziehungen durch die Bildung von Bewertungseinheiten auch bilanziell nach.

Neben den vorgenannten als Bewertungseinheiten abgebildeten Sicherungsbeziehungen bestehen folgende wirtschaftliche Sicherungszusammenhänge, die nicht durch Bildung von Bewertungseinheiten, sondern durch die im Folgenden genannten Maßnahmen bilanziell nachvollzogen werden:

- Währungssicherungen im Bankbuch: Der wirtschaftliche Sicherungszusammenhang wird durch die Umrechnung der Fremdwährungs-Aktiva, Fremdwährungs-Passiva und schwebender Währungsgeschäfte gemäß § 256a HGB i. V. m. § 340h HGB bilanziell nachvollzogen (siehe Grundsätze der Währungsumrechnung).
- Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos im Bankbuch im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung (Gesamtbanksteuerung). Der wirtschaftliche Sicherungszusammenhang wird durch die Einbeziehung aller zinstragenden Bankbuch-Aktiva und -Passiva sowie aller Zinsderivate des Bankbuchs in die Ermittlung des Rückstellungsbedarfs für die verlustfreie Bewertung von Zinsrisiken im Bankbuch abgebildet.

Soweit handelsbilanzielle Bewertungseinheiten gebildet werden, kommt bei der Bremer Landesbank die sogenannte Einfrierungsmethode zur Anwendung, d. h., soweit sich Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft aus dem abgesicherten Risiko ausgleichen, werden die Wertänderungen nicht bilanziert. Die Voraussetzung für die Bildung einer Bewertungseinheit für bilanzielle Zwecke setzt – unabhängig von der Entscheidung im Risikomanagement – einzel-fallbezogen eine bewusste dokumentierte Entscheidung über Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft voraus.

Es handelt sich bei allen Bewertungseinheiten der Bremer Landesbank um perfekte Mikro-Hedges, worunter solche Sicherungsbeziehungen verstanden werden, bei denen die Cashflow bestimmenden Parameter von Grund- und Sicherungsgeschäft exakt übereinstimmen (Identität von Nominalbetrag, Laufzeit, Währung, Zinstemin und Festzinssatz für das Grundgeschäft und das

Sicherungsinstrument). Die Übereinstimmung der Cashflow bestimmenden Parameter von Grund- und Sicherungsgeschäft wird bei Bildung der Bewertungseinheit durch eine handelsunabhängige Stelle kontrolliert. Aufgrund der sogenannten perfekten Bewertungseinheiten erfolgt die prospektive Beurteilung der Wirksamkeit mittels der Critical-Terms-Match-Methode. Auch für die rückwirkende Ermittlung der bisherigen Unwirksamkeit wird die Critical-Terms-Match-Methode zugrunde gelegt. Zusätzlich werden bilanziell die relevanten Wertänderungen aus nicht abgesicherten Risiken rechnerisch ermittelt. Die Ausübung des Wahlrechts zur Abbildung von ökonomischen Sicherungsbeziehungen in der Rechnungslegung erfolgt – im Rahmen der Bewertungsstetigkeit – jeweils durch die Entscheidung der Bremer Landesbank. Bei Verzicht auf die Bildung von Bewertungseinheiten in der Rechnungslegung werden die mit den Geschäften verbundenen Zinsrisiken vollständig in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogen.

## 1.4 Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – Handelsbestand

Finanzinstrumente des Handelsbestandes werden gemäß § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet. Die Veränderung des beizulegenden Zeitwerts im Vergleich zum letzten Bilanzstichtag bzw. zu den Anschaffungskosten – das Bewertungsergebnis – wird im Posten Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestandes erfasst. Neben dem Risikoabschlag werden in diesem Posten Erträge und Aufwendungen aus der Zuführung und Auflösung des Sonderpostens „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ nach § 340e Abs. 4 HGB ausgewiesen. Bezüglich der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte wird auf den Abschnitt „Ermittlung von Zeitwerten“ verwiesen.

Innerhalb des Geschäftsjahres wurden die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand unverändert angewendet.

Die laufenden Erträge (Zinserträge und Dividenden) aus Finanzinstrumenten des Handelsbestandes und Zinsaufwendungen zur Refinanzierung der Handelsaktivitäten werden im Nettoaufwand oder Nettoertrag des Handelsbestandes ausgewiesen.

Für die Ermittlung des Risikoabschlags bzw. des VaR wird der nach handelsrechtlichen Vorgaben abgegrenzte Handelsbestand zugrunde gelegt und hierauf die bankaufsichtsrechtlich bestimmten Parameter angewendet. Die Bremer Landesbank ist nicht verpflichtet, einen VaR nach SolV zu ermitteln. Für den Risikoabschlag im Sinne von § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB wird der für die interne Steuerung (tägliche Marktpreismeldung) kalkulierte interne VaR auf den Handelsbestand angewendet und von den Handelsaktiva abgesetzt. Die verwendeten und damit auch für die handelsrechtliche Bilanzierung maßgeblichen VaR-Parameter sind:

- Verwendung eines VaR auf Basis der Historischen Simulation, bei der die historisch aufgetretenen Wertveränderungen der Risikofaktoren auf die heutige Position angewendet werden und jeweils der potenzielle Gewinn oder Verlust ermittelt wird. Der VaR kann dann aus der Liste der Gewinne und Verluste abgelesen werden. Die Methodik wird analog in der internen Marktpreisrisikosteuerung der Bremer Landesbank genutzt.
- Ergänzende Informationen: Risikoarten, die in der Bremer Landesbank berücksichtigt werden:
  - Allgemeines Zinsrisiko
  - Besonderes Zinsrisiko (emittentenspezifisches Risiko)
  - Währungsrisiko
  - Aktienkursrisiko
  - Optionspreisrisiko
- Konfidenzniveau: 99 %
- Haltedauer: 10 Tage
- Beobachtungszeitraum: 1 Jahr.

Die Methode zur Ermittlung des Risikoabschlages wurde nicht geändert. Die Ermittlung erfolgt auf Basis der Historischen Simulation.

## 1.5 Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – interne Geschäfte

In den Fällen, in denen Risiken aus dem Nichthandelsbestand in den Handelsbestand transferiert werden, erfolgt eine handelsrechtliche Berücksichtigung der internen Geschäfte im Rahmen des Stellvertreterprinzips analog zu externen Geschäften.

## 1.6 Ermittlung von Zeitwerten

Beizulegende Zeitwerte sind zum einen für bilanzielle Zwecke (Bewertung von originären und derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestandes zum beizulegenden Zeitwert) und zum anderen für Offenlegungszwecke (Angabe des beizulegenden Zeitwerts für derivative Finanzinstrumente des Anlagebestands) zu ermitteln. Für beide Verwendungszwecke werden die beizulegenden Zeitwerte gleichermaßen wie folgt ermittelt:



Für in einem aktiven Markt gehandelte Finanzinstrumente entspricht der beizulegende Zeitwert unmittelbar dem Börsen- bzw. Marktpreis, d. h., es werden in diesem Fall keine Anpassungen oder Barwertberechnungen vorgenommen, um den beizulegenden Zeitwert zu ermitteln. Sofern öffentlich notierte Börsenpreise verfügbar sind, werden diese verwendet. Andernfalls wird auf andere Preisquellen zurückgegriffen (z. B. Quotierungen von Market-Makern). Beispiele für in einem aktiven Markt gehandelte Finanzinstrumente sind bei der Bremer Landesbank börsengehandelte Wertpapiere, börsengehandelte Optionen sowie Futures.

In allen übrigen Fällen ist der beizulegende Zeitwert von Finanzinstrumenten durch Anwendung allgemein anerkannter Bewertungsmethoden zu bestimmen. Zu den allgemein anerkannten und von der Bremer Landesbank eingesetzten Bewertungsmethoden zählen insbesondere folgende Methoden:

Bewertungsmethode	Anwendungsbereich	Wesentliche Einflussgrößen (Input-Parameter)
Discounted Cash Flow-Methode	Illiquide verzinsliche Wertpapiere	Swapkurven, Bonitätsinformationen
	Credit Default Swaps	Swapkurven, Credit-Spreads, gegebenenfalls Bonitätsinformationen
	Zinsswaps, FRAs	Swapkurven
	Wertpapiertermingeschäfte	Kontraktdateien, konkrete Wertpapierterminkurse, Swapkurven
	Zins-Währungsswaps, Devisentermingeschäfte	Swapkurven in den getauschten Währungen, Basisswap-Spreads, Devisenkurse
Hull & White-Modell für Optionen	Bermudan Swaptions	Volatilität des zugrundeliegenden Marktpreises/Kurses, risikoloser Zins
Black-Scholes Modell	FX-Optionen	Wechselkurse, Volatilität des zugrundeliegenden Marktpreises/Kurses, risikoloser Zins
	OTC-Aktienoptionen	Volatilität des zugrundeliegenden Marktpreises
Black-76 Modell	Caps und Floors, Swaptions, Bondoptionen	Wechselkurse, Volatilität des zugrundeliegenden Marktpreises/Kurses; risikoloser Zins

## 1.7 Grundsätze der Währungsumrechnung

Der Anschaffungsvorgang ist erfolgsneutral zu halten. Die differenzierte Folgebewertung von Devisen des Handelsbestandes (§ 340e Abs. 3 und Abs. 4 HGB) und des Nichthandelsbestandes (§ 340h i. V. m. § 256a HGB) erfolgt durch eine strikte Trennung zwischen den Devisenbeständen.

Im Anlagebuch werden aus dem Kriterium der besonderen Deckung nach § 340h HGB Folgen für die Ertragsrealisierung abgeleitet. Voraussetzung der besonderen Deckung ist die Währungsidentität, d. h., eine besondere Deckung kann nur in jeweils einer Währung sowie in der Höhe vorliegen, in der sich die Positionen bzw. Geschäfte in Fremdwährung betragsmäßig entsprechen. Die Währungsrisiken des Anlagebuchs werden über Dispositionsmeldungen an die Handelsabteilung transferiert. Dort erfolgt grundsätzlich unter Einsatz von entsprechenden Instrumenten eine währungsidentische Refinanzierung dieser Geschäfte. Kurzfristige Fremdwährungsspitzen auf dem Fremdwährungs-Verrechnungskonto werden täglich angesteuert.

Erfolgswirksamkeit der Umrechnungsergebnisse im Anlagebestand:

- Erträge aus der Umrechnung besonders gedeckter Geschäfte werden gemäß § 340h HGB zwingend erfolgswirksam vereinnahmt.
- Entsprechendes gilt nach § 256a Satz 2 HGB für Erträge aus der Umrechnung von Fremdwährungsposten mit einer Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger.

Fremdwährungsgeschäfte, die nicht besonders gedeckt sind und eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben sowie weder dem Handelsbestand zugeordnet noch bezüglich des Währungsrisikos in eine Bewertungseinheit im Sinne des § 254 HGB einbezogen werden, werden imparitätisch bewertet.

Nach den GoB wird für die Umrechnung der Termingeschäfte im Anlagebuch der Terminkurs des Abschlussstichtags herangezogen. Dienen Devisentermingeschäfte der Absicherung von zinstragenden Bilanzposten, entspricht es den GoB, den Terminkurs aufzuspalten und seine beiden Elemente (Kassakurs und Swapsatz) getrennt bei der Ergebnisermittlung zu berücksichtigen. Die Swapbeträge werden zeitanteilig abgegrenzt. Die Ermittlung der positiven oder negativen Kassakursdifferenzen werden innerhalb derselben Währung saldiert und in dem Bilanzposten „Sonstige Vermögensgegenstände“ bzw. „Sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen. Durch die Reststellenbewertung wird untersucht, ob am Abschlussstichtag aus der fristenmäßigen Schließung der Position Verluste drohen und entsprechende Rückstellungen zu bilden sind.

Für Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten ergeben sich die EUR-Anschaffungskosten aus den in EUR umgerechneten Anschaffungskosten in Fremdwährung zum Anschaffungszeitpunkt (Erfolgsneutralität des Anschaffungsvorgangs). Alle auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten werden am Abschlussstichtag (Folgebewertung) zunächst in der jeweiligen Fremdwährung nach den allgemeinen Grundsätzen bewertet. Der sich danach ergebende Wert wird nach § 256a HGB mit dem Devisenkassamittelkurs des Abschlussstichtags in EUR umgerechnet. Nicht abgewickelte Kassageschäfte in Fremdwährung werden ebenfalls mit dem Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände in Höhe von 4.714 Mio. € (Vorjahr: 4.591 Mio. €) und Schulden in Höhe von 989 Mio. € (Vorjahr: 1.223 Mio. €) wurden zu den Kassamittelkursen zum 31. Dezember 2014 umgerechnet. Die Ergebniseffekte aus der Umrechnung der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden sind im Nettoertrag des Handelsbestandes enthalten.

Fremdwährungsgeschäfte des Handelsbestandes werden nach den für den Handelsbestand geltenden Regeln bilanziert und bewertet. Die Ergebnisse der Währungsumrechnung werden im Posten Nettoertrag des Handelsbestandes ausgewiesen.

## 1.8 Angaben zu den Pensionsrückstellungen

Die Pensionsverpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Methoden (Anwartschaftsbarwertverfahren) berechnet und unter Anwendung der sogenannte „Projected-Unit-Credit-Methode“ (PUC-Methode) bewertet. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Zum 31. Dezember 2014 betrug dieser Zinssatz 4,53 % (Vorjahr: 4,88 %).

Bei der Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden darüber hinaus die folgenden Bewertungsparameter zugrunde gelegt:

Parameter	2014	2013
Fluktuation (ohne Ruhestand/Vorruhestand)	1,500 %	1,500 %
Rententrend:		
Vorstand/Vertragsangestellte p.a.	2,500 %	2,500 %
Gesamtversorgungen p.a.	3,500 %	3,500 %
Additive Versorgung p.a.	2,000 %	2,000 %
Beitragsorientierte Versorgung p.a.	1,000 %	1,000 %
Gehaltstrend:		
Tarifsteigerungen p.a.	2,000 %	2,000 %
Individuellen Gehaltsanhebungen (ruhegehaltfähig) p.a.	0,375 %	0,375 %

Bei den Berechnungen wurden als biometrische Rechnungsgrundlagen die sogenannte „Richttafeln 2005 G“ von Klaus Heubeck verwendet. Als Renteneintrittsalter wurde das nach dem Rentenversicherungs-Altersgrenzenanpassungsgesetz 2007 (RVAGAnpG) frühestmögliche Pensionsalter zugrunde gelegt.

Der verbleibende Zuführungsbetrag aufgrund der geänderten Bewertung der Pensionsverpflichtungen betrug am 31. Dezember 2014 gemäß Artikel 67 Abs. 2 EGHGB insgesamt 62 Mio. € (Vorjahr: 68 Mio. €). Darüber hinaus bestehen mittelbare Versorgungsverpflichtungen gemäß Artikel 28 Abs. 2 EGHGB in Höhe von 20 Mio. € (Vorjahr: 19 Mio. €).

## 1.9 Latente Steuern

Basis für die Bewertung der latenten Steuern war der in Deutschland zurzeit geltende Körperschaftsteuersatz von 15 % zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % und ein durchschnittlicher Gewerbesteuersatz von ca. 15,83 % (Vorjahr: 15,83 %). Die latenten Steuern wurden daher mit einem inländischen Ertragsteuersatz von 31,65 % (Vorjahr: 31,65 %) bewertet.

Passive latente Steuern auf handels- und steuerrechtlich abweichende Wertansätze von Beteiligungen wurden mit aktiven latenten Steuern auf abweichende Wertansätze bei Pensionsrückstellungen und Sachanlagen verrechnet.

Über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive Steuerlatenzen werden in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht aktiviert.

## 2 Erläuterung der einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Die nachfolgenden Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erfolgen entsprechend der Reihenfolge des Ausweises in den Formblättern.

### 2.1 Bilanz

#### 2.1.1 Bilanz – Aktiva

Mio. €	31.12.2014	31.12.2013
<b>Pos. 3: Forderungen an Kreditinstitute</b>		
Forderungen an verbundene Unternehmen	156	178
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	21	32
Nachrangige Forderungen	-	-
Forderungen an angeschlossene Sparkassen	2.851	3.475
zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen gemäß § 28 PfandBG	660	1.099
zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen auf Altbestand	267	535
<b>Pos. 4: Forderungen an Kunden</b>		
Forderungen an verbundene Unternehmen	128	98
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	113	111
zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen gemäß § 28 PfandBG	4.519	4.729
zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen auf Altbestand	613	963
<b>Pos. 5: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>		
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
ba) von öffentlichen Emittenten		
börsenfähige und börsennotierte Anleihen	2.313	2.109
bb) von anderen Emittenten		
börsenfähige und börsennotierte Anleihen	1.787	2.722
börsenfähige und nicht börsennotierte Anleihen	-	30
von verbundenen Unternehmen	160	237
Betrag, der nicht mit dem Niederstwert bewerteten börsenfähigen Wertpapiere	1.904	2.975
Unterbliebene Abschreibungen auf niedrigeren beizulegenden Wert		
Buchwert	260	529
Zeitwert	259	512
Stille Reserven		
Buchwert	3.349	4.262
Zeitwert	3.397	4.342
zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen gemäß § 28 PfandBG	258	362
zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen auf Altbestand	25	475

Mio. €		31.12.2014	31.12.2013
<b>Pos. 6:</b>	<b>Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>		
	Stille Reserven		
	Buchwert	28	1
	Zeitwert	29	1
	börsenfähige und börsennotierte Anteile	28	1
	börsenfähig und nicht börsennotierte Anteile	0	0
<b>Pos. 6a:</b>	<b>Handelsbestand</b>		
	Derivative Finanzinstrumente	212	12
	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	81	138
	von verbundenen Unternehmen	20	10
	abzüglich Risikoabschlag	-1	-3
<b>Pos. 7:</b>	<b>Beteiligungen</b>		
	börsenfähige und börsennotierte Anteile	0	3
	börsenfähige und nicht börsennotierte Anteile	-	-
<b>Pos. 8:</b>	<b>Anteile an verbundenen Unternehmen:</b>		
	börsenfähige und börsennotierte Anteile	-	-
	börsenfähige und nicht börsennotierte Anteile	-	-
<b>Pos. 9:</b>	<b>Treuhandvermögen</b>		
	Forderungen an Kunden	3	3
	Beteiligungen	72	31
	Sachanlagen	53	53
<b>Pos. 12:</b>	<b>Sachanlagen</b>		
	im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte		
	- Grundstücke und Gebäude	6	7
	- Betriebs- und Geschäftsausstattung	7	9
<b>Pos. 14:</b>	<b>Sonstige Vermögensgegenstände</b>		
	Zinsabgrenzung für Finanzswapgeschäfte	227	284
	Ausgleichsposten aus Fremdwährungsderivaten	-	64
	sonstige Ansprüche gegen ausländische Banken	8	8
	Ansprüche auf Erstattung von Steuern	0	10
<b>Pos. 15</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>		
	Agien und Disagien	8	10

## Entwicklung des Anlagevermögens

Mio. €	Anschaffungs-/Herstellungskosten	-----Veränderungen-----				Restbuchwert 31.12.2014	Restbuchwert 31.12.2013	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Zuschreibungen des Geschäftsjahres
		Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Abschreibungen kumuliert				
Beteiligungen	23	0	4	0	4	15	19	0	-
Anteile an verbundenen Unternehmen	119	43	0	0	0	162	119	-	0
Wertpapiere des Anlagevermögens	2.975	0	1.071	0	0	1.904	2.975	-	-
Immaterielle Vermögensgegenstände	14	4	2	-	12	4	2	1	-
Sachanlagen	73	14	31	-	20	36	27	3	-

Die nachstehend aufgeführten Posten der Aktiva gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt:

### Forderungen an Kreditinstitute

Mio. €	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
<b>31.12.2014</b>						
b) Kommunalkredite	2.851	2	131	364	731	1.623
c) andere Forderungen	800	478	10	35	138	139
<b>Summe</b>	<b>3.651</b>	<b>480</b>	<b>141</b>	<b>399</b>	<b>869</b>	<b>1.762</b>
<b>31.12.2013</b>						
b) Kommunalkredite	3.475	423	25	361	1.032	1.634
c) andere Forderungen	718	270	85	175	129	59
<b>Summe</b>	<b>4.193</b>	<b>693</b>	<b>110</b>	<b>536</b>	<b>1.161</b>	<b>1.693</b>

### Forderungen an Kunden

Mio. €	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
<b>31.12.2014</b>						
a) Hypothekendarlehen	1.609	1	54	71	376	1.107
b) Kommunalkredite	4.963	20	461	311	1.345	2.826
c) andere Forderungen	15.774	1.294	1.952	1.247	4.168	7.113
<b>Summe</b>	<b>22.346</b>	<b>1.315</b>	<b>2.467</b>	<b>1.629</b>	<b>5.889</b>	<b>11.046</b>
<b>31.12.2013</b>						
a) Hypothekendarlehen	1.633	1	56	66	385	1.125
b) Kommunalkredite	4.697	1	62	339	1.480	2.815
c) andere Forderungen	15.936	1.257	1.891	1.324	4.142	7.322
<b>Summe</b>	<b>22.266</b>	<b>1.259</b>	<b>2.009</b>	<b>1.729</b>	<b>6.007</b>	<b>11.262</b>

Von den täglich fälligen Forderungen entfallen 754 Mio. € (Vorjahr: 820 Mio. €) auf unbefristete Forderungen.

### Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Die im Folgejahr fälligen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere im Bestand betragen 1.924 Mio. € (Vorjahr: 711 Mio. €).

Die in der Erläuterungstabelle zur Bilanzposition 5 „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ angegebenen stillen Lasten in Höhe von 1 Mio. € (Vorjahr: 17 Mio. €) ergeben sich aus der Differenz von Marktwert und Buchwert ohne Berücksichtigung der Effekte aus Bewertungseinheiten. Etwaige Sicherheiten oder Garantien sind bei der Ermittlung der stillen Lasten ebenfalls nicht berücksichtigt worden.

Bei den Wertpapieren lagen keine dauerhaften, sondern voraussichtlich vorübergehende und damit nicht bonitätsinduzierte Wertminderungen vor, sodass keine Abschreibung auf den beizulegenden Zeitwert erfolgte.

## 2.1.2 Bilanz – Passiva

Mio. €	31.12.2014	31.12.2013
<b>Pos. 1: Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	44	119
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	18	2
Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	756	521
<b>Pos. 2: Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	6	7
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	21	22
<b>Pos. 3: Verbriefte Verbindlichkeiten</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	655	417
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-
<b>Pos. 3a: Handelsbestand</b>		
Derivative Finanzinstrumente	244	40
von verbundenen Unternehmen	5	-
<b>Pos. 4: Treuhandverbindlichkeiten</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3	3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	125	84
<b>Pos. 5: Sonstige Verbindlichkeiten</b>		
Zinsen auf nachrangige Verbindlichkeiten	2	2
Zinsabgrenzung aus Finanzswapgeschäften	166	216
Ausgleichsposten aus Fremdwährungsderivaten	236	-
erhaltene Optionsprämien	21	18
Steuerverbindlichkeiten	2	1
<b>Pos. 6: Rechnungsabgrenzungsposten</b>		
Agien und Disagien	16	17
<b>Pos. 9: Nachrangige Verbindlichkeiten</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	201	200
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-
Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten	20	18

### Spezifikation der nachrangigen Verbindlichkeiten gemäß § 35 Abs. 3 RechKredV:

Währung	Betrag 31.12.2014 Mio. €	Zinsaufwand 2014 Mio. €	Zinssatz % p.a.	Laufzeitende
€	65	1	variabel	05.04.2041
€	85	1	variabel	21.03.2031
€	200	1	variabel	28.06.2030
€	50	2	variabel	11.09.2028
€	50	2	variabel	06.12.2027
€	150	6	variabel	16.11.2027
€	150	7	4,875 %	15.12.2015
<b>Gesamt</b>	<b>750</b>	<b>20</b>		

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann für diese Mittelaufnahme nicht entstehen. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Bedingungen der Nachrangigkeit gemäß § 10 Abs. 5a KWG. Ihre Ursprungslaufzeit beträgt in allen Fällen mindestens zehn Jahre. Weitere nachrangige Verbindlichkeiten bestehen nicht.



Die nachstehend aufgeführten Posten der Passiva gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt:

### Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Mio. €	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
<b>31.12.2014</b>						
a) begebene Hypotheken-Namenspapiere	260	-	1	132	115	12
b) begebene öffentliche Namenspapiere	548	-	2	354	110	82
c) andere Verbindlichkeiten	10.363	1.258	981	672	2.641	4.811
<b>Summe</b>	<b>11.171</b>	<b>1.258</b>	<b>984</b>	<b>1.158</b>	<b>2.866</b>	<b>4.905</b>
<b>31.12.2013</b>						
a) begebene Hypotheken-Namenspapiere	336	-	1	80	245	10
b) begebene öffentliche Namenspapiere	889	-	177	150	481	81
c) andere Verbindlichkeiten	9.718	1.020	341	678	2.599	5.080
<b>Summe</b>	<b>10.943</b>	<b>1.020</b>	<b>519</b>	<b>908</b>	<b>3.325</b>	<b>5.171</b>

### Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Mio. €	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
<b>31.12.2014</b>						
a) begebene Hypotheken-Namenspapiere	301	0	1	5	151	144
b) begebene öffentliche Namenspapiere	2.240	34	45	427	389	1.345
c) Spareinlagen	220	0	0	214	5	1
d) andere Verbindlichkeiten	6.138	2.817	950	449	647	1.275
<b>Summe</b>	<b>8.899</b>	<b>2.851</b>	<b>996</b>	<b>1.095</b>	<b>1.192</b>	<b>2.765</b>
<b>31.12.2013</b>						
a) begebene Hypotheken-Namenspapiere	319	-	2	6	94	217
b) begebene öffentliche Namenspapiere	2.469	39	84	409	729	1.208
c) Spareinlagen	218	-	169	43	5	1
d) andere Verbindlichkeiten	6.903	3.168	1.297	272	722	1.444
<b>Summe</b>	<b>9.909</b>	<b>3.207</b>	<b>1.552</b>	<b>730</b>	<b>1.550</b>	<b>2.870</b>

### Verbriefte Verbindlichkeiten

Die im Folgejahr fälligen begebenen Schuldverschreibungen, die unter den verbrieften Verbindlichkeiten ausgewiesen werden, betragen 2.750 Mio. € (Vorjahr: 1.745 Mio. €).

## 2.2 Gewinn- und Verlustrechnung

### Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Mio. €		2014	2013
<b>Pos. 7:</b>	<b>Nettoertrag des Handelsbestands</b>		
	Risikoabschlag gemäß § 340 e HGB (Auflösungsertrag in 2014)	-2	1
	Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	1	1
<b>Pos. 8:</b>	<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>		
	Zuschreibungen auf unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesene, gekündigte Wertpapiere	1	0
	Auflösung von Rückstellungen	2	7
	Kostenerstattungen	2	2
	Grundstückserträge	0	1
<b>Pos. 12:</b>	<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>		
	Beitrag zum Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute („Bankenabgabe“)	3	4
	Aufzinsungen für Pensionsrückstellungen	14	13
	sonstige Aufzinsungen	1	1
<b>Pos. 16:</b>	<b>Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>		
	Beteiligungen	37	0
	Wertpapiere des Anlagevermögens	1	1
<b>Pos. 21:</b>	<b>Außerordentliche Aufwendungen</b>		
	BilMoG-Anpassungsbetrag für Pensionsrückstellungen	6	6

#### Erträge aus Zuschreibung zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren

Die Bremer Landesbank hat eine Beteiligung in die 100%ige Tochtergesellschaft „BLB Grundbesitz KG“ eingebracht. Hierbei wurde ein Buchgewinn in Höhe von 37 Mio. € realisiert.

#### Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen zum weit überwiegenden Teil das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

## 3 Sonstige Angaben

### 3.1 Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Für die Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen in Höhe von 1,5 Mrd. € (Vorjahr: 3,0 Mrd. €) erfolgt eine Einschätzung des Ausfallrisikos der in Anspruch genommenen Avale im Rahmen der allgemeinen Kreditbearbeitung. Die Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen entfallen auf Kreditderivate in Höhe von 0,4 Mrd. € (Vorjahr: 2,0 Mrd. €). Es bestehen keine Haftungsverhältnisse gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 0 Mio. €).

Die anderen Verpflichtungen von 1,9 Mrd. € (Vorjahr: 1,9 Mrd. €) entfallen auf Kreditzusagen gegenüber Kunden. Davon entfallen ca. 0,1 Mrd. € (Vorjahr: 0,1 Mrd. €) auf die strategische Geschäftseinheit Schiffsfinanzierungen und 1,4 Mrd. € (Vorjahr: 1,5 Mrd. €) auf Firmenkunden.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten folgende wesentliche Beträge:

- Eine Einschussverpflichtung besteht gegenüber der M Cap Finance Deutsche Mezzanine Fonds Zweite GmbH & Co. KG, Leipzig, in Höhe von 4 Mio. € (Vorjahr: 4 Mio. €).
- Eine weitere Nachschussverpflichtung sowie zusätzliche Mithaftung für andere Gesellschafter besteht gegenüber der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt/Main, in Höhe von 3 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €).
- Die Beiträge für die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen wurden nach risikoorientierten Grundsätzen neu bemessen. Daraus resultieren Nachschusspflichten in Höhe von 43 Mio. € (Vorjahr: 55 Mio. €). Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.
- Im Zusammenhang mit der Einziehung der Geschäftsanteile an der FinanzIT GmbH, Hannover, haben sich die ausscheidenden Gesellschafter NORD/LB, Bremer Landesbank und Landesbank Saar verpflichtet, gemeinsam mit den verbleibenden Gesellschaftern der FinanzIT für Risiken der Gesellschaft aus der Zeit bis zu ihrem Ausscheiden aufzukommen, sofern diese tatsächlich eingetreten und nicht durch bereits gebildete Rückstellungen abgedeckt sind.
- Die Bremer Landesbank haftet unabhängig von der Veräußerung der mittelbar über die GLB GmbH & Co. oHG, Frankfurt/Main, gehaltenen Beteiligung an der DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt/Main, und die damit verbundene Kapitalherabsetzung der GLB GmbH & Co. oHG gemeinsam mit den anderen Gesellschaftern weiterhin als Gewährträger für bestimmte Altverbindlichkeiten der DekaBank Deutsche Girozentrale.
- Als Sicherheit für Geschäfte an Terminbörsen wurden – analog Vorjahr – keine Wertpapiere hinterlegt. Stattdessen wurde bei der Eurex Deutschland, Frankfurt/Main, eine Barsicherheit in Höhe von 15 Mio. € hinterlegt (Vorjahr: 15 Mio. €).

## 3.2 Mitarbeiter

### Anzahl der Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt

	2014	2013
Männlich	547	531
Weiblich	552	553
<b>Gesamt</b>	<b>1.099</b>	<b>1.084</b>

## 3.3 Bezüge, Vorschüsse, Kredite und Haftungsverhältnisse von bzw. gegenüber Organmitgliedern

### 3.3.1 Gesamtbezüge der Organmitglieder

T€	2014	2013
Vorstand	2.749	2.144
Aufsichtsrat <sup>1)</sup>	203	171
Beirat <sup>1)</sup>	68	73

<sup>1)</sup>Gemäß § 5a des Senatsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen besteht eine Ablieferungspflicht für Vergütungen aus der Aufsichtsrats- und Beiratstätigkeit.

In 2014 wurde im Zuge einer aufsichtsrechtlich getriebenen Neufassung der Dienstverträge die Gehaltsstruktur der Vorstände geändert. Daraus resultierend fielen in das Jahr 2014 höhere Fixvergütungen bei gleichzeitiger Ausschüttung der variablen Vergütung aus den Altverträgen. Die reduzierte variable Vergütung kommt erst in 2015 zum Tragen.

Die vertraglichen Vergütungen der Vorstände blieben insgesamt unverändert.

### 3.3.2 Gesamtbezüge früherer Organmitglieder und deren Hinterbliebenen

T€	2014	2013
Vorstand	1.513	1.587
Aufsichtsrat	-	-
Beirat	-	-

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis wurden 20.210 T€ (Vorjahr: 16.674 T€) zurückgestellt. Der verbleibende Zuführungsbetrag aufgrund der geänderten Bewertung der Pensionsverpflichtungen beträgt am 31. Dezember 2014 4.148 T€ (Vorjahr: 4.563 T€) gemäß Artikel 67 Abs. 2 EGHGB.

Mittelbare Versorgungsverpflichtungen gemäß Artikel 28 Abs. 2 EGHGB bestehen für diesen Personenkreis nicht.

### 3.3.3 Vorschüsse, Kredite und Haftungsverhältnisse

T€	Forderungen	Verbindlichkeiten
<b>gewährte Vorschüsse und Kredite per 31.12.2014</b>		
Vorstand	386	946
Aufsichtsrat	1.036	264
Trägerversammlung	253	-
<b>gewährte Vorschüsse und Kredite per 31.12.2013</b>		
Vorstand	466	436
Aufsichtsrat	1.087	1.500
Trägerversammlung	-	64

## 3.4 Andere Angaben

### 3.4.1 Nicht zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossene Geschäfte

Im Geschäftsjahr 2014 sind keine Geschäfte zu nicht marktüblichen Bedingungen mit nahe-stehenden Personen und Unternehmen vorgenommen worden.

### 3.4.2 Dritten gegenüber erbrachte Dienstleistungen

Die Dritten gegenüber erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung sind von untergeordneter Bedeutung.

### 3.4.3 Verrechnung von Vermögensgegenständen mit Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen

Den Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen stehen keine gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB zu verrechnenden Vermögensgegenstände gegenüber.

### 3.4.4 Ausschüttungssperre von Vermögensgegenständen

Es wurden keine Vermögensgegenstände im Geschäftsjahr 2014 nach § 268 Abs. 8 HGB aktiviert, die einer Ausschüttungssperre unterliegen.

### 3.5 Termingeschäfte

Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte beinhalten vor allem die nachfolgenden Arten von Geschäften:

Mio. €	Nominalwerte	Zeitwerte positiv	Zeitwerte negativ
<b>Termingeschäfte des Anlagebestands</b>			
Termingeschäfte in fremder Währung	5.275	6	247
Zinsbezogene Termingeschäfte	7.536	10	30
	<b>12.811</b>	<b>16</b>	<b>277</b>
<b>Termingeschäfte des Handelsbestands</b>			
Termingeschäfte in fremder Währung	2.235	27	32
Zinsbezogene Termingeschäfte	23.835	1.394	914
	<b>26.070</b>	<b>1.421</b>	<b>946</b>

Innerhalb des Nichthandelsbestandes dienen die Termingeschäfte je nach Risikoart der Absicherung von Währungs-, Liquiditäts- und Zinsrisiken. Im Handelsbestand dienen die Termingeschäfte der Steuerung von Zins- und Währungsrisiken; offene Positionen werden unter Berücksichtigung der Limiteinhaltung eingegangen.

In den zinsbezogenen Termingeschäften des Handelsbestandes sind noch nicht abgewickelte Futures und FRA mit einem Nominalvolumen von 1.228 Mio. € (Vorjahr: 212 Mio. €) enthalten.

### 3.6 Derivative Geschäfte

Die in den folgenden Tabellen aufgeführten derivativen Finanzinstrumente, die der Übertragung von Marktpreis- und Adressausfallrisiken zwischen verschiedenen Parteien dienen, leiten ihren Wert unter anderem von Zinssätzen, Indizes und Devisenkursen ab. Die derivativen Produkte der Bremer Landesbank umfassen Zins- und Zinswährungsswaps, Forward Rate Agreements, Caps und Floors, börsengehandelte Futures und Optionen, Devisenoptionen und Termingeschäfte sowie Kreditderivate. Die Derivate werden als standardisierte Börsenkontrakte oder in Form bilateraler Verträge außerbörslich (OTC) abgeschlossen.

Die Bremer Landesbank setzt die Derivate vorwiegend zur Steuerung der Handelspositionen und des Anlagebestands durch das Aktiv-Passiv-Management ein.

Im Rahmen der Bewertung wird eine Unterscheidung zwischen börsengehandelten und außerbörslichen Produkten getroffen. Bei börsengehandelten Futures findet ein täglicher Barausgleich (Variation Margin) statt.

Die in den folgenden Abschnitten dargestellten Marktwerte entsprechen den tatsächlichen Werten am Bilanzstichtag (Marktpreise) bzw. den anhand marktüblicher Bewertungsmethoden ermittelten beizulegenden Zeitwerten.

Die positiven und negativen Zeitwerte wurden nach der Marktbewertungsmethode zum Bilanzstichtag für die genannten Produktgruppen einzeln ermittelt.

### 3.6.1 Nicht zum Zeitwert bewertete externe Derivate – Gliederung nach Risikoart und Geschäftstyp (Nichthandelsbestand)

Im Folgenden werden die dem Nichthandelsbestand zugeordneten derivativen Geschäfte dargestellt:

Mio. €	Nominalwerte	Positive Zeitwerte	Negative Zeitwerte	Buchwert	Erfasst in Bilanzposten
<b>Zinsrisiken</b>					
Zinsswaps	7.151	7	30		
F.R.A.	200	0	-		
Caps, Floors	37	0	1		
Forward-Emission	-	-	-		
Swaptions (Käufe)	148	2	-	7	Sonstige Vermögensgegenstände
<b>Zinsrisiken – insgesamt –</b>	<b>7.536</b>	<b>9</b>	<b>31</b>	<b>7</b>	
<b>(Vorjahr)</b>	<b>(9.964)</b>	<b>(22)</b>	<b>(65)</b>	<b>(6)</b>	
<b>Währungsrisiken</b>					
Währungsswaps	1.305	0	35		
Zinswährungsswaps	3.959	6	212		
Caps, Floors in Fremdwährung	10	0	0		
Devisenoptionen (Käufe)	1	0	-	-	
<b>Währungsrisiken – insgesamt –</b>	<b>5.275</b>	<b>6</b>	<b>247</b>	<b>-</b>	
<b>(Vorjahr)</b>	<b>(5.062)</b>	<b>(109)</b>	<b>(63)</b>	<b>(-)</b>	
<b>Kreditrisiken</b>					
Kreditderivate – insgesamt –	385	0	5	-	
<b>(Vorjahr)</b>	<b>(1.968)</b>	<b>(0)</b>	<b>(18)</b>	<b>(-)</b>	

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe bzw. Long- und Short-Positionen dar. Für alle Kontrakte werden Zeitwerte und Buchwerte exklusive Stückzinsen gezeigt. Eine Verrechnung positiver und negativer Zeitwerte von Kontrakten mit der gleichen Gegenpartei wurde nicht vorgenommen. Die vorstehende Tabelle enthält auch diejenigen Derivate, die in Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB eingebracht wurden. Im Rahmen der Währungsumrechnung gemäß § 340h HGB i. V. m. § 256a HGB wurden keine Derivate mit Währungsrisiken zum 31. Dezember 2014 (Vorjahr: 0 Mio. €) passiviert. Alle Zeitwerte ließen sich verlässlich ermitteln. Bezüglich der angewandten Bewertungsmethoden wird auf das Kapitel „Ermittlung von Zeitwerten“ verwiesen.

### 3.6.2 Zum Zeitwert bewertete externe Derivate – Gliederung nach Risikoart und Geschäftstyp (Handelsbestand)

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe bzw. Long- und Short-Positionen dar. Sie gliedern sich wie folgt:

Mio. €	Nominalwerte	Positive Zeitwerte	Negative Zeitwerte
<b>Zinsrisiken</b>			
Zinsswaps	21.210	1.379	884
Swaptions	367	0	15
Käufe	3	0	-
Verkäufe	364	-	15
Caps, Floors	1.230	15	15
Futures	1.028	-	-
<b>Zinsrisiken – insgesamt –</b>	<b>23.835</b>	<b>1.394</b>	<b>914</b>
<b>(Vorjahr)</b>	<b>(26.877)</b>	<b>(1.099)</b>	<b>(691)</b>
<b>Währungsrisiken</b>			
Devisentermingeschäfte	256	5	7
Währungsswaps	202	5	2
Zinswährungsswaps	1.714	15	22
Caps, Floors	50	0	0
Devisenoptionen	13	1	1
Käufe	7	1	-
Verkäufe	6	-	1
<b>Währungsrisiken – insgesamt –</b>	<b>2.235</b>	<b>26</b>	<b>32</b>
<b>(Vorjahr)</b>	<b>(2.477)</b>	<b>(35)</b>	<b>(42)</b>
<b>Kreditrisiken</b>			
<b>Kreditderivate – insgesamt –</b>	<b>300</b>	<b>1</b>	<b>1</b>
<b>(Vorjahr)</b>	<b>(300)</b>	<b>(3)</b>	<b>(3)</b>

### 3.6.3 Fristengliederung der Derivate (Handelsbestand)

Die Derivate des Handelsbestandes (Nominalwerte) gliedern sich nach Fristigkeiten wie folgt:

Mio. €	31.12.2014			31.12.2013		
	Zinsrisiken	Währungsrisiken	Kreditderivate	Zinsrisiken	Währungsrisiken	Kreditderivate
Restlaufzeiten						
bis 3 Monate	1.663	378	-	2.678	699	-
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	3.854	663	-	3.107	401	0
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	11.551	966	-	13.086	1.160	300
mehr als 5 Jahre	6.767	228	300	8.006	217	0
<b>Insgesamt</b>	<b>23.835</b>	<b>2.235</b>	<b>300</b>	<b>26.877</b>	<b>2.477</b>	<b>300</b>

Aktien- und sonstige Preisrisiken bestanden zum Berichts- und Vorjahresstichtag nicht.



### 3.6.4 Kontrahentengliederung der Derivate (Handelsbestand)

Im Folgenden die Aufgliederung des Handelsbestandes der Derivate nach externen Kontrahenten:

Mio. €	31.12.2014			31.12.2013		
	Nominal- werte	Zeitwerte		Nominal- werte	Zeitwerte	
		positiv	negativ		positiv	negativ
Banken in der OECD (inklusive Börsenkontrakte)	23.394	1.236	937	25.945	986	725
Öffentliche Stellen in der OECD	13	1	-	19	0	0
Sonstige Kontrahenten	2.963	186	11	3.690	151	12
<b>Summe</b>	<b>26.370</b>	<b>1.423</b>	<b>948</b>	<b>29.654</b>	<b>1.137</b>	<b>737</b>

### 3.6.5 Angaben zu Bewertungseinheiten

Die Bremer Landesbank hat folgende Vermögensgegenstände in handelsbilanzielle Mikro-Bewertungseinheiten einbezogen (Angaben der Buchwerte der Vermögensgegenstände ohne aufgelaufene Zinsen):

Mio. €	31.12.2014	31.12.2013
Vermögensgegenstände		
Festverzinsliche Wertpapiere der Liquiditätsreserve	460	281
<b>Gesamtsumme</b>	<b>460</b>	<b>281</b>

Es handelt sich um elf Mikro-Bewertungseinheiten von Wertpapieren der Liquiditätsreserve in Höhe von 463 Mio. €, bei denen das Zinsänderungsrisiko durch Zinsswaps in gleicher Höhe abgesichert worden ist. Der Zeitraum der Sicherungsbeziehung besteht grundsätzlich bis zur Endfälligkeit des jeweiligen Grundgeschäfts. Die Endfälligkeiten der relevanten Grundgeschäfte liegen in den Jahren 2018 bis 2024.

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve unterliegen dem strengen Niederstwertprinzip. Zinsinduzierte Wertverluste bei den Grundgeschäften werden aufgrund der perfekten Mikro-Hedges-Beziehungen nicht berücksichtigt. Die nicht zinsinduzierten stillen Reserven für die Grundgeschäfte betragen 6 Mio. €. Nicht zinsinduzierte Abschreibungen für die Wertpapiere der Liquiditätsreserve in Bewertungseinheiten mussten zum 31. Dezember 2014 nicht vorgenommen werden.

## 3.7 Weitere Angaben

### 3.7.1 Offenmarktgeschäfte

Im Rahmen von Offenmarktgeschäften wurden bei der Deutschen Bundesbank Anleihen im Buchwert von 1.584 Mio. € (Vorjahr: 1.562 Mio. €) hinterlegt.

### 3.7.2 Pensionsgeschäfte

Wie im Vorjahr bestanden zum Bilanzstichtag keine echten Pensionsgeschäfte in Wertpapieren und anderen Vermögensgegenständen.

### 3.7.3 Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten

Als Sicherheiten für eigene Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Forderungen gegenüber Kunden in Höhe von 6.454 Mio. € (Vorjahr: 6.441 Mio. €) abgetreten.

### 3.7.4 Abschlussprüferhonorar

Die nachfolgende Tabelle zeigt auf aggregierter Basis die für Dienstleistungen des Abschlussprüfers KPMG im Geschäftsjahr 2013 und 2014 angefallenen Honorare:

T€	2014	2013
a) Abschlussprüfungsleistungen	764	646
b) Andere Bestätigungsleistungen	689	534
c) Steuerberatungsleistungen	-	-
d) Sonstige Leistungen	93	-

### 3.7.5 Finanzgeschäfte in ausgewählten europäischen Staaten

Die nachfolgenden Übersichten zeigen unser Engagement gegenüber europäischen Staaten, für die ein erhöhtes wirtschaftliches Risiko angenommen wird.

31.12.2014		historische Anschaffungskosten	bilanzierter Buchwert <sup>1)</sup>	Wertberichtigung in GuV	Fair Value
Mio. €	Nominal				
<b>Portugal</b>	-	-	-	-	-
Staat	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstitutionen / Versicherungen	-	-	-	-	-
Unternehmen/Sonstige	-	-	-	-	-
<b>Irland</b>	<b>132</b>	<b>129</b>	<b>131</b>	-	<b>130</b>
Staat	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstitutionen / Versicherungen	107	104	111	-	108
Unternehmen/Sonstige	25	25	20	-	22
<b>Italien</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	-	<b>0</b>
Staat	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstitutionen / Versicherungen	0	0	0	-	0
Unternehmen/Sonstige	0	0	0	-	0
<b>Griechenland</b>	<b>33</b>	<b>33</b>	<b>33</b>	-	<b>33</b>
Staat	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstitutionen / Versicherungen	-	-	-	-	-
Unternehmen/Sonstige	33	33	33	-	33
<b>Spanien</b>	<b>19</b>	<b>19</b>	<b>18</b>	-	<b>18</b>
Staat	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstitutionen / Versicherungen	19	19	18	-	18
Unternehmen/Sonstige	-	-	-	-	-
<b>Summe</b>	<b>184</b>	<b>181</b>	<b>183</b>	-	<b>181</b>

31.12.2013					
Mio. €	Nominal	historische Anschaffungskosten	bilanzierter Buchwert <sup>1)</sup>	Wertberichtigung in GuV	Fair Value
<b>Portugal</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>-</b>	<b>0</b>
Staat	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstitutionen / Versicherungen	0	0	0	-	0
Unternehmen/Sonstige	0	0	0	-	0
<b>Irland</b>	<b>170</b>	<b>170</b>	<b>171</b>	<b>-</b>	<b>171</b>
Staat	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstitutionen / Versicherungen	146	146	149	-	148
Unternehmen/Sonstige	24	24	22	-	23
<b>Italien</b>	<b>82</b>	<b>82</b>	<b>81</b>	<b>-</b>	<b>81</b>
Staat	0	0	0	-	0
Finanzierungsinstitutionen / Versicherungen	81	81	81	-	81
Unternehmen/Sonstige	1	1	0	-	0
<b>Griechenland</b>	<b>31</b>	<b>31</b>	<b>31</b>	<b>-</b>	<b>31</b>
Staat	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstitutionen / Versicherungen	-	-	-	-	-
Unternehmen/Sonstige	31	31	31	-	31
<b>Spanien</b>	<b>44</b>	<b>44</b>	<b>44</b>	<b>-</b>	<b>41</b>
Staat	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstitutionen / Versicherungen	44	44	44	-	41
Unternehmen/Sonstige	0	0	0	-	0
<b>Summe</b>	<b>327</b>	<b>327</b>	<b>327</b>	<b>-</b>	<b>324</b>

<sup>1)</sup> einschließlich anteiliger Zinsen, Disagio, Agio, etc.

## 3.8 Deckungsrechnung

### 3.8.1 Deckungsrechnung gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 7 Kreditinstituts-Rechnungslegungsverordnung (RechKredV)

#### Deckung der umlaufenden Schuldverschreibungen (§ 35 Abs. 1 Nr. 7 RechKredV)

Mio. €	Hypothekenkreditgeschäft	Kommunalkreditgeschäft	Schiffe
<b>Deckungspflichtige Verbindlichkeiten</b>	<b>852</b>	<b>3.717</b>	<b>193</b>
Pfandbriefe			
Inhaberschuldverschreibungen	457	1.628	40
Namenschuldverschreibungen	395	2.089	153
<b>Deckungswerte</b>	<b>1.067</b>	<b>4.094</b>	<b>276</b>
Forderungen an Kreditinstitute	-	660	0
Forderungen an Kunden	1.042	3.251	226
Wertpapiere öffentlicher Emittenten	25	183	50
<b>Deckungsüberhang</b>	<b>215</b>	<b>377</b>	<b>83</b>

## 3.8.2 Report gemäß § 28 Pfandbriefbankgesetz (PfandBG) per 31.12.2014

### a. Hypothekendarlehenpfandbriefe

#### Nominal- und Barwertdeckung für Hypothekendarlehenpfandbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG)

Mio. €	Nennwert		Barwert		Risikobarwert Dynamisches Verfahren Mind. +100 bp		Risikobarwert Dynamisches Verfahren Mind. -100 bp	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	852	957	923	1.011	894	980	945	1.040
Gesamtbetrag der Deckungswerte	1.067	1.268	1.197	1.392	1.158	1.341	1.216	1.443
Überdeckung	215	311	274	381	264	361	271	403
Überdeckung in %	25	32	30	38	30	37	29	39

#### Laufzeitstruktur des Deckungsregisters für Hypothekendarlehenpfandbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

Mio. €	Hypothekendarlehenpfandbriefe		Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen		
	2014	2013	2014	2013	
Bis zu 1 Jahr		217	231	154	199
Mehr als 1 Jahr und bis zu 2 Jahre		180	217	143	139
Mehr als 2 Jahre und bis zu 3 Jahre		40	180	115	183
Mehr als 3 Jahre und bis zu 4 Jahre		71	40	114	122
Mehr als 4 Jahre und bis zu 5 Jahre		142	67	106	132
Mehr als 5 Jahre und bis zu 10 Jahre		110	129	398	454
Mehr als 10 Jahre		92	93	37	39
<b>Gesamtsumme</b>		<b>852</b>	<b>957</b>	<b>1.067</b>	<b>1.268</b>

#### Anteil Derivate (§ 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG)

Derivate sind nicht enthalten.

#### Weitere Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 2 und 3 PfandBG (§ 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG)

Mio. €	Nominalwerte	
	2014	2013
Weitere Deckungswerte	25	-

#### Aufschlüsselung des Hypothekendarlehenregisters nach Größenklassen (§ 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG)

Die Größenklassen über 0,3 Mio. € wurden aufgrund der Änderung des Pfandbriefgesetzes neu festgelegt. Daher werden die Vorjahreswerte in einer gesonderten Tabelle abgebildet.

Größenklassen	Mio. €		prozentual	
	2014	2013	2014	2013
Bis zu 0,3 Mio. €	390		38	
Mehr als 0,3 Mio. € bis zu 1,0 Mio. €	177		17	
Mehr als 1,0 Mio. € bis zu 10,0 Mio. €	440		42	
Mehr als 10,0 Mio. €	35		3	
<b>Gesamtsumme</b>	<b>1.042</b>		<b>100</b>	

Größenklassen	Mio. €		prozentual	
	2014	2013	2014	2013
Bis zu 0,3 Mio. €		438		34
Mehr als 0,3 Mio. € bis zu 5,0 Mio. €		644		51
Mehr als 5,0 Mio. €		151		12
Sichernde Überdeckung		35		3
<b>Gesamtsumme</b>		<b>1.268</b>		<b>100</b>

### Aufschlüsselung des Hypothekenregisters nach Nutzungsarten (§ 28 Abs. 2 Nr. 1b und c PfandBG)

	Mio. €		prozentual	
	2014	2013	2014	2013
Wohnungen	96	107	9	8
Einfamilienhäuser	237	265	22	21
Mehrfamilienhäuser	266	310	25	25
Unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	-	-	-	-
Bauplätze	0	0	0	0
<b>Summe der wohnwirtschaftlich genutzten Grundstücke</b>	<b>599</b>	<b>682</b>	<b>56</b>	<b>54</b>
Bürogebäude	103	109	10	8
Handelsgebäude	58	73	6	6
Industriegebäude	0	0	0	0
Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	281	369	26	29
Unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	1	-	-	-
Bauplätze	-	-	-	-
<b>Summe der gewerblich genutzten Grundstücke</b>	<b>443</b>	<b>551</b>	<b>42</b>	<b>43</b>
Summe der wohnwirtschaftlich und gewerblich genutzten Grundstücke	1.042	1.233	98	97
Sichernde Überdeckung, Liquiditätsdeckung gemäß § 4 Abs. 1a PfandBG, weitere Deckung	25	35	2	3
<b>Gesamtsumme</b>	<b>1.067</b>	<b>1.268</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

Sämtliche wohnwirtschaftlich bzw. gewerblich genutzten Grundstücke sind in Deutschland gelegen.

### Rückständige Leistungen > 90 Tage (§ 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG)

Zum 31. Dezember 2014 bestanden keine rückständige Leistungen, die älter als 90 Tage waren (Vorjahr: 0 Mio. €).

**Weitere Deckungswerte für Hypothekendarlehen** (§ 19 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 2 und Nr. 3 PfandBG; Veröffentlichung gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 4, Nr. 5 und Nr. 6 PfandBG)

Die detaillierten weiteren Deckungswerte werden erst ab dem 2. Quartal 2014 erfasst; für die vorausgehenden Quartale liegen bislang keine geeigneten Daten vor.

Mio.€		Summe	davon			
			Ausgleichs- forderungen i.S.d.§ 19 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG	Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG		Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG
				Insgesamt	davon	
				gedeckte Schuld- verschreibungen i.S.d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013		
	Staat					
	<b>Gesamtsumme (alle Staaten)</b>	<b>2014</b>	25	-	25	25
		2013	-	-	-	-
	<b>Deutschland</b>	<b>2014</b>	25	-	25	25
		2013	-	-	-	-

**Kennzahlen zu umlaufenden Hypothekendarlehen und dafür verwendeten Deckungswerten** (Veröffentlichung gemäß § 28 Abs. 1 Nrn. 7, 8, 9, 10 und 11 PfandBG)

Die detaillierten weiteren Deckungswerte werden erst ab dem 2. Quartal 2014 erfasst; für die vorausgehenden Quartale liegen bislang keine geeigneten Daten vor.

		2014	2013
<b>Umlaufende Darlehen</b>	Mio. €	852	957
davon Anteil festverzinslicher Darlehen; § 28 Abs. 1 Nr. 9	%	72	-
<b>Deckungsmasse</b>	Mio. €	1.067	1.268
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die die Grenzen nach § 13 Abs. 1 überschreiten; § 28 Abs. 1 Nr. 7	Mio. €	-	-
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die oberhalb der %-Werte nach § 19 Abs. 1 Nr. 2 liegen; § 28 Abs. 1 Nr. 8	Mio. €	-	-
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die oberhalb der %-Werte nach § 19 Abs. 1 Nr. 3 liegen; § 28 Abs. 1 Nr. 8	Mio. €	-	-
davon Anteil festverzinslicher Deckungsmasse; § 28 Abs. 1 Nr. 9	%	86	-
Nettobarwert nach § 6 Darlehen-Barwertverordnung je Fremdwährung in Mio. €;			
§ 28 Abs. 1 Nr. 10 (Saldo aus Aktiv-/Passivseite)	CAD	-	-
	CHF	-	-
	CZK	-	-
	DKK	-	-
	GBP	-	-
	HKD	-	-
	JPY	-	-
	NOK	-	-
	SEK	-	-
	USD	-	-
volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Forderungen (verstrichene Lfz. seit Kreditvergabe/seasoning); § 28 Abs. 1 Nr. 11	Jahre	9	-
durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf; § 28 Abs. 2 Nr. 3	%	60	-

## b. Öffentliche Pfandbriefe

### Nominal- und Barwertdeckung für öffentliche Pfandbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG)

Mio. €	Nennwert		Barwert		Risikobarwert Dynamisches Verfahren		Risikobarwert Dynamisches Verfahren	
	2014	2013	2014	2013	Mind. +100 bp		Mind. -100 bp	
					2014	2013	2014	2013
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	3.717	3.822	4.281	4.149	4.037	3.950	4.493	4.357
Gesamtbetrag der Deckungswerte	4.094	4.563	4.780	4.930	4.479	4.662	5.056	5.220
Überdeckung	377	741	499	781	442	712	563	863
Überdeckung in %	10	19	12	19	11	18	13	20

### Laufzeitstruktur des Deckungsregisters für öffentliche Pfandbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

Mio. €	Öffentliche Pfandbriefe		Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen		
	2014	2013	2014	2013	
Bis zu 1 Jahr		500	668	890	450
Mehr als 1 Jahr und bis zu 2 Jahre		474	500	426	1.052
Mehr als 2 Jahre und bis zu 3 Jahre		313	474	212	454
Mehr als 3 Jahre und bis zu 4 Jahre		424	302	218	258
Mehr als 4 Jahre und bis zu 5 Jahre		303	349	262	300
Mehr als 5 Jahre und bis zu 10 Jahre		760	746	958	1.079
Mehr als 10 Jahre		943	783	1.128	970
<b>Gesamtsumme</b>		<b>3.717</b>	<b>3.822</b>	<b>4.094</b>	<b>4.563</b>

### Anteil Derivate (§ 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG)

Derivate sind nicht enthalten.

### Weitere Deckungswerte gemäß § 20 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG (§ 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG)

Mio. €	Nominalwerte	
	2014	2013
Weitere Deckungswerte	-	164

### Aufschlüsselung der Pfandbrief-Dekung nach Größenklassen

(Freiwillige Veröffentlichung gemäß Artikel 4 des Referentenentwurfs vom 09.05.2014 zum BRRD-Umsetzungsgesetz [Novellierung des § 28 Abs. 3 S.1 Nr.1 des PfandBG-E] in Verbindung mit Artikel 129 [7] Verordnung [EU] Nr. 575/2013 [CRR])

Größenklassen	Mio. €		prozentual	
	2014	2013	2014	2013
Bis zu 10,0 Mio. €	1.138		28	
Mehr als 10,0 Mio. € bis zu 100,0 Mio. €	1.375		33	
Mehr als 100,0 Mio. €	1.581		39	
<b>Gesamtsumme</b>	<b>4.094</b>		<b>100</b>	

### Aufschlüsselung des Deckungsregisters für öffentliche Pfandbriefe (§ 28 Abs. 3 Nr.1 PfandBG)

Mio. €	Staat	Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige Schuldner		
		2014	2013	2014	2013	2014	2013	
								2014
Deutschland	-	-	433	455	2.404	2.334	1.257	1.410

## Rückständige Leistungen > 90 Tage

Am 31. Dezember 2014 bestanden – wie auch im Vorjahr – keine rückständigen Leistungen, die älter als 90 Tage waren.

## Weitere Deckungswerte für Öffentliche Pfandbriefe (§ 20 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 2 PfandBG; Veröffentlichung gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 4, Nr. 5 und Nr. 6 PfandBG)

Die detaillierten weiteren Deckungswerte werden erst ab dem 2. Quartal 2014 erfasst; für die vorausgehenden Quartale liegen bislang keine geeigneten Daten vor.

Mio.€	Summe	davon		
		Ausgleichs- forderungen i.S.d. § 20 Abs. 2 Nr. 1 PfandBG	Forderungen i.S.d. § 20 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG	
			Insgesamt	davon gedeckte Schuld- verschreibungen i.S.d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013
Staat				
<b>Gesamtsumme (alle Staaten)</b>	<b>2014</b>	-	-	-
	<b>2013</b>	-	-	-
<b>Deutschland</b>	<b>2014</b>	-	-	-
	<b>2013</b>	-	-	-

## Kennzahlen zu umlaufenden öffentlichen Pfandbriefen und dafür verwendeten Deckungswerten (Veröffentlichung gemäß § 28 Abs. 1 Nrn. 8, 9 und 10 PfandBG)

Die detaillierten weiteren Deckungswerte werden erst ab dem 2. Quartal 2014 erfasst; für die vorausgehenden Quartale liegen bislang keine geeigneten Daten vor.

		2014	2013
<b>Umlaufende Pfandbriefe</b>	Mio. €	3.717	3.822
davon Anteil festverzinslicher Pfandbriefe; § 28 Abs. 1 Nr. 9	%	88	-
<b>Deckungsmasse</b>	Mio. €	4.094	4.563
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die oberhalb der %-Werte nach § 20 Abs. 2 Nr. 2 liegen; § 28 Abs. 1 Nr. 8	Mio. €	-	-
davon Anteil festverzinslicher Deckungsmasse; § 28 Abs. 1 Nr. 9	%	80	-
Nettobarwert nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung	CAD	-	-
je Fremdwährung in Mio. €;	CHF	-	-
§ 28 Abs. 1 Nr. 10 (Saldo aus Aktiv-/Passivseite)	CZK	-	-
	DKK	-	-
	GBP	-	-
	HKD	-	-
	JPY	-	-
	NOK	-	-
	SEK	-	-
	USD	-	-



### c. Schiffspfandbriefe

#### Nominal- und Barwertdeckung für Schiffspfandbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG)

Mio. €	Nennwert		Barwert		Risikobarwert Dynamisches Verfahren Mind. +100 bp		Risikobarwert Dynamisches Verfahren Mind. -100 bp	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
	Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	193	251	211	266	205	257	213
Gesamtbetrag der Deckungswerte	276	359	291	370	273	333	275	354
Überdeckung	83	108	80	104	68	76	62	79
Überdeckung in %	43	43	38	39	33	30	29	29

#### Laufzeitstruktur des Deckungsregisters für Schiffspfandbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

Mio. €	Schiffspfandbriefe		Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen	
	2014	2013	2014	2013
Bis zu 1 Jahr	10	103	81	342
Mehr als 1 Jahr und bis zu 2 Jahre	81	10	70	14
Mehr als 2 Jahre und bis zu 3 Jahre	20	46	42	3
Mehr als 3 Jahre und bis zu 4 Jahre	23	20	26	-
Mehr als 4 Jahre und bis zu 5 Jahre	-	23	23	-
Mehr als 5 Jahre und bis zu 10 Jahre	59	46	33	-
Mehr als 10 Jahre	-	3	1	-
<b>Gesamtsumme</b>	<b>193</b>	<b>251</b>	<b>276</b>	<b>359</b>

#### Anteil Derivate (§ 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG)

Derivate sind nicht enthalten.

#### Weitere Deckungswerte gemäß § 26 Abs. 1 Nr. 3 und 4 PfandBG (§ 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG)

Mio. €	Nominalwerte	
	2014	2013
Weitere Deckungswerte	50	17

#### Aufschlüsselung des Schiffsregisters nach Größenklassen (§ 28 Abs. 4 Nr. 1a PfandBG)

Größenklassen	Mio. €		prozentual	
	2014	2013	2014	2013
Bis zu 0,5 Mio. €	3	2	1	1
Mehr als 0,5 Mio. € bis zu 5,0 Mio. €	188	245	68	68
Mehr als 5,0 Mio. €	35	45	13	12
Sichernde Überdeckung	50	67	18	19
<b>Summe</b>	<b>276</b>	<b>359</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

**Verteilung der Deckungswerte nach Staaten, in denen die Schiffe und Schiffsbauwerke registriert sind (§ 28 Abs. 4 Nr. 1b PfandBG)**

Staaten	Seeschiffe				Binnenschiffe				Sichernde Überdeckung			
	Mio. €		prozentual <sup>*)</sup>		Mio. €		prozentual <sup>*)</sup>		Mio. €		prozentual <sup>*)</sup>	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Deutschland	188	248	69	69	9	10	3	3	50	67	18	19
Gibraltar	4	4	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Malta	4	8	1	2	-	-	-	-	-	-	-	-
Marshall Islands	19	19	7	5	-	-	-	-	-	-	-	-
Panama	2	3	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Summe</b>	<b>217</b>	<b>282</b>	<b>79</b>	<b>78</b>	<b>9</b>	<b>10</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>50</b>	<b>67</b>	<b>18</b>	<b>19</b>

\*) Bezogen auf den Gesamtbetrag der Deckungswerte von 276 Mio. € am 31.12.2014 und von 359 Mio. € am 31.12.2013.

**Rückständige Leistungen bei Schiffspfandbriefen >90 Tage nebst Gesamtbetrag dieser Forderung, soweit der jeweilige Rückstand mind. 5 % der Forderung beträgt**

(Freiwillige Veröffentlichung gemäß Artikel 4 des Referentenentwurfs vom 09.05.2014 zum BRRD-Umsetzungsgesetz [Novellierung des § 28 Abs. 4 S.1 Nr.2 des PfandBG-E] in Verbindung mit Artikel 129 [7] Verordnung [EU] Nr. 575/2013 [CRR])

Deckungswerte	Mio. €	
	2014	2013
Gesamtbetrag der mind. 90 Tage rückständigen Leistungen	1	-
Gesamtbetrag dieser Forderung, sowie der jeweilige Rückstand mind. 5 % der Forderung beträgt	2	-

**Weitere Deckungswerte für Schiffspfandbriefe (§ 26 Abs. 1 Nr. 2, Nr. 3 und Nr. 4 PfandBG; Veröffentlichung gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 4, Nr. 5 und Nr. 6 PfandBG)**

Die detaillierten weiteren Deckungswerte werden erst ab dem 2. Quartal 2014 erfasst; für die vorausgehenden Quartale liegen bislang keine geeigneten Daten vor.

Mio.€	Staat	Summe	davon			
			Ausgleichs-forderungen i.S.d. § 26 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG	Forderungen i.S.d. § 26 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG Insgesamt	davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013	Forderungen i.S.d. § 26 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG
<b>Gesamtsumme (alle Staaten)</b>	<b>2014</b>	50	-	15	15	35
	<b>2013</b>	-	-	-	-	-
<b>Deutschland</b>	<b>2014</b>	50	-	15	15	35
	<b>2013</b>	-	-	-	-	-

## Kennzahlen zu umlaufenden Schiffspfandbriefen und dafür verwendeten Deckungswerten (Veröffentlichung gemäß § 28 Abs. 1 Nrn. 8, 9 und 10 PfandBG)

Die detaillierten weiteren Deckungswerte werden erst ab dem 2. Quartal 2014 erfasst; für die vorausgehenden Quartale liegen bislang keine geeigneten Daten vor.

		2014	2013
<b>Umlaufende Pfandbriefe</b>	Mio. €	193	251
davon Anteil festverzinslicher Pfandbriefe; § 28 Abs. 1 Nr. 9	%	77	-
<b>Deckungsmasse</b>	Mio. €	276	359
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die oberhalb der %-Werte nach § 26 Abs. 1 Nr. 3 liegen; § 28 Abs. 1 Nr. 8	Mio. €	-	-
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die oberhalb der %-Werte nach § 26 Abs. 1 Nr. 4 liegen; § 28 Abs. 1 Nr. 8	Mio. €	-	-
davon Anteil festverzinslicher Deckungsmasse; § 28 Abs. 1 Nr. 9	%	10	-
Nettobarwert nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung	CAD	-	-
je Fremdwährung in Mio. €;	CHF	3	-
§ 28 Abs. 1 Nr. 10 (Saldo aus Aktiv-/Passivseite)	CZK	-	-
	DKK	-	-
	GBP	-	-
	HKD	-	-
	JPY	1	-
	NOK	-	-
	SEK	-	-
	USD	188	-

### 3.8.3 Zusätzliche Angaben zu Hypotheken- und Schiffspfandbriefen

#### a. Hypothekenspfandbriefe (§28 Abs. 2 Nr. 4 a–c)

	Gewerblich genutzte Grundstücke		Zu Wohnzwecken dienende Grundstücke	
	2014	2013	2014	2013
Zahl der per 31.12.2014 anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	-	-	-	-
Zahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	-	-	-	-
Zahl der Fälle, in denen die Pfandbriefbank während des Geschäftsjahres Grundstücke zur Verhütung von Verlusten an Hypotheken hat übernehmen müssen	-	-	-	-
Gesamtbetrag der Rückstände auf die von Hypothekenschuldnern zu entrichtenden Zinsen (Mio. €)	-	-	0	0

#### b. Schiffspfandbriefe (§ 28 Abs. 4 Nr. 2 a–c)

	Seeschiffe		Binnenschiffe	
	2014	2013	2014	2013
Zahl der per 31.12.2014 anhängigen Verfahren zur Zwangsversteigerung von Schiffen oder Schiffsbauwerken	-	-	-	-
Zahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	-	-	-	-
Zahl der Fälle, in denen die Pfandbriefbank während des Geschäftsjahres Schiffe oder Schiffsbauwerke zur Verhütung von Verlusten an Schiffshypotheken hat übernehmen müssen	-	-	-	-
Gesamtbetrag der Rückstände auf die von Darlehensschuldern zu entrichtenden Zinsen (Mio. €)	0	-	-	-

### 3.8.4 Deckungsrechnung Altbestand per 31. Dezember 2014

Der Altbestand des Pfandbriefumlaufs wurde gemäß § 51 PfandBG gekapselt und wird getrennt im bisherigen Deckungsregister nach den bis zum Inkrafttreten des PfandBG geltenden Vorschriften weitergeführt.

Mio. €	Hypothekenkredit- geschäft	Kommunalkredit- geschäft
<b>Deckungspflichtige Verbindlichkeiten</b>	<b>5</b>	<b>835</b>
Pfandbriefe		
Inhaberschuldverschreibungen	-	176
Namenschuldverschreibungen	5	659
<b>Deckungswerte</b>	<b>30</b>	<b>876</b>
Forderungen an Kreditinstitute	-	267
Forderungen an Kunden	25	589
Wertpapiere öffentlicher Emittenten	5	20
<b>Deckungsüberhang</b>	<b>25</b>	<b>41</b>

Mio. €	Hypothekenkredit- geschäft	Kommunalkredit- geschäft
<b>Deckungspflichtige Verbindlichkeiten</b>	<b>5</b>	<b>835</b>
Pfandbriefe		
Inhaberschuldverschreibungen	-	176
Namenschuldverschreibungen	5	659
<b>Deckungswerte</b>	<b>30</b>	<b>876</b>
Forderungen an Kreditinstitute	-	267
Forderungen an Kunden	25	589
Wertpapiere öffentlicher Emittenten	5	20
<b>Deckungsüberhang</b>	<b>25</b>	<b>41</b>

### 3.9 Anteilsbesitz

Die nachstehende Aufstellung enthält den Anteilsbesitz der Bremer Landesbank gemäß §§ 285 Nr. 11 und 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB. Erfasst wurde der jeweils letzte festgestellte Jahresabschluss der Gesellschaften.

Name und Sitz des Unternehmens	Anteile am Kapital in %	Eigenkapital Mio. € <sup>1)</sup>	Ergebnis Mio. €
Ammerländer Wohnungsbau-Gesellschaft mbH, Westerstede	32,26	28	0
BGG Bremen GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	0 <sup>3)</sup>	0 <sup>3)</sup>
BGG Oldenburg GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	8 <sup>3)</sup>	1 <sup>3)</sup>
BLB Grundbesitz KG, Bremen	100,00	89 <sup>3)</sup>	2 <sup>3)</sup>
BLBI Beteiligungs-GmbH, Bremen	100,00	0 <sup>3)</sup>	0 <sup>3)</sup>
BLBI Investment GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	42 <sup>3)</sup>	4 <sup>3)</sup>
BLB Immobilien GmbH, Bremen	100,00	17 <sup>3)</sup>	0 <sup>2)3)</sup>
BLB Leasing GmbH, Oldenburg	100,00	1 <sup>3)</sup>	0 <sup>2)3)</sup>
BREBAU GmbH, Bremen	48,84	61	8
BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT -Aktiengesellschaft von 1877-, Bremen	12,61	19	2
Bremer Spielcasino GmbH & Co. Kommanditgesellschaft, Bremen	49,00	0 <sup>3)</sup>	0 <sup>3)</sup>
Bremische Grundstücks-GmbH, Bremen	100,00	56 <sup>3)</sup>	1 <sup>3)</sup>
Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG Präsident-Kennedy-Platz, Bremen	100,00	0 <sup>3)</sup>	1 <sup>3)</sup>
Bremische Grundstücks-GmbH & Co. Wohnanlagen Groß-Bonn, Bremen	100,00	0 <sup>3)</sup>	0 <sup>3)</sup>
GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen, Bremen	7,75	364	34
Gewobau Gesellschaft für Wohnungsbau Vechta mbH, Vechta	20,46	11	0
Grundstücksgemeinschaft Escherweg 5 GbR, Bremen	50,00	-3 <sup>3)</sup>	0 <sup>3)</sup>
Grundstücksgemeinschaft Escherweg 8 GbR, Bremen	50,00	-1 <sup>3)</sup>	0 <sup>3)</sup>
GSG Oldenburg Bau- und Wohnungsgesellschaft mbH, Oldenburg	22,22	86	4
Interessengemeinschaft KATHARINENKLOSTERHOF GbR, Bremen	30,70	1	0
NBV Beteiligungs-GmbH, Hamburg	21,33	15	2
NORDWEST VERMÖGEN Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	0 <sup>3)</sup>	3 <sup>3)</sup>
NORDWEST VERMÖGEN Vermietungs-GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	1 <sup>3)</sup>	0 <sup>3)</sup>
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,00	5	-1
Schiffsbetriebs-Gesellschaft Bremen mbH, Bremen	100,00	0	0
Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH, Bremen	100,00	31	3
WLO Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Landkreis Oldenburg mbH, Wildeshausen	23,84	0	0
Wohnungsbaugesellschaft Wesermarsch mbH, Brake	21,71	19	0

<sup>1)</sup> Eigenkapitalbegriff entsprechend §§ 266 und 272 HGB.

<sup>2)</sup> Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

<sup>3)</sup> Die Angaben beziehen sich auf den vorgelegten, aber noch nicht festgestellten Jahresabschluss 2014.

### 3.10 Angaben zu Investmentvermögen

Die nachstehende Aufstellung enthält die Investmentanteile gemäß § 285 Nr. 26 HGB.

Mio. €	2014	2013
<b>„Lazard-Sparkassen Rendite-Plus-Fonds“, Frankfurt am Main, „iShares Dax ®“</b>		
Ausschüttung	0	0
Marktwert	16	17
Buchwert	16	17
Unterlassene Abschreibungen	-	-
<b>„ISHS Core Dax UCITS ETF“, Frankfurt am Main, „iShares Dax®“</b>		
Ausschüttung	0	-
Marktwert	11	-
Buchwert	10	-
Unterlassene Abschreibungen	-	-

Der Lazard-Sparkassen Rendite-Plus-Fonds sowie der Fonds „ISHS Core Dax UCITS ETF“ können in Vermögensgegenstände gemäß §§193 bis 198 KAGB investieren. Beschränkungen in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe liegen nicht vor.

## 4 Organe der Bremer Landesbank

### 4.1 Mitglieder des Vorstandes sowie Generalbevollmächtigte

<b>Vorstand</b>	<b>Geschäftsverteilung im Vorstand</b>	
Dr. Stephan-Andreas Kaulvers (Vorsitzender)	Unternehmensbereich Banksteuerung	Finanzen
		Kommunikation und Marketing
		Personalmanagement
		Revision
		Stabsbereich Vorstand
Heinrich Engelken (Stellv. Vorsitzender)	Unternehmensbereich Risikosteuerung	Compliance
		Marktfolge Finanzierungen
		Operations
		Risikocontrolling
Dr. Guido Brune	Unternehmensbereich Vertrieb	Geschäftsfeld Financial Markets
		Geschäftsfeld Firmenkunden
		Geschäftsfeld Privatkunden
		Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen
		BLB Leasing GmbH
		BLB Immobilien GmbH
<b>Generalbevollmächtigte</b>		
Mathias Barghoorn		
Matthias Hellmann		
Björn Nullmeyer		

## 4.2 Mitglieder des Aufsichtsrates

### **Karoline Linnert**

(Vorsitzende)  
Bürgermeisterin  
Senatorin für Finanzen der  
Freien Hansestadt Bremen,  
Bremen

### **Peter-Jürgen Schneider**

(Stellvertretender Vorsitzender)  
Niedersächsischer Minister für Finanzen,  
Hannover

### **Thomas S. Bürkle** (ab 01. März 2014)

Mitglied des Vorstandes der NORD/LB  
Norddeutsche Landesbank  
– Girozentrale –, Hannover

### **Andreas Klarmann**

Bankkaufmann  
Bremer Landesbank,  
Bremen

### **Ursula Carl**

Geschäftsführerin  
ATLANTIC Grand Hotel, Bremen

### **Thomas Mang**

Präsident des Sparkassenverbandes  
Niedersachsen, Hannover

### **Prof. Dr. Wolfgang Däubler, Prof. i. R.**

Deutsches und Europäisches Arbeitsrecht,  
Bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht  
Universität Bremen, Bremen

### **Bernhard Reuter**

Landrat des Landkreises Göttingen,  
Göttingen

### **Frank Doods**

Staatssekretär des Nieder-  
sächsischen Finanzministeriums,  
Hannover

### **Dr. Johannes-Jörg Riegler**

(bis 28. Februar 2014)  
Stellv. Vorsitzender des Vorstandes der  
NORD/LB Norddeutsche Landesbank  
– Girozentrale –, Hannover

### **Dr. Gunter Dunkel**

Vorsitzender des Vorstandes der  
NORD/LB Norddeutsche Landesbank  
– Girozentrale –, Hannover

### **Michael Schlüter**

Bankkaufmann  
Bremer Landesbank,  
Bremen

### **Heinz Feldmann** (ab 01. November 2014)

Vorsitzender des Vorstandes der  
Sparkasse LeerWittmund,  
Wittmund

### **Jörg Walde**

Bankkaufmann  
Bremer Landesbank,  
Bremen

### **Martin Grapentin** (bis 31. Oktober 2014)

Vorsitzender des Vorstandes der  
Landessparkasse zu Oldenburg,  
Oldenburg

### **Doris Wesjohann**

Vorstandsmitglied der  
Lohmann & Co. AG, Visbek

### **Martin Günthner**

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen  
der Freien Hansestadt Bremen,  
Bremen

### **Eike Westermann**

Volljurist  
Bremer Landesbank,  
Bremen

### **Dr. Olaf Joachim**

Staatsrat  
Senatskanzlei der Freien Hansestadt  
Bremen, Bremen

### **Markus Westermann**

Gewerkschaftssekretär  
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft  
ver.di, Bremen



### 4.3 Mandate gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Zum 31. Dezember 2014 wurden folgende Mandate gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB von Angehörigen der Bremer Landesbank wahrgenommen. Dabei wurden Kreditinstitute großen Kapitalgesellschaften gleichgestellt.

<b>Vorstandsmitglieder der Bremer Landesbank</b>	<b>Gesellschaft / Firma</b>
Dr. Stephan-Andreas Kaulvers	EUROGATE Geschäftsführungs-GmbH & Co. KGaA, Bremen
	BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT – Aktiengesellschaft von 1877, Bremen
	EWE Aktiengesellschaft, Oldenburg
Heinrich Engelken	BREBAU GmbH, Bremen
	GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen, Bremen
	GSG Oldenburg Bau- und Wohngesellschaft, Oldenburg
Dr. Guido Brune	BREBAU GmbH, Bremen
	DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen
	LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Hannover
<b>Mitarbeiter der Bremer Landesbank</b>	
Mathias Barghoorn	GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft, Oldenburg
Harald Groppe	GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft, Oldenburg

## 4.4 Mutterunternehmen

Die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –, Hannover/Braunschweig/Magdeburg, stellt als Mutterunternehmen der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – einen Konzernabschluss für den größten Kreis auf, in den der Jahresabschluss der Bank einbezogen ist. Daneben erstellt die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – einen eigenen Konzernabschluss. Die Konzernabschlüsse werden im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Bremen, 17. März 2015

Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – Vorstand



Dr. Stephan-Andreas Kaulvers



Heinrich Engelken



Dr. Guido Brune

# Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.“

Bremen, 17. März 2015

Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – Vorstand



Dr. Stephan-Andreas Kaulvers



Heinrich Engelken



Dr. Guido Brune

# Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen, (Bremer Landesbank) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Bremer Landesbank. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Bremer Landesbank sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bremer Landesbank. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Bremer Landesbank und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Hannover, 18. März 2015

KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Leitz  
Wirtschaftsprüfer



Mahr  
Wirtschaftsprüfer

# Erläuterung der Bremer Landesbank zum Corporate Governance Kodex

## **Erläuterung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – zum Deutschen Corporate Governance Kodex**

Der Deutsche Corporate Governance Kodex wurde im Jahr 2002 durch eine von der Bundesministerin für Justiz eingesetzte Regierungskommission verabschiedet. Die derzeit gültige Fassung datiert vom 24. Juni 2014. Der Kodex verfolgt das Ziel, die in Deutschland geltenden Regeln für die Unternehmensleitung und deren Kontrolle transparent zu machen. Er enthält national und international anerkannte Standards guter und vertrauensvoller Unternehmensführung, insbesondere hinsichtlich der Leitung und Organisation eines Unternehmens, zu Kontrollmechanismen sowie zur Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat.

Der Corporate Governance Kodex ist auf kapitalmarktorientierte Aktiengesellschaften ausgerichtet und somit für Kreditinstitute in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts rechtlich nicht verpflichtend. Der Bremer Landesbank und ihrem Vorstand ist es jedoch ein wichtiges Anliegen, sich als verlässlicher Partner zu positionieren und das Vertrauen der Anleger, der Kunden, der Mitarbeiter und der Öffentlichkeit durch Transparenz zu fördern. Aus diesem Grund hat sich die Bank dazu entschieden, sich im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung an den Grundsätzen des Kodex zu orientieren und ihr Corporate-Governance-System offen zu legen.

### **Allgemeines**

Die Bremer Landesbank ist eine von der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen errichtete rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist öffentliche Kredit- und Pfandbriefanstalt. Die Bremer Landesbank hat ihren Sitz in Bremen. Sie unterhält Niederlassungen in Bremen und Oldenburg.

Die Organe der Bank sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Trägerversammlung. Während der Vorstand die Geschäfte der Bank führt, ist es Aufgabe des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse (Risikoausschuss, Prüfungsausschuss, Nominierungsausschuss, Vergütungskontrollausschuss und Förderausschuss), den Vorstand zu bestellen, zu beraten und zu überwachen. Der Trägerversammlung obliegen insbesondere Entscheidungen von Grundsatzfragen. Im Zuge gesetzlicher Neuerungen hat sich der Aufsichtsrat mit Unterstützung des Nominierungsausschusses in 2014 erstmalig auch im Rahmen einer Effizienzprüfung mit der Struktur, Größe, Zusammensetzung und den Leistungen des Vorstandes und des Aufsichtsrates selbst beschäftigt.

## **Vorstand**

Der Vorstand führt die Geschäfte der Bank unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, der Satzung der Bank und der vom Aufsichtsrat und der Trägerversammlung beschlossenen Richtlinien und Grundsätze für die Geschäfte der Bank sowie seiner Geschäftsordnung in eigener Verantwortung. Er ist dabei an das Interesse der Bank gebunden und der Steigerung des nachhaltigen Unternehmenswertes verpflichtet.

Der Vorstand hat insbesondere dafür Sorge zu tragen, wirksame Risikomanagementsysteme einzurichten, um Entwicklungen, die den Fortbestand der Bank gefährden könnten, früh zu erkennen. Das Risikomanagement muss dabei den jeweiligen aufsichtsrechtlichen Anforderungen wie zum Beispiel des KWG sowie der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht entsprechen. Ferner muss das Risikomanagement der Bank in das von der Trägerin Norddeutsche Landesbank – Girozentrale – als übergeordnetem Kreditinstitut einzurichtende jeweilige gruppenübergreifende Risikomanagement- und Kreditrisikoüberwachungssystem überleitbar sein.

Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, falls dieser bestellt ist, und weiteren ordentlichen oder stellvertretenden Mitgliedern. Der Vorstandsvorsitzende regelt die Geschäftsverteilung im Einvernehmen mit den übrigen Mitgliedern des Vorstandes. Der Aufsichtsrat ist über die Geschäftsverteilung zu unterrichten. Jedem Vorstandsmitglied ist mindestens ein abgegrenzter Geschäftsbereich zuzuweisen, in dem es über Angelegenheiten des laufenden Geschäfts innerhalb der festgelegten Kompetenzen selbstständig entscheidet und einzelne seiner Entscheidungsbefugnisse auf Angestellte delegieren kann. Der Vorstand kann für bestimmte Geschäfte seine Entscheidungsbefugnisse auf ein Vorstandsmitglied übertragen oder für diesen Fall die Beteiligung eines weiteren Vorstandsmitgliedes, in der Regel des Vertreters, vorsehen.

Der Vorstand tritt regelmäßig einmal wöchentlich zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Der Vorstandsvorsitzende kann Sondersitzungen anberaumen; er ist dazu verpflichtet, wenn ein Vorstandsmitglied dies unter Angabe der Gründe verlangt. Die Sitzungen werden protokolliert, soweit der Vorstand dies im Interesse einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung für erforderlich hält.

Der Vorstand erörtert die strategische Ausrichtung der Bank mit dem Aufsichtsrat und dessen Ausschüssen und berichtet ihm in regelmäßigen Abständen den Stand der Strategieumsetzung. Er berichtet zudem auf der Grundlage im Einzelnen festgelegter Informations- und Berichtspflichten regelmäßig über wesentliche Angelegenheiten der Bank, insbesondere über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, die Rentabilität der Bank und des Eigenkapitals, den Geschäftsgang, die Lage der Bank, über Geschäfte, die für die Rentabilität und die Liquidität der Bank sowie ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von erheblicher Bedeutung sein können, die Risikosituation der Bank und ihre Vergütungssysteme sowie über Maßnahmen der Konzernsteuerung des NORD/LB - Konzerns. Darüber hinaus berichtet der Vorstand dem Aufsichtsrat – insbesondere unter Risikogesichtspunkten – unverzüglich aus wichtigem Anlass, wenn dies für die Lage der Bank von besonderer Bedeutung ist, und bindet ihn bei grundlegenden Entscheidungen entsprechend ein.

Die Vergütung und sonstige Anstellungsbedingungen der Vorstandsmitglieder werden auf Basis der Empfehlungen des Vergütungskontrollausschusses durch den Aufsichtsrat festgelegt. Die Bezüge umfassen feste und variable Bestandteile und werden regelmäßig überprüft.

### **Aufsichtsrat**

Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Vorstand zu beraten und dessen Geschäftsführung zu überwachen. Er beschließt über die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes, die allgemeinen Richtlinien für die Geschäfte der Bank, den Vorschlag zur Unternehmensplanung an die Trägerversammlung, die Geschäftsordnung für den Vorstand, die Grundsätze für die Anstellungsverhältnisse der Angestellten, die Bestimmung und Beauftragung des Abschlussprüfers, die Feststellung des Jahresabschlusses, den Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen im Sinne des § 271 HGB sowie die Errichtung und Auflösung von Niederlassungen und Filialen. Der Aufsichtsrat kann beschließen, dass weitere Geschäfte und Maßnahmen, die für die Bank von besonderer Bedeutung sind, seiner Zustimmung bedürfen.

Der Aufsichtsrat besteht aus 18 Mitgliedern, von denen zwölf Vertreter der Träger und sechs Vertreter der Arbeitnehmer sind, die nach den Vorschriften des Bremischen Personalvertretungsgesetzes von der Belegschaft der Bank unmittelbar gewählt werden. Die Amtszeit beträgt vier Jahre. Den Vorsitz des Aufsichtsrates führt die Senatorin/ der Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen. Den stellvertretenden Vorsitz führen jeweils im Wechsel von zwei Jahren der Niedersächsische Finanzminister und der Verbandsvorsteher des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes.

Zur Unterstützung des Aufsichtsrates wurden der Risikoausschuss, Prüfungsausschuss, Nominierungsausschuss, Vergütungskontrollausschuss und Förderausschuss gebildet.

Der Risikoausschuss besteht aus zehn Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Vorsitzende des Vorstandes der NORD/LB. Dem Ausschuss gehören ferner zwei weitere Mitglieder für die NORD/LB, die Senatorin/ der Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen, zwei weitere Mitglieder für die Freie Hansestadt Bremen, der Verbandsvorsteher des Sparkassenverband Niedersachsen und drei Arbeitnehmervertreter an. Stellvertretender Vorsitzender ist ein von der Freien Hansestadt Bremen bestimmtes Mitglied, das der Ausschuss wählt. Der Risikoausschuss berät den Aufsichtsrat zur aktuellen und zur künftigen Gesamtrisikobereitschaft und –strategie der Bank und unterstützt ihn bei der Überwachung der Umsetzung dieser Strategie durch die obere Leitungsebene. Der Risikoausschuss hat in regelmäßig stattfindenden Sitzungen insbesondere die Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates bei der Beratung und Überwachung der Geschäftsführung der Bank wahrzunehmen.

Der Prüfungsausschuss besteht aus sechs Mitgliedern, und zwar aus je zwei Vertretern der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale – und der Freien Hansestadt Bremen, dem Präsidenten des Sparkassenverbandes Niedersachsen sowie einem dem Aufsichtsrat angehörenden Beschäftigten der Bank, der auf Vorschlag der Vertreter der Beschäftigten im Aufsichtsrat von diesem gewählt wird. Mindestens ein Mitglied des Prüfungsausschusses muss unabhängig sein und



über Sachverstand auf den Gebieten der Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses ist nicht zugleich Aufsichtsratsvorsitzender. Der Prüfungsausschuss berichtet dem Aufsichtsrat auf der Grundlage der Berichte der Abschlussprüfer über das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses. Dem Prüfungsausschuss obliegen außerdem die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses und der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des internen Revisionssystems und des Risikomanagementsystems, die Überwachung der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses, die Überprüfung und Überwachung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der von diesem für die Bank erbrachten zusätzlichen Leistungen.

Der Nominierungsausschuss besteht aus sieben Mitgliedern, und zwar aus dem Vorsitzenden des Vorstandes der NORD/LB, der Senatorin/ dem Senator für Finanzen, dem Verbandsvorsteher des Sparkassenverbandes Niedersachsen, einem von der NORD/LB benannten Aufsichtsratsmitglied, einem weiteren Mitglied des Aufsichtsrates, zu benennen von der Freien Hansestadt Bremen, sowie zwei Arbeitnehmervertretern aus dem Kreis der Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrates. Der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz entsprechen der Besetzung des Risikoausschusses. Der Nominierungsausschuss unterstützt den Aufsichtsrat insbesondere bei der Ermittlung von Bewerbern für die Bestellung als Vorstandsmitglied und bei der Vorbereitung von Wahlvorschlägen für die Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrates sowie bei der regelmäßig, mindestens einmal jährlich, durchzuführenden Bewertung der Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstandes und des Aufsichtsrates und spricht diesbezügliche Empfehlungen aus.

Der Vergütungskontrollausschuss besteht aus sieben Mitgliedern, und zwar aus dem Vorsitzenden des Vorstandes der NORD/LB, der Senatorin/ dem Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen, dem Verbandsvorsteher des Sparkassenverbandes Niedersachsen, einem von der NORD/LB benannten Aufsichtsratsmitglied mit ausreichend Sachverstand und Berufserfahrung im Bereich Risikomanagement und Risikocontrolling, einem weiteren Mitglied des Aufsichtsrates, zu benennen von der Freien Hansestadt Bremen, sowie zwei Arbeitnehmervertretern aus dem Kreis der Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrates. Der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz entsprechen der Besetzung des Risikoausschusses. Der Vergütungskontrollausschuss überwacht insbesondere die angemessene Ausgestaltung der Vergütungssysteme und bereitet die Beschlüsse des Aufsichtsrates über die Vergütung und die übrigen Anstellungsbedingungen der Vorstandsmitglieder vor und berücksichtigt dabei besonders die Auswirkungen auf das Risikomanagement der Bank.

Dem Förderausschuss gehören der Vorsitzende des Aufsichtsrates, ein vom Aufsichtsrat aus seiner Mitte zu wählendes Mitglied aus dem Geschäftsgebiet der Bank sowie ein vom Vorsitzenden des Risikoausschusses zu benennendes Mitglied an. Er berät den Vorstand in dem diesem von der Trägerversammlung zugewiesenen Rahmen über die Fördertätigkeit der Bank durch Spenden und Sponsoring.

## **Trägerversammlung**

Träger der Bremer Landesbank sind zu 54,8343 % die NORD/LB Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –, zu 41,2 % das Land Bremen und zu 3,9657 % der Sparkassenverband Niedersachsen. Jeder Träger kann bis zu drei Vertreter in die Trägerversammlung entsenden. Das Stimmrecht richtet sich nach den Kapitalanteilen der Träger. Die Vertreter jedes Trägers können ihre Stimme nur einheitlich abgeben.

Die Trägerversammlung entscheidet über die allgemeinen Grundsätze der Geschäftspolitik, die Änderung der Satzung, die Festsetzung und Änderung des Stammkapitals, die Änderung des Beteiligungsverhältnisses, die Aufnahme sowie die Festsetzung der Höhe und der Bedingungen sonstigen haftenden Eigenkapitals, den Abschluss, die Änderung und die Aufhebung von Gewinnabführungs- und Beherrschungsverträgen, die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates, die Zustimmung zur Errichtung von Niederlassungen und Filialen, die Unternehmensplanung für das jeweils folgende Geschäftsjahr und die Mehrjahresplanung, die Festsetzung der Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrates, der Ausschüsse und Beiräte sowie über alle sonstigen Angelegenheiten, die ihr in der Satzung zugewiesen sind.

## **Interessenkonflikte**

Die Vorstandsmitglieder unterliegen während ihrer Tätigkeit für die Bank einem umfassenden Wettbewerbsverbot.

Es ist die Aufgabe der Aufsichtsratsmitglieder, den Vorstand zu beraten und zu überwachen. Die Aufsichtsratsmitglieder sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

Organmitglieder und Mitarbeiter dürfen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit weder für sich noch für andere Personen von Dritten Zuwendungen oder sonstige Vorteile fordern oder annehmen oder Dritten ungerechtfertigte Vorteile gewähren. Ferner darf kein Organmitglied bei seinen Entscheidungen persönliche Interessen verfolgen und Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen. Mögliche Interessenkonflikte sind dem Aufsichtsrat gegenüber unverzüglich offenzulegen.

Alle Geschäfte zwischen dem Unternehmen einerseits und dem Vorstand und dem Aufsichtsrat sowie dessen Ausschüssen sowie ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmungen andererseits haben branchenüblichen Standards zu entsprechen.

Die Übernahme von Nebentätigkeiten durch Vorstandsmitglieder, insbesondere der Eintritt in Organe oder Beiräte anderer Unternehmen, bedarf der Einwilligung des Gesamtvorstandes. Die Übernahme eines Mandats bei einem Unternehmen, an dem die Bank nicht direkt oder indirekt beteiligt ist, bedarf zusätzlich der Zustimmung des Aufsichtsrates. Zudem unterrichtet der Vorstand den Aufsichtsrat und den Risikoausschuss einmal jährlich über die Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder.

Berater- und sonstige Dienstleistungs- und Werkverträge eines Aufsichtsratsmitglieds mit der Bank bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die Vorstandsmitglieder haben bei ihrer Geschäftsführung die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters anzuwenden. Verletzen die Vorstandsmitglieder ihre Pflichten, sind sie der Bank zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Für die Sorgfaltspflicht und die Verantwortlichkeit der Mitglieder des Aufsichtsrats gilt dies entsprechend.

# Impressum

## Herausgeber

Bremer Landesbank

Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –

## **Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –**

**Bremen:** Domshof 26, 28195 Bremen

Telefon 0049 421 332-0, Telefax 0049 421 332-2322

**Oldenburg:** Markt, 26122 Oldenburg

Telefon 0049 441 237-01, Telefax 0049 441 237-1333

[www.bremerlandesbank.de](http://www.bremerlandesbank.de)

[kontakt@bremerlandesbank.de](mailto:kontakt@bremerlandesbank.de)